

Bericht des Landesvolksanwaltes

**an den Vorarlberger Landtag
gemäß Artikel 59 Absatz 6 der Landesverfassung
und § 13 Abs 4 Antidiskriminierungsgesetz
über seine Tätigkeit im Jahre**

2008

10. Beilage im Jahre 2009 zu den Sitzungsberichten
des XXIX. Vorarlberger Landtages

Landesvolksanwalt von Vorarlberg - Antidiskriminierungsstelle

Dr. iur. et phil. Felix Dünser

Jur. Mitarbeiter: Dr. iur. Angela Bahro, Dr. iur. Josef Scherer

Büro: Hannelore Vonach, Rosmarie Streibl

Römerstraße 14, 6900 Bregenz

T 05574 47027

F 05574 47028

buero@landesvolksanwalt.at

www.landesvolksanwalt.at

Sprechstunden:

Montag – Freitag jeweils 8 –12 und

14 – 16.30 Uhr; Dienstag bis 18 Uhr

Voranmeldung empfohlen



Vorwort

Am 30. Oktober 2009 werde ich nach 12 Jahren und zwei Amtsperioden mein Amt als Landesvolksanwalt an meine im Juli 2009 einstimmig gewählte Nachfolgerin als Landesvolksanwältin, Frau Mag Gabriele Strele, übergeben. Ich lege somit über das Jahr 2008 meinen letzten vollständigen Jahresbericht vor.

2008 haben sich deutlich mehr Bürgerinnen und Bürger mit Anliegen und Beschwerden an den Landesvolksanwalt gewandt als in den beiden Vorjahren (727 gegenüber 631 im Jahr 2007). Die Zahl von 200 Prüfungen (bei 187 Beschwerden) ist die dritthöchste seit Bestehen der Landesvolksanwaltschaft.

Erfreulich ist auch, dass die Tätigkeit des Landesvolksanwaltes als Antidiskriminierungsstelle nun stärker wahrgenommen wird als in den ersten Jahren. Gegenüber zuletzt 15 Fällen (2007) wurden Diskriminierungen 35 Mal thematisiert. Dieser wichtigen Aufgabe ist wiederum ein eigener Abschnitt gewidmet. Selbstverständlich gelten geschlechtsspezifische Bezeichnungen in diesem Bericht für Frauen und Männer.

Seit meinem Amtsantritt am 30.10.1997 bis zum Abschluss dieses Berichtes wurden – zusätzlich zu vielen Anfragen und Telefonaten – etwa 8.800 Bürgeranliegen behandelt. Der Schwerpunkt lag auf der Beratung (über 6.500); in den 12 Jahren wurden neben 174 amtswegigen Prüfungen 1650 Beschwerden geprüft sowie 44 Gesetzesanregungen an den Landtag und 112 Vorschläge an die Verwaltung weiter geleitet.

Von jenen Beschwerden (1411), die im Rahmen der Zuständigkeit abgeschlossen werden konnten, erwiesen sich mehr als die Hälfte (739, 52,4%) als nicht berechtigt. In 284 Fällen (20,1%) erfolgte eine Beanstandung oder Missstandsfeststellung. Besonders erfreulich ist die große Zahl von Fällen (388, 27,5%), bei denen der Beschwerdegrund im Laufe des Verfahrens behoben werden konnte.

Der Erfolg ist aber nicht nur an diesen Zahlen zu messen, sondern vor allem daran, was für die Bürgerinnen und Bürger, die Verwaltung und das politische System bewegt werden konnte: Problemlösungen in Einzelfällen, Beiträge zu sinnvollen Gesetzesnovellen und einer besseren Verwaltungspraxis. Durch Beratung und eine umfassende Prüfkompetenz stärkt der Landesvolksanwalt nicht nur die Position der Bürger im Rechtsstaat, sondern auch das Vertrauen in die staatlichen Institutionen.

Danken möchte ich für das mir entgegen gebrachte Vertrauen des Landtags sowie der Bürgerinnen und Bürger; den Behördenvertretern für die meist sehr gute Zusammenarbeit bei der Behandlung der Bürgeranliegen; insbesondere aber meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren Einsatz und ihre Mithilfe.

Bregenz, im Oktober 2009

DDr Felix Dünser, Landesvolksanwalt

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
Abkürzungen	6

1. Allgemeiner Teil	7
1.1. Rechtsgrundlagen	7
1.1.1. Wahl des Landesvolksanwaltes	7
1.1.2. Zuständigkeit	7
1.1.3. Aufgaben	7
1.2. Büro, Mitarbeiter und Termine	8
1.3. Institutionelle Kontakte	9
1.3.1. Vorarlberger Landtag	9
1.3.2. Kontakte mit Behörden und Institutionen	9
1.3.3. Internationale Kontakte	9
1.4. Öffentlichkeitsarbeit	10
2. Statistischer Teil	11
2.1. Geschäftsanfall	11
2.1.1. Arbeitsanfall und Erledigungen im Berichtsjahr	11
2.1.2. Langfristiger Vergleich der Anfallsentwicklung	11
2.2. Aufteilung nach Gebietskörperschaften und Behörden	12
2.3. Bürgerkontakte	14
2.3.1. Form der Kontaktaufnahme	14
2.3.2. Persönliche Merkmale der Klienten	14
2.3.3. Regionale Herkunft der Klienten	14
2.4. Erledigung der Missstandsprüfungen	15
2.5. Aufteilung der Fälle nach Sachgebieten	15
2.6. Arbeitsschwerpunkte und Anliegen	17
2.6.1. Bauverfahren	17
2.6.2. Raumplanung	18
2.6.3. Straßenrecht	18
2.6.4. Sozialhilfe, soziale Förderungen	18
2.6.5. Wohnbauförderung, Wohnbeihilfe, Wohnungsprobleme	18
2.6.6. Gemeindeverwaltung, Gemeindeaufsicht	19
2.6.7. Abgaben, Gebühren und Steuern	19
2.6.8. Straßenpolizei und Verwaltungsstrafrecht	19
2.6.9. Dienst- und Arbeitsrecht	20
2.7. Verfahrensdauer	20
3. Besonderer Teil	21
3.1. Anregungen zur Gesetzgebung	21
3.1.1. Berücksichtigung von Vordienstzeiten im Gemeindedienst	21
3.1.2. Feststellung des Gemeingebrauchs an Straßen durch Bezirkshauptmannschaft	22
3.1.3. Berücksichtigung beider Geschlechter bei der Besetzung der Schulräte	23
3.1.4. Mitarbeit der Antidiskriminierungsstelle im Frauenpolitischen Forum	24
3.2. Anregungen zur Verwaltung	24
3.2.1. Verwaltungsvereinfachung: Verzicht auf wiederholte Vorlage von Dokumenten	25
3.2.2. Hinweis auf sonstige Meldepflichten bei Ummeldung des Wohnsitzes	25
3.2.3. Einschränkung des Surfverbotes im Naturschutzgebiet Rheindelta	26
3.2.4. Keine Verringerung der Sozialhilfe um Kinderabsetzbetrag	27

3.3.	Förmliche Empfehlung.....	27
3.3.1.	Aufhebung einer rechtswidrigen Ferienwohnungswidmung	27
3.4.	Berichtenswertes aus der Landesverwaltung.....	29
3.4.1.	Ausstellungstitel „Kanton Übrig“ - Herabwürdigung des Landes Vorarlberg?	29
3.4.2.	Zu Unrecht Familien- und Kinderzulage verwehrt.....	30
3.4.3.	Übernahme der Wohnungskautions durch Sozialhilfe abgelehnt.....	30
3.4.4.	Erlöschener Unterhaltsanspruch bei der Wohnbeihilfe angerechnet.....	31
3.4.5.	Durch falsche Auskunft Wohnbeihilfe verloren	31
3.4.6.	Familienzuschuss nachträglich zurück gefordert	32
3.4.7.	Wegen angeblichem Schulschwänzen Geldstrafe verhängt	32
3.4.8.	Rechtswidrig Anfertigung von Kopien verweigert – von Gemeindeaufsicht gedeckt.....	33
3.4.9.	Verschleppung eines Bauverfahrens – zuletzt auch durch Aufsichtsbehörde.....	34
3.5.	Einzelfälle aus der Verwaltung der Gemeinden	35
3.5.1.	Jahrelanges Behördenverfahren um Befahren eines Einmündungstrichters	35
3.5.2.	Baubewilligung ohne ausreichend rechtlich gesicherte Zufahrt erteilt.....	36
3.5.3.	Verschlepptes Bauverfahren rechtswidrig mit Berufungsvorentscheidung beendet	37
3.5.4.	Auf Kundmachung des Bebauungsplans vergessen	38
3.5.5.	Genehmigungspflicht für „warmen Abbruch“ ?	38
3.5.6.	Bach ohne Genehmigung verrohrt – im Auftrag der Gemeinde	39
3.5.7.	Vorschreibung verjährter Kanalanschlussbeiträge auf Weisung des Bürgermeisters	39
3.5.8.	Rückwirkende Grundsteuervorschreibung aufgehoben.....	40
3.5.9.	Befangenheit eines Gemeindevertreters als Grundeigentümer nicht beachtet	41
3.5.10.	Befangenheit von Gemeindeorganen als Vertreter gemeindeeigener Gesellschaften.....	41
3.5.11.	Doppelfunktion des Bürgermeisters als Geschäftsführer einer Gesellschaft	42
3.5.12.	Gemeindevermittlungsamt sogar im Gemeindeamt unbekannt.....	42
3.5.13.	Liechtensteinischer Literaturpreisträger als Heimatbuchautor?.....	43
3.5.14.	Willkürliche Reaktion auf Kritik in Vereinszeitung	44
4.	Tätigkeit als Antidiskriminierungsstelle	45
4.1.	Aufgaben der Antidiskriminierungsstelle.....	45
4.2.	Einsatz für Gleichbehandlung und gegen Diskriminierung	46
4.3.	Aufgliederung der Diskriminierungsfälle	46
4.4.	Diskriminierung aufgrund der ethnischen Herkunft	47
4.4.1.	Jugendlichen wegen „ausländischem Aussehen“ Eintritt in Diskothek verwehrt.....	47
4.4.2.	Verhetzung im Internet.....	48
4.5.	Diskriminierung aufgrund des Geschlechts.....	49
4.5.1.	Frauen-Diskriminierung bei Schulleiterbestellung?.....	49
4.5.2.	Ungleiche Besetzung von Leitungsstellen in Schulen und Krankenanstalten	50
4.5.3.	Frauen in Aufsichtsräten von Landesgesellschaften stark unterrepräsentiert	51
4.5.4.	Frondienstleistung nur bei Männern im Haushalt	52
4.5.5.	Unterschiedliche Altersgrenzen für Männer und Frauen beim Frondienst	52
4.5.6.	Fehlende Männersauna als Diskriminierung?.....	53
5.	Gesetzliche Grundlagen	54
5.1.	Verfassung des Landes Vorarlberg (Auszug)	54
5.2.	Gesetz über den Landesvolksanwalt	55
5.3.	Antidiskriminierungsgesetz (Auszug)	57

Abkürzungen

AbgVG	Abgabenverfahrensgesetz
ABGB	Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch
Abs ()	Absatz
ADG	Antidiskriminierungsgesetz
aMP	amtswegige Misstandsprüfung (AZ)
AnGe	Anregungen zur Gesetzgebung (AZ)
AnVe	Anregungen zur Verwaltung (AZ)
Art	Artikel
ASVG	Allgemeines Sozialversicherungsgesetz
AuBe	Auskunft und Beratung (AZ)
AVG	Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz
AZ	Aktenzeichen
BauG	Baugesetz
BGBL	Bundesgesetzblatt
BH	Bezirkshauptmannschaft, Bezirkshauptmann
bMP	beantragte Misstandsprüfung (AZ)
B-VG	Bundes-Verfassungsgesetz
EO	Empfehlungen an oberste Organe (AZ)
EOI	Europäisches Ombudsmann Institut (Innsbruck)
EuGH	Europäischer Gerichtshof
G	Gesetz
GG	Gemeindegesezt
GV	Gemeindevertretung
GVG	Grundverkehrsgesetz
GV-LK	Grundverkehrslandeskommission
idF, idgF	in der Fassung, in der geltenden Fassung
iVm	in Verbindung mit
JB	Jährlicher Tätigkeitsbericht des Landesvolksanwaltes
KanalG	Kanalisationsgesetz
Kap	Kapitel
KGG	Kindergartengesetz
LGBL	Landesgesetzblatt
LH	Landeshauptmann
lit	litera (Buchstabe)
LReg	Landesregierung
LV	(Vorarlberger) Landesverfassung
LVA	Landesvolksanwalt
LVA-G	Gesetz über den Landesvolksanwalt
PA	Patientenanwalt, Patientenangelegenheiten (AZ)
RA	Ratschlag an die Allgemeinheit (AZ)
RPG	Raumplanungsgesetz
S	Seite, Sonderregister (AZ)
SH, SHG, SHV	Sozialhilfe, Sozialhilfegesetz, Sozialhilfe-Verordnung
StrG	(Vorarlberger) Straßengesetz
StVO	Straßenverkehrsordnung
UVS	Unabhängiger Verwaltungssenat
VA	Volksanwaltschaft (des Bundes in Wien)
VfGH	Verfassungsgerichtshof
VO	Verordnung
VP	Verordnungsprüfung (AZ)
VStG	Verwaltungsstrafgesetz
VwGH	Verwaltungsgerichtshof

1. Allgemeiner Teil

1.1. Rechtsgrundlagen

Die **verfassungsrechtliche Grundlage** für die Tätigkeit des Landesvolksanwaltes wurde mit der Landesverfassung 1984 geschaffen (Art 59, 60 und 61 LV). Die **Unabhängigkeit**, auch gegenüber allen politischen Institutionen, ist durch die **6-jährige Amtsperiode** ohne Abwahlmöglichkeit und die **organisatorische Selbständigkeit** (Büro, Einstellung der Mitarbeiter, eigenes Budget) gewährleistet. Nähere Regelungen enthält das **Gesetz über den Landesvolksanwalt**. 2005 wurden dem LVA weitere Aufgaben durch das **Antidiskriminierungsgesetz** übertragen. Die Gesetzestexte finden sich in Kap.5.

1.1.1. Wahl des Landesvolksanwaltes

Der LVA wird – nach öffentlicher **Ausschreibung** und **Anhörung** im Volksanwaltsausschuss - vom **Landtag** mit einer **Mehrheit von $\frac{3}{4}$** der abgegebenen Stimmen gewählt. Einzige Voraussetzung ist die Wählbarkeit zum Landtag, eine Wiederwahl ist nur einmal zulässig. Am 30.10.1985 wurde **MMag Dr Nikolaus Schwärzler** zum ersten LVA von Vorarlberg gewählt und 1991 für eine zweite Amtsperiode wieder bestellt. Seit 30.10.1997 ist **DDr Felix Dünser** LVA von Vorarlberg, welcher am 08.10.2003 für eine zweite Amtsperiode (bis 29.10.2009) wieder gewählt wurde.

1.1.2. Zuständigkeit

Der LVA wird bestellt zur **Beratung** der Bürger und **Prüfung ihrer Beschwerden** betreffend die **Verwaltung des Landes**. Dazu gehören alle Verwaltungsangelegenheiten des **selbständigen Wirkungsbereiches des Landes**, auch als **Träger von Privatrechten**, die von Organen des Landes selbst oder von **anderen Rechtspersonen** im Auftrag des Landes besorgt werden, sowie die Angelegenheiten des **eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinden** aus dem Bereich der Landesvollziehung und die Tätigkeit der Gemeinden als **Träger von Privatrechten** (§ 2 Abs 5 LVA-G).

Keine Zuständigkeit besteht für **private Rechtsverhältnisse** und Angelegenheiten der **Bundesverwaltung**, auch wenn diese (im Rahmen der mittelbaren Bundesverwaltung) durch Landesbehörden wahrgenommen werden. Anregungen und Beschwerden, deren Prüfung nicht in seine Zuständigkeit fällt, **leitet** der LVA an die in Betracht kommenden Organe, etwa die Volksanwaltschaft, **weiter** (Art 59 Abs 5 LV).

1.1.3. Aufgaben

Auskunft und Beratung: Der LVA hat im Rahmen seiner Zuständigkeit jeden, der dies verlangt, zu beraten und ihm Auskünfte zu erteilen (Art 59 Abs 2 LV, § 2 Abs 1 LVA-G, § 12 Abs 2 lit a ADG).

Anregungen zu Gesetzgebung und Verwaltung: Jedermann kann beim LVA Anregungen betreffend die Gesetzgebung und die Verwaltung des Landes vorbringen (Art 59 Abs 2, 2. Halbsatz LV). Der LVA hat diese entgegen zu nehmen und Anregungen betreffend die **Gesetzgebung** des Landes an den **Landtag** weiter zu leiten. Anregungen betreffend die Verwaltung des Landes sind an die **Landesregierung**, in Angelegenheiten der Gemeinden an den **Gemeindevorstand** weiter zu geben (§ 3 Abs 5 LVA-G).

Beantragte Missstandsprüfung: Jedermann kann sich beim LVA wegen behaupteter Missstände in der Verwaltung des Landes beschweren, sofern er von diesen Missständen betroffen ist und ihm ein Rechtsmittel nicht oder nicht mehr zur Verfügung steht. Jede Beschwerde ist vom LVA zu prüfen und dem Beschwerdeführer das Ergebnis mitzuteilen (Art 59 Abs 3 LV, § 2 Abs 2 LVA-G, § 12 Abs 2 lit b ADG).

Amtswegige Misstandsprüfung: Der LVA ist berechtigt, von ihm vermutete Misstände in der Verwaltung des Landes von Amts wegen zu prüfen (Art 59 Abs 4 LV, § 2 Abs 3 LVA-G, § 12 Abs 2 lit b ADG).

Empfehlungen an oberste Organe: Der LVA kann dem obersten weisungsberechtigten Organ des geprüften Zweiges der Verwaltung anlässlich einer Prüfung Empfehlungen darüber erteilen, wie der festgestellte **Misstand** soweit als möglich **beseitigt** und künftig **vermieden** werden kann. Dieses hat den Empfehlungen möglichst rasch, längstens aber binnen zwei Monaten zu entsprechen und dies dem LVA mitzuteilen oder schriftlich zu begründen, warum ihnen nicht oder nicht fristgerecht entsprochen wird (Art 60 Abs 1 LV, § 3 Abs 2 LV-G, § 12 Abs 2 lit c ADG).

Ratschlag an die Allgemeinheit: Der LVA kann in Angelegenheiten der Verwaltung des Landes auch Ratschläge an die Allgemeinheit richten (§ 2 Abs 1, 2. Satz LVA-G).

Anrufung des Verfassungsgerichtshofes: Auf Antrag des LVA erkennt der VfGH über die **Gesetzwidrigkeit von Verordnungen**, die im Bereich der Verwaltung des Landes ergangen sind (Art 60 Abs 2 LV), auf Antrag der LReg oder des LVA auch über Meinungsverschiedenheiten zwischen LVA und LReg über die **Zuständigkeit** des LVA (Art 60 Abs 3 LV). Die bundesverfassungsrechtliche Grundlage zur Anrufung des VfGH findet sich in Art 148i iVm Art 148e und 148f B-VG.

Einsatz gegen Diskriminierung: Mit dem am 01.06.2005 in Kraft getretenen **Antidiskriminierungsgesetz** (ADG) ist dem LVA eine neue Aufgabe zugefallen als Antidiskriminierungsstelle (s Kap. 4).

1.2. Büro, Mitarbeiter und Termine

Der **Personalstand** ist mit einem **Juristen**, einer **Juristin** und zwei Mitarbeiterinnen im **Sekretariat** gegenüber dem Vorjahr gleich geblieben. Das **Büro** befindet sich – wie schon seit 1986 - in zentraler und verkehrsgünstiger Lage **gegenüber** dem Vorarlberger **Landhaus**.



Rosmarie Streibl, Dr iur Angela Bahro, LVA DDr Felix Dünser, Dr iur Josef Scherer, Hannelore Vonach

Viele Bürger wenden sich in Notlagen und oft in Unkenntnis der Aufgaben an das **Sekretariat** des LVA, welches für viele Menschen **erster Ansprechpartner** ist. **Besucher** und **Anrufer** werden von den Mitarbeiterinnen grundsätzlich **nicht abgewiesen**, sondern auf die **zuständige Behörde** oder **Rechtsschutzeinrichtung** aufmerksam gemacht.

Neben **255 vereinbarten Terminen** im Büro und **20 Sprechtagsterminen** erfolgten zahlreiche Vorsprachen ohne Termin sowie mehrere tausend Telefonate, die zahlenmäßig nicht mehr erfasst wurden.

Weiters wurden vom LVA und den juristischen Mitarbeitern **4 Ortsaugenscheine** und **46 auswärtige Besprechungen** durchgeführt. Darüber hinaus stand der LVA bei den – im Jahre 2008 leider nur wenigen – **Sprechtagen der Volksanwälte** des Bundes für Auskünfte und Beschwerden zur Verfügung.

Tabelle 1: Sprechtag des Landesvolksanwaltes und der Volksanwälte in Vorarlberg

Datum	Ort	LVA mit Volksanwalt/Volksanwältin
31.03.2008	BH Bludenz	Dr Maria Theresia Fekter
31.03.2008	Bregenz, Büro LVA	Dr Maria Theresia Fekter
27.08.2008	Bregenz, Büro LVA	Dr Gertrude Brinek
18.11.2008	Bregenz, Büro LVA	Dr Peter Kostelka
18.11.2008	BH Feldkirch	Dr Peter Kostelka

1.3. Institutionelle Kontakte

1.3.1. Vorarlberger Landtag

Der **Volksanwaltsausschuss** befasste sich am 02.04. und 25.06.2008 mit mündlichen Berichten des LVA über die eingeleiteten und abgeschlossenen **Prüfungsfälle**, am 02.04.2008 auch mit dem **Tätigkeitsbericht 2006**. Dieser wurde in der **Plenarsitzung** des **Landtags** vom 09.03.2008 beraten.

Einer guten Tradition folgend nimmt der LVA regelmäßig an den **Sitzungen** des Landtags teil. Dies bietet neben der Information über die Beratungsgegenstände auch Gelegenheit zu Gesprächen mit Abgeordneten und Regierungsmitgliedern zu aktuellen Anliegen und Prüfungsfällen.

1.3.2. Kontakte mit Behörden und Institutionen

Mit den meisten **Behördenvertretern** des Landes, der Gemeinden und des Bundes besteht eine gute und meist **problemlose Zusammenarbeit**. **Persönliche Gespräche** mit Regierungsmitgliedern, Bürgermeister, Behördenleitern und Sachbearbeitern sind oft **informativer** als langwierige Korrespondenzen und helfen manchen **Konflikt** leichter zu **lösen**.

Eine sehr gute kollegiale Zusammenarbeit besteht mit dem **Patientenanwalt**, dem **Kinder- und Jugendanwalt** sowie **VN-Ombudsmann** Dr Gottfried Feurstein, außerhalb des Landes mit dem **Landesvolksanwalt von Tirol** und der **Volksanwaltschaft**.

Zusammen mit dem Tiroler LVA besuchte der LVA die Tagungen des **Föderalismus-Institutes** am 26.05.2008 im Parlament in Wien sowie am 28.11.2008 in Linz zum Thema **Parlamentarische Kontrolle**. Auf Einladung des Präsidenten des OLG Innsbruck nahm der LVA an der Tagung zu *Justiz, Gesellschaft und Politik* vom 19.-21.10.2008 in Kirchberg/Tirol teil.

Die Aufgaben des LVA, Probleme mit Behörden und insbesondere Sozialhilfe wurden am 18.04. und 13.11.2008 in Lehrveranstaltungen der **Fachhochschule Dornbirn** dargelegt, am 09.12.2008 auch angehenden Verwaltungsassistenten der **Landesberufsschule Feldkirch**.

1.3.3. Internationale Kontakte

Als **Vizepräsident** des **Europäischen Ombudsmanninstitutes** (EOI) nahm der LVA an den Vorstandssitzungen in Innsbruck (25. und 26.04.2008) und Berlin (02.11.2008) teil.

Im Rahmen des Seminars *The Impact of the Ombudsman* vom 13.-15.04.2008 in **Gent**/Belgien hielt der LVA ein Referat zum Thema *Different Ombudsman-concepts in Europe: Investigator of Complaints, People's Advocate, Mediator, Watchdog, Protector of Human Rights*.

Beim Treffen der **Schweizerischen Vereinigung** der parlamentarischen **Ombudsleute** am 10.09.2008 in **Basel** stellte der LVA Überlegungen an zu Gemeinsamkeiten und Unterschieden der Richtertätigkeit und der Ombudsarbeit. Dem regionalen Erfahrungsaustausch diente auch die Teilnahme am **Bodensee-Juristentreffen** am 17.9.2008 in Kempten.

Das EOI vertrat der LVA auf der Tagung des Kongresses der Gemeinden und Regionen im **Europarat** und des **Menschenrechtskommissars** des Europarates vom 05.-09.11.2008 in **Stockholm** zum Thema *Systematic Work for Human Rights*.

Das vom EU-Bürgerbeauftragten und dem Petitionsausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses vom 02.-04.11.2008 in **Berlin** veranstaltete **Seminar der regionalen Ombudsleute** und Petitionsausschüsse der EU-Mitgliedsstaaten stand unter dem Thema *Zum Schutz der Schwächsten in der Gesellschaft: Die Rolle von Beschwerden und Petitionen*.

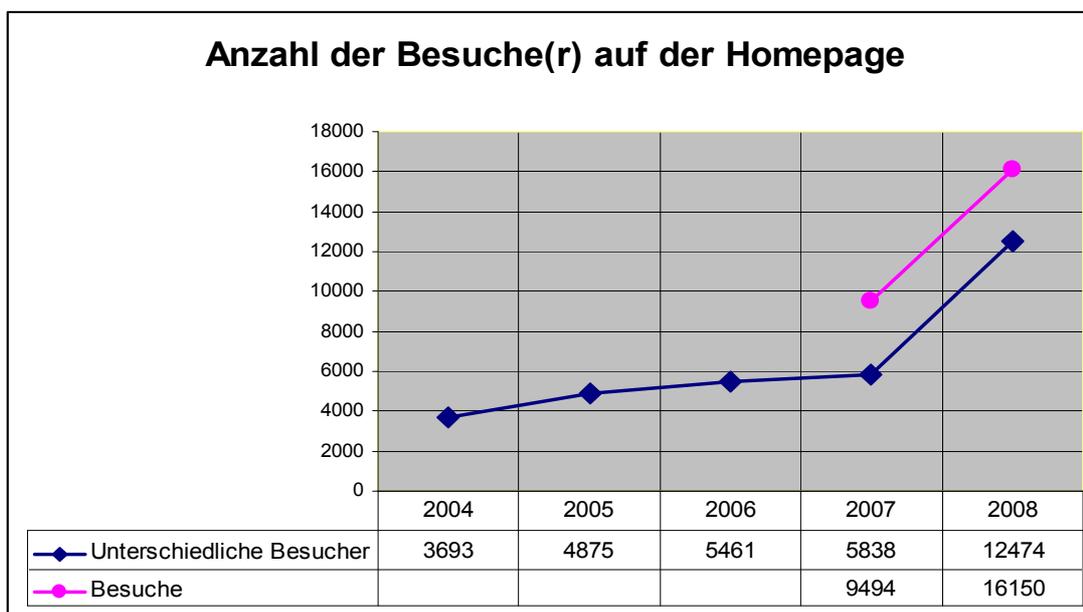
Zur ersten Tagung der **Ombudsleute** europäischer **Metropolen** am 23.11.2008 im **Mailand** wurde vom Mailänder Difensore civico auch der LVA eingeladen.

1.4. Öffentlichkeitsarbeit

Ein großer **Bekanntheitsgrad**, das **Ansehen** in der Öffentlichkeit sowie die Möglichkeit, auf **Misstände öffentlich hinweisen** zu können, tragen wesentlich zur **Wirksamkeit** von Ombudsleuten bei. Bürgeranliegen und Prüfungen des LVA wurden in den **regionalen Zeitungen** sowie **TV-** und **Radio**sendungen immer wieder thematisiert. Anlass boten u.a. die Präsentation des Jahresberichtes sowie die Behandlung baurechtlicher Probleme in der TV-Sendung „Vorarlberg heute“ am 23.04.2008.

In der Österreich weiten ORF-Sendung **Bürgeranwalt** stellte der LVA am 29.11.2008 zwei Fälle vor: Familien in einem Doppelwohnhaus leiden seit Jahren an regelmäßigen Überschwemmungen des Kellers; eine Montafoner Familie stößt bei ihrem Bemühen, ihr wirtschaftliches Überleben durch Betriebserweiterung um einen Campingplatz zu sichern, auf den Widerstand ihrer Gemeinde.

Die 2003 neu gestaltete und im Jahr 2007 erweiterte **Homepage** (www.landesvolksanwalt.at) wird in immer stärkerem Maße in Anspruch genommen. Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Zahl der **Besucher** sogar mehr als **verdoppelt**: Es fanden 2008 **16.150 Besuche** durch 12.474 Personen statt.



2. Statistischer Teil

2.1. Geschäftsanfall

2.1.1. Arbeitsanfall und Erledigungen im Berichtsjahr

Nach dem Rückgang im Vorjahr haben vor allem die **Beratungen** und hat damit der **Gesamtanfall** im Jahr 2008 deutlich **zugenommen**, die Zahl von 200 Prüfungen (davon 187 aufgrund von Beschwerden) ist die dritthöchste seit Bestehen der Landesvolksanwaltschaft.

Tabelle 2: Geschäftsanfall im Vergleich zu den beiden Vorjahren

Verfahren	AZ	Anfall 2006	Anfall 2007	Offen Ende 07	Anfall 2008	Erledigt 2008	Offen Ende 08
Amtswegige Prüfungen	aMP	14	17	4	13	14	3
Anregungen/Gesetzgebung	AnGe	3	2	0	4	3	1
Anregungen/Verwaltung	AnVe	7	5	0	12	12	0
Auskunft und Beratung	AuBe	488	400	11	476	472	15
Beantragte Prüfungen	bMP	171	192	27	187	176	38
Empfehlungen	EO	2	1	0	1	1	0
Ratschlag an Allgemeinheit	RA	0	0	0	0	0	0
Verordnungsprüfungen	VP	1	0	0	0	0	0
Sonderregister	S	17	14	0	34	34	0
Insgesamt		703	631	42	727	712	57

2.1.2. Langfristiger Vergleich der Anfallsentwicklung

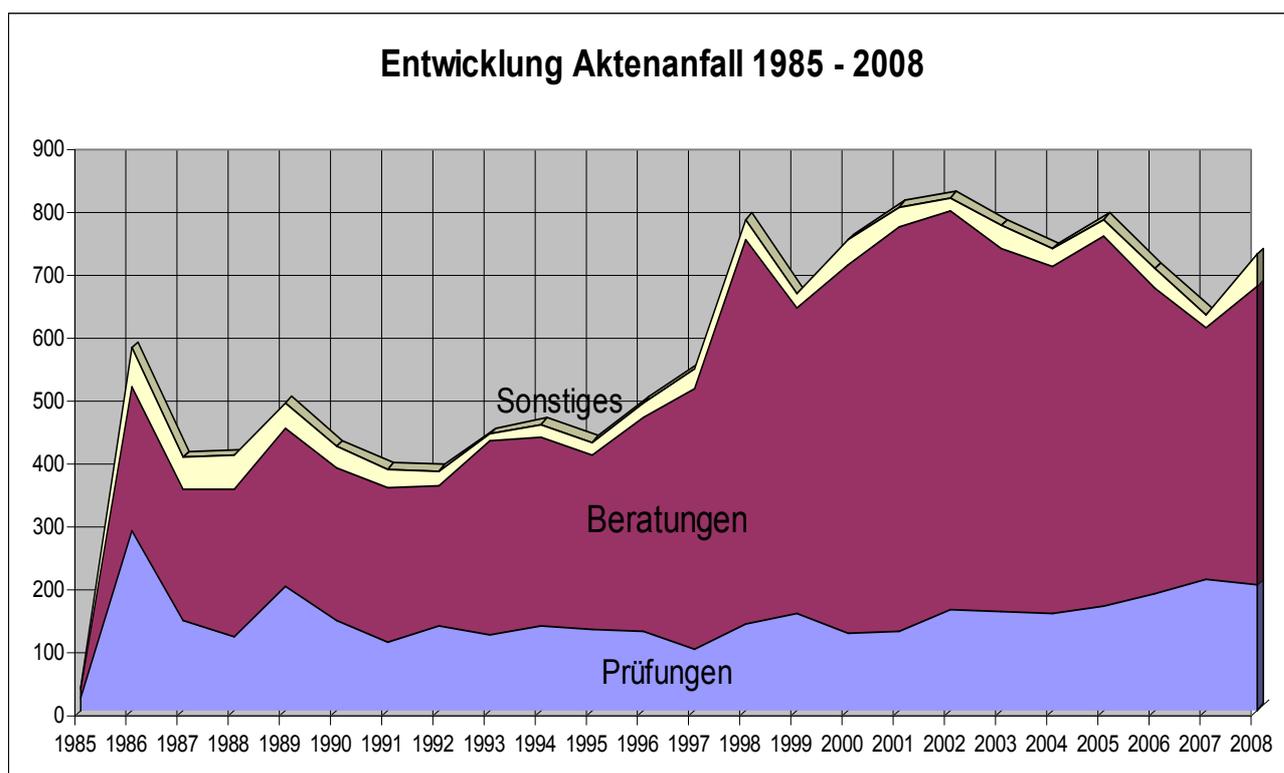


Tabelle 3: Aktenanfall 30.10.1985 bis 2008

Jahr	85	86	87	88	89	90	91	92	93	94	95	96	97	98	99	00	01	02	03	04	05	06	07	08
Prüfungen	21	286	143	116	197	144	109	134	119	134	129	127	98	138	154	124	126	161	156	155	166	185	209	200
Beratungen	13	229	209	235	251	242	246	223	311	302	278	340	414	613	486	585	644	635	579	553	590	488	400	476
Sonstige	2	62	51	54	42	34	29	24	10	19	20	23	33	32	24	41	32	20	37	27	27	30	22	51
Summe	36	577	403	405	490	420	384	381	440	455	427	490	545	783	664	750	802	816	772	735	783	703	631	727

2.2. Aufteilung nach Gebietskörperschaften und Behörden

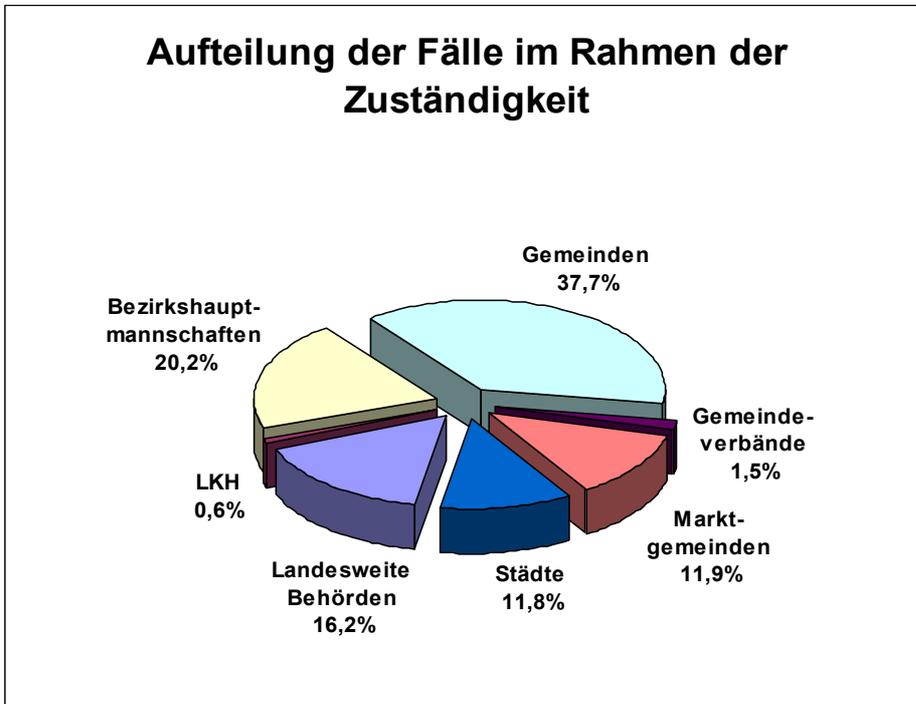
Manche Fälle betreffen gleich **mehrere Behörden**, nicht maßgebend ist, ob diese im Rahmen der **Hoheits-** oder der **Privatwirtschaftsverwaltung** tätig wurden.

Bundesbehörden, Gerichte oder im Rahmen der **mittelbaren Bundesverwaltung** tätige Landesbehörden sind nur dann erfasst, wenn der LVA über die Abklärung der Zuständigkeit hinaus tätig war (z.B. Weiterleitung der Beschwerde an die VA) oder parallel mit einem Verfahren in der Zuständigkeit des LVA (etwa bei Bauvorhaben) ein bundesrechtliches Verfahren (im Gewerbe-, Wasserrecht etc) läuft.

Tabelle 4: Aufteilung der Verfahren auf Gemeinde-, Landes- und Bundesbehörden

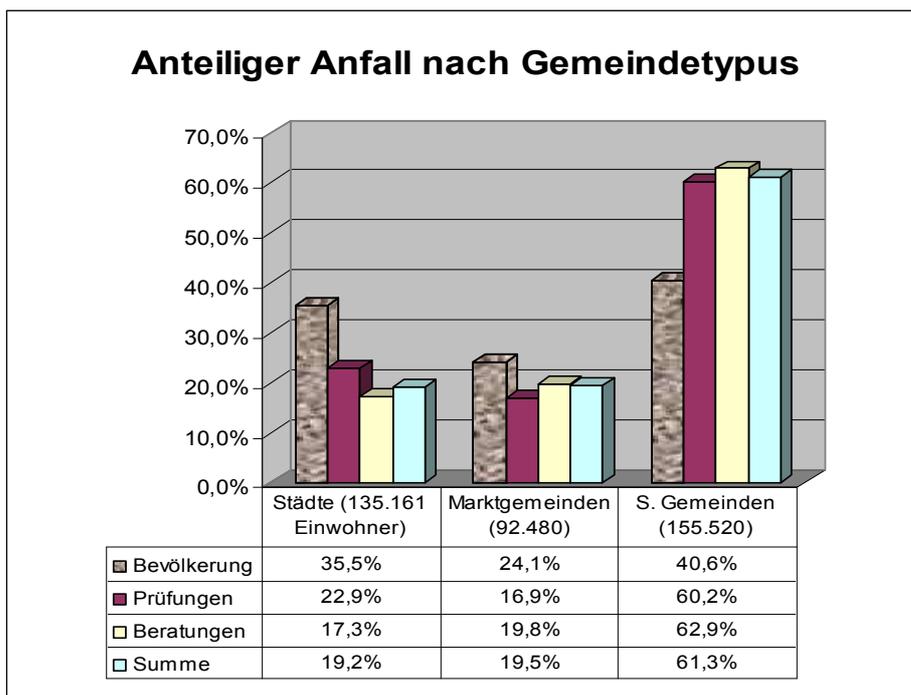
Behörde / Institution	Prüfungen	Beratungen	Anregungen	Summe
(Amt der) Landesregierung	29	51	6	86
Agrarbehörden (ABB, L-AS)	1	9	-	10
Grundverkehrsbehörden	1	1	-	2
Unabhängiger Verwaltungssenat	1	7	-	8
Landesweite Behörden (Summe)	32	68	6	106
Landeskrankenanstalten	3	1	-	4
BH Bludenz	6	15	-	21
BH Bregenz	15	29	-	44
BH Dornbirn	5	22	-	27
BH Feldkirch	18	22	-	40
Bezirkshauptmannschaften (Summe)	44	88	--	132
BEREICH LANDESVERWALTUNG	79	157	6	242
5 Städte	27	48	2	77
10 Marktgemeinden	20	55	3	78
81 Gemeinden	71	175	-	246
Gemeindeverbände	3	7	-	10
BEREICH GEMEINDEVERWALTUNG	121	285	5	411
LH/LR in Bundesangelegenheiten	4	2	-	6
BH als Bundesbehörde	5	15	-	20
Gerichte, Staatsanwaltschaft	6	20	-	26
Andere Bundesbehörden (FA, VGKK, PVA)	12	15	-	27
Sonst. Bundeseinrichtungen (Post, ASFINAG)	3	6	-	9
BEREICH BUNDESVERWALTUNG	30	58	-	88

Im Rahmen der Zuständigkeit des LVA für die Landes- und Gemeindeverwaltung lag der Schwerpunkt wieder bei Anfragen und Beschwerden zur Tätigkeit der **Gemeinden (63%)**, auf die eigentliche **Landesverwaltung** entfielen nur **37%**. Während Fälle betreffend das Amt der Landesregierung bei weniger Beschwerden und mehr Beratungen in der Summe etwa gleich geblieben sind, war bei den anderen landesweiten Behörden ein leichter Rückgang, bei den Bezirkshauptmannschaften eine Steigerung vor allem der **Beratungsfälle** festzustellen.



Bei Aufgliederung der die **Gemeinden** betreffenden Prüfungs- und Beratungsverfahren nach dem **Gemeindetypus** wird zwischen den 5 **Städten** (durchschnittliche Einwohnerzahl 27.032, Stand 01.01.2006), den 10 **Marktgemeinden** (9.248, noch ohne Hörbranz, das erst im Laufe des Jahres 2008 zur Marktgemeinde erhoben wurde) sowie den 81 übrigen **Gemeinden** (1.920) unterschieden.

Die Zahl der **Marktgemeinden** und **städtische Verwaltungen** betreffenden Prüfungen und Beratungen lag deutlich unter dem Bevölkerungsanteil. Die Verwaltung **kleinerer Gemeinden** mit einem Bevölkerungsanteil von etwa 40% veranlasste hingegen über 60% der Beratungen und Beschwerden:



2.3. Bürgerkontakte

2.3.1. Form der Kontaktaufnahme

Jeder Akt wird nur einer Kategorie zugeordnet nach der **Information**, die zur **Einleitung** des **Verfahrens** geführt hat. Nicht maßgeblich sind eine Terminvereinbarung oder ein telefonischer Vorkontakt, ebenso wenig nachfolgende Verfahrensschritte.

Elektronische Eingaben (**Mail**) führen schon in mehr als **einem Viertel** der Fälle zur Einleitung eines Verfahrens (ebenso oft wie telefonische Auskunftersuchen). Dadurch hat die Bedeutung **schriftlicher Eingaben** (259 gegenüber 193 im Jahr 2007) trotz Rückgang per Post oder Fax übermittelter Schreiben stärker zugenommen als **mündliches Vorbringen** (452 gegenüber 430). Persönliche **Vorsprachen im Büro** sind praktisch gleich geblieben, bilden aber mit einem Drittel immer noch den wichtigsten Anlass zur Verfahrenseinleitung.

Tabelle 5: Anlass zur Einleitung des Verfahrens	Anzahl	Prozent
Persönliche Vorsprache im Büro	242	33,3
Vorsprache bei auswärtigem Sprechtag	20	2,8
Telefonat mit Beratung und Information	190	26,1
Summe mündliches Vorbringen	452	62,2
Briefliche Beschwerde oder Ersuchen	48	6,6
Beschwerde oder Ersuchen per Telefax	21	2,9
Beschwerde oder Ersuchen per E-Mail	190	26,1
Summe schriftliches Vorbringen	259	35,6
Überwiesen von VA oder anderer Institution	5	0,7
Ausschließlich von Amts wegen eingeleitet	11	1,5
Gesamtsumme	727	100

2.3.2. Persönliche Merkmale der Klienten

Tabelle 6: Profil der Beschwerdeführer und Klienten	Anzahl	Prozent
Privatperson, männlich	297	40,9
Privatperson, weiblich	268	36,9
Ehepaar, Familienangehörige gemeinsam	73	10,0
Gruppe von Privatpersonen (Miteigentümer, Nachbarn, ..)	32	4,4
Unternehmen, Unternehmensvertreter	9	1,2
Bürgerinitiativen, wahlwerbende Gruppen	14	1,9
Sozialinstitutionen, Sozialarbeiter	9	1,2
Behörden, öffentlich rechtliche Körperschaften, deren Vertreter	13	1,8
Ausschließlich von Amts wegen eingeleitet	12	1,7
Insgesamt	727	100

2.3.3. Regionale Herkunft der Klienten

Sieht man von amtswegig eingeleiteten Verfahren, landesweiten Institutionen sowie Personen ab, deren Wohnort nicht zugeordnet werden konnte, stammten aus **Vorarlberg 650**, aus anderen österreichischen **Bundesländern 7** und aus dem europäischen **Ausland 19** Klienten. Vermutlich auch aus Vorarlberg kamen jene allgemeinen telefonischen (16) und elektronischen (14) Anfragen, bei denen aufgrund der Handynummer oder E-Mail-Adresse der Wohnort nicht zugeordnet werden konnte.

Der **steigende Trend** (650 Vorarlberger statt 580 im Vorjahr) betraf vor allem den **Bezirk Feldkirch** (+58), der im Vergleich zur Bevölkerungszahl nunmehr deutlich überrepräsentiert ist. Hingegen hat sich die Zahl der Klienten in den anderen Bezirken nur geringfügig geändert und liegen die Anteile dadurch etwas unter dem Bevölkerungsanteil

Tab. 7: Regionale Herkunft (Bezirk)	Bevölkerung (31.12.2005)		Beschwerdeführer / Klienten	
	Personen	Prozentanteil	(gerundet)	Personen
Bludenz	70.144	18,3 %	16,9 %	110 (+9)
Bregenz	130.991	34,2 %	33,6 %	218 (-3)
Dornbirn	81.017	21,1 %	17,2 %	112 (+6)
Feldkirch	101.009	26,4 %	32,3 %	210 (+58)
Vorarlberg gesamt	383.161	100 %	100 %	580 (+70)

Anfragen und Beschwerden nahmen vor allem in den großen Talschaften **Rheintal** (um 62 auf 441) und **Walgau** (um 14 auf 77) zu. In den anderen Regionen des Landes gab es nur geringfügige Änderungen: **Bregenzerwald** 61 (+3), **Montafon** 26 (-2), **Leiblachtal** 23 (-1), **Klostertal/Arlberg** 14 (-2), **Großes Walsertal** 9 (+3), **Kleines Walsertal** 6 (-2) und **Brandnertal** 2 (-1).

2.4. Erledigung der Missstandsprüfungen

Manche Beschwerden werden zuständigkeitshalber an die VA, die Gleichbehandlungsanwaltschaft oder andere Ombudsstellen **abgetreten** bzw weiter verwiesen oder können wegen Unzuständigkeit, Unzulässigkeit (anhängiges Verfahren) oder aus anderen Gründen (Zurückziehung) nicht weiter behandelt werden.

Unterschieden wird weiters, ob der **Beschwerdegrund** im Laufe des Verfahrens **beseitigt** oder **kein Missstand** festgestellt werden konnte und ob eine Beseitigung nicht (mehr) möglich war und somit eine **Beanstandung** oder **Misstandsfeststellung** erfolgte.

Erfreulich ist wieder die **große Zahl** jener Fälle, in denen der **Beschwerdegrund** im Laufe des Verfahrens **beseitigt** werden konnte. Die Anzahl der **berechtigten Beschwerden** ist **gleich** geblieben, die Zahl der **Misstandsfeststellungen** bei amtswegigen Prüfungen hingegen **zurückgegangen**.

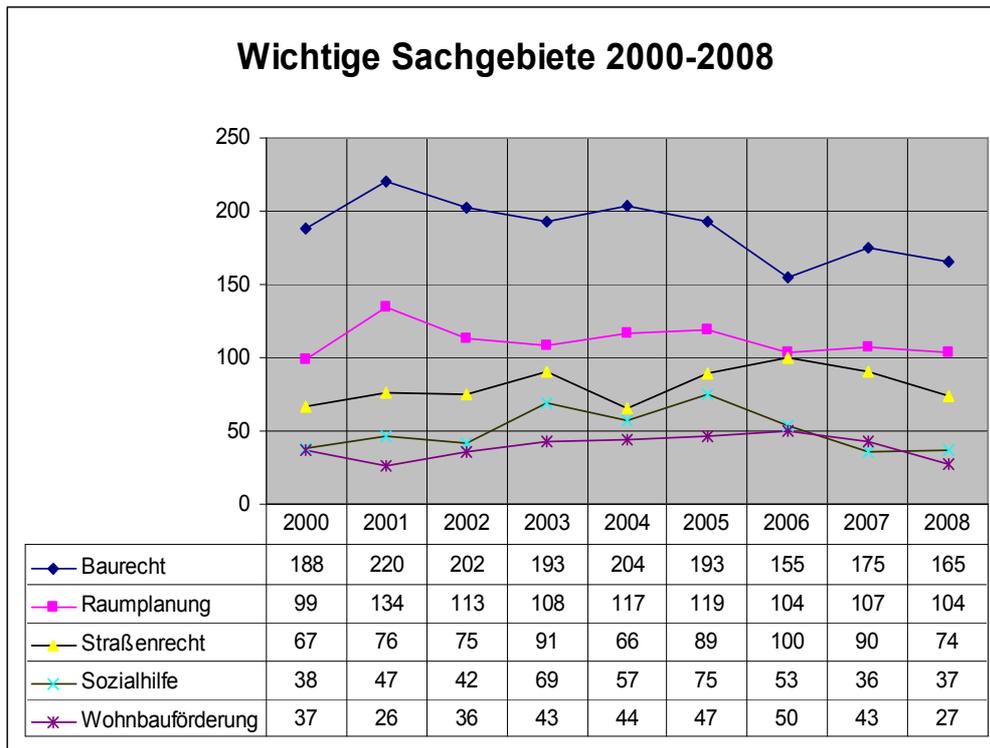
Tabelle 8: Erledigung der Missstandsprüfungen	amtswegige	beantragte
Am 01.01.2008 offene Fälle	4	27
Im Jahr 2008 eingeleitete Fälle	13	187
Im Jahr 2008 zu bearbeitende Fälle, davon:	17	214
An VA, Gleichbehandlungsanwaltschaft abgetreten/verwiesen	0	26
Wegen Unzuständigkeit oder als unzulässig eingestellt	0	7
Kein Fehler oder Missstand feststellbar	5	67
Beschwerdegrund im Laufe des Verfahrens beseitigt	6	32
Beanstandung, Misstandsfeststellung	2	24
Verfahren aus anderen Gründen eingestellt	1	20
Summe der erledigten Fälle	14	176
Zum 31.12.2008 offen gebliebene Fälle	3	38

2.5. Aufteilung der Fälle nach Sachgebieten

Die Aufteilung erfolgt nicht mehr, wie bis zum Tätigkeitsbericht 2006, nach einzelnen Gesetzen, sondern werden Rechtsmaterien und **Sachgebiete zusammengefasst** und den Anfallzahlen der letzten drei Jahre gegenüber gestellt.

Tabelle 9: Sachgebiete und Rechtsmaterien	2005	2006	2007	2008
Abfallbeseitigung, Mülltrennung	9	10	14	15
Abgaben, Gebühren, Steuern	61	56	44	57
Agrar, Forst, Jagd, Fischerei	23	13	13	15
Amtshaftung	8	2	1	2
Auskunfts-, Umweltinformationsgesetz	8	13	7	5
Baugesetz und Verordnungen	193	155	175	165
Behinderung (ChancenG, IntegrationsVO)	4	8	5	4
Bestattungswesen	1	7	2	1
Datenschutz	6	8	3	5
Dienst- und Arbeitsrecht	31	15	19	22
Diskriminierung, Gleichbehandlung	1	17	14	35
Fremdenrecht (FPG, AsylG, NAG)	1	7	4	8
Führerschein- und Kraftfahrsgesetz	10	12	8	10
Gemeinderecht, Gemeindeverwaltung	59	50	34	65
Gesundheitswesen	5	13	8	2
Gewerbeordnung	20	27	26	20
Grundverkehr	7	6	9	6
Jugendwohlfahrt	17	21	15	22
Kanalisation, Abwasser	17	35	32	34
Naturschutz und Landschaftsentwicklung	20	24	28	34
Pflegegeld	7	5	2	3
Raumplanung	119	104	107	104
Schule, Kindergarten, Bildung	41	14	16	15
Sicherheits- u Rettungswesen, Feuerpolizei, Katastrophenhilfe	7	11	6	9
Sozialhilfe	75	53	36	37
Sozialversicherung (ASVG, PG)	4	12	18	10
Sport (Schischulen, Bergführer)	3	1	2	1
Staatsbürgerschaft	8	10	5	2
Strafrecht (Justiz)	15	19	11	15
Straßenpolizei (StVO, Parkabgabe)	35	39	29	25
Straßenrecht (mit GSG, Notweg)	89	100	90	74
Tierhaltung, Tierschutz, Tierzucht	6	7	6	1
Tourismus	2	3	4	5
Umweltrecht (UVP, Luftreinhaltung, Lärm, Immissionen)	10	18	10	12
Veranstaltungsrecht	4	2	1	3
Vergabewesen	0	11	7	5
Verkehrsverbund, ÖPNV	6	1	1	11
Verwaltungsstrafrecht	26	35	25	44
Verwaltungsverfahren	52	63	41	34
Wahlen, Volksabstimmungen, Volksbegehren	7	1	2	3
Wasserrecht	15	23	21	32
Wasserversorgung	8	16	23	16
Wohnbauförderung, Wohnbeihilfe	47	50	43	27
Wohnungsrecht (WGG, WEG, MRG, Wohnungsvergabe)	22	26	27	23
Zivilrecht allgemein (ABGB)	243	225	220	207

Die Entwicklung der in den letzten Jahren wichtigsten Sachgebiete zeigt, dass weiterhin Bauverfahren bzw. Bauvorhaben sowie Raumplanung mit gewissen Schwankungen die häufigsten Anliegen sind.



Auffallend ist der deutliche Rückgang der Sozialhilfe- und Wohnbauförderungs-fälle (speziell Wohnbeihilfe von 37 Fällen im Jahr 2005 auf nunmehr 20 Fälle) in den letzten Jahren.

Dies ist vermutlich mit wesentlichem, auch auf Anregungen und Empfehlungen des LVA zurück zu führenden Verbesserungen zu erklären.

Zum besseren Verständnis der konkreten Anliegen der Bürgerinnen und Bürger erfolgt im nachfolgenden Kapitel eine detaillierte Aufschlüsselung der häufigsten Sachgebiete und Arbeitsschwerpunkte.

2.6. Arbeitsschwerpunkte und Anliegen

2.6.1. Bauverfahren

Die Anwendung des **Baugesetzes** und seiner **Verordnungen** ist mit **165 Fällen** (gegenüber 175 und 155 in den letzten Jahren) weiterhin **häufigster Anlass**, sich an den LVA zu wenden; die Anzahl der Beschwerden ist mit 40 geringfügig (-4) zurück gegangen. Wie in den Vorjahren wandten sich mehr Nachbarn (81) an den LVA als Bauherrn und Grundeigentümer (77). Zentrale Anliegen waren die **Nachbarrechte** (82), vor allem wegen vorhandener oder befürchteter **Immissionen** (43) sowie Einhaltung des Bauabstandes (31). Anlass boten u.a. **Gewerbebetriebe** (12), größere **Wohnanlagen** (10), **Landwirtschaften** und **Tierhaltung** (4), Spiel- und **Sportanlagen** (3) sowie **Parkplätze** (3).

Die Vereinbarkeit von Bauwerken mit der **Flächenwidmung** (26), dem **Orts- und Landschaftsbild** (13), der **Baunutzungszahl** (4) und einem **Bebauungsplan** (6) waren ebenso Thema wie die Wiederherstellung des rechtmäßigen Zustandes bei **Planabweichungen**, **konsenslosen Bauwerken** (je 9) sowie fehlender **Fertigstellung** (3). Mehrmals geprüft wurde die **Bewilligungspflicht** (15), etwa bei Änderungen des **Verwendungszwecks** (3) oder nach Erlassung eines **Freigabebescheides** nach Bauanzeige. Auch Probleme mit der **Zufahrt** (25), **Einfriedungen** und Stützmauern (12), der **Eignung** von Baugrundstücken wegen Rutschgefahr, Lawinen, Bäumen, Steinschlag und der Nähe zu Gewässern (8), mit **Autoabstellplätzen** (5), dem **Brandschutz** (3) sowie **Kinderspielplätzen** (2) wurden thematisiert.

12 Mal wurde die Verletzung der Entscheidungspflicht durch **Untätigkeit oder Säumnis** der Behörde geprüft, 6 Mal die Verweigerung der **Akteneinsicht** und je 2 Mal Verfahren zur **Baugrundlagenbestimmung** sowie **Schadenersatzansprüche** nach Bauarbeiten des Nachbarn.

2.6.2. Raumplanung

Neben **81 Beratungen** gab es **21 Prüfungen** und je eine Empfehlung sowie Anregung zur Verwaltung. 52 Anliegen betrafen **Bauvorhaben** oder bestehende **Gebäude**, insbesondere wegen der **Vereinbarkeit** mit der Flächenwidmung oder einem Bebauungsplan, in 6 Fällen mit der **Bestandsregelung** (§ 68 RPG).

47 Mal wurden **Umwidmungen** thematisiert: Dabei ging es neben allgemeinen Auskünften über die Voraussetzungen (3) um **erhoffte Baulandwidmungen** (25) und **Rückwidmungen** (6); 12 Mal wurden Umwidmungen in der Nachbarschaft **beanstandet**, vor allem wegen geplanter Betriebsflächen (10). Weitere Anliegen betrafen **Bebauungspläne** (11), **Grundteilungen** (6), **Umlegungen** (5), **Ferienwohnungen** (4) sowie Ausnahmeregelungen vom Flächenwidmungsplan (4) oder einem Bebauungsplan (6).

2.6.3. Straßenrecht

Das Landes-**Straßengesetz** war Gegenstand bei 57 Beratungen, 11 Beschwerden und einer Anregung zur Gesetzgebung (**69**); betroffen waren überwiegend **Gemeindestraßen**, aber auch (öffentliche) **Privat-**(8) und **Landesstraßen** (6) sowie eine **Genossenschaftsstraße** – darunter auch 8 Fuß- und **Radwege**. 6 Verfahren betrafen das **Güter- und Seilweggesetz**, 2 das **Notweggesetz**.

Anliegen waren u.a. die **Abtretung** oder **Rückstellung** von Grundstreifen bei **Verbreiterung**, Verlegung, Neuanlegung oder Auflassung von **Straßen** (20), die **Zufahrt** von öffentlichen Straßen (20), Beeinträchtigungen durch **Verkehrslärm**, **Schmutz**, **Abwässer** oder **Straßenbau** (9), der **Grenzverlauf** zu öffentlichen Straßen (7), das Bestehen eines **Gemeingebrauches** (7), das **Parken** auf öffentlichen Straßen (4), die **Schneeräumung** (4), **Einfriedungen** (3), die **Erhaltungspflicht** samt Haftung (2) sowie der **Bauabstand**, die **Auflassung** einer Gemeindestraße und die **Straßenbeleuchtung**.

2.6.4. Sozialhilfe, soziale Förderungen

Von **37 Fällen**, darunter nur 5 Beschwerden, betrafen 23 die **Gewährung** von Sozialhilfe und deren Höhe. Thematisiert wurden auch der **Rückersatz** von Sozialhilfebeziehern (5), **unterhaltungspflichtigen Angehörigen** (4) sowie auf Grund eines **Schenkungswiderrufes** gemäß § 947 ABGB (7), in 2 Fällen auch das Verhalten von Mitarbeitern der Sozialhilfebehörde.

21 **Betroffene** wandten sich selbst an den LVA, in 11 Fällen wurden die Anliegen durch **Angehörige** oder **Sachwalter**, in 5 Fällen durch **Sozialarbeiter** vorgebracht. Weitere Fälle der sozialen Unterstützung (neben der Wohnbeihilfe, s.u.) betrafen die Förderung von Menschen mit **Behinderung** (3), die **Familienförderung** sowie das **Pflegegeld** des Landes (2) und des Bundes (2).

2.6.5. Wohnbauförderung, Wohnbeihilfe, Wohnungsprobleme

Von **20 Fällen** zur **Wohnbeihilfe** (12 Beratungen, 7 Beschwerden, eine Anregung) betrafen 10 die Einstellung oder **Ablehnung** der Beihilfe und 3 die **Berechnung**, mehrmals wurden nur Auskünfte über die Voraussetzungen erteilt. Gründe für die Ablehnung waren je zweimal die fehlende Vollbeschäftigung und ein Verwandtschaftsverhältnis zum Vermieter sowie eine trotz **Trennung** noch aufrechte Ehe. In vier Fällen wurde die Verzögerung des Verfahrens, in zwei Fällen das Verhalten der Sachbearbeiter kritisiert. Eine Beschwerde wegen Verweigerung der Beihilfe durch eine **Tiroler Gemeinde** wurde an den LVA von Tirol weiter geleitet, zwei **Zivildienstler** wurden wegen der Ablehnung des Wohnkostenzuschusses an die VA verwiesen.

7 Fälle (davon 1 Beschwerde) betrafen die eigentliche **Wohnbauförderung**, u.a. eine unzureichende Auskunft über die **Ökoförderung**, die **Althausanierung**, Möglichkeiten der vorzeitigen **Rückzahlung** des Darlehens, die **Fälligkeitstellung** für eine geerbte Wohnung und die Kürzung mangels **Steuerpflicht** des Ehegatten in Österreich.

8 Wohnungssuchende sprachen die verweigerte oder verzögerte **Vergabe** einer gemeinnützigen oder **Gemeindewohnung** an. **Mietrechtliche** Probleme (18) sowie Fragen des **Wohnungseigentums-** (7) und des **Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes** (5) standen oft in Zusammenhang mit gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften unter Aufsicht der LReg.

2.6.6. Gemeindeverwaltung, Gemeindeaufsicht

Viele Probleme mit der Gemeindeverwaltung sind nach den Bestimmungen des **Gemeindegengesetzes** (65) zu beurteilen, wie etwa die **Zuständigkeit** der Gemeindeorgane und ihr Verhältnis zueinander, ebenso die Tätigkeit der **Gemeindeaufsichtsbehörden** (21). Viele Anliegen betrafen **zivilrechtliche Probleme** zwischen Bürgern und Gemeinden, etwa bei der Abtretung von Grundstreifen für Straßen und Gehsteige, wegen Ersatz von Schäden nach Bauarbeiten, etwa zur Errichtung von Kanälen (2) oder Beeinträchtigungen durch unzureichende Abwasserkanäle oder Straßenwässer (6).

Auch andere Probleme beim **Kanalanschluss** (11), der **Verlegung** von Abwasserkanälen (2), der **Wasserversorgung** (7) sowie der **Abfallbeseitigung** und Mülltrennung (5) beschäftigten den LVA, ebenso die entsprechenden Gebühren und Abgaben (s.u.).

Weitere Themen waren fehlende Ausnahmestimmungen für ältere Bürger in den Verordnungen zur Vorschreibung von Hand- und Zugdiensten nach der Gemeindeordnung 1935 (4), die Verwaltung von **Kindergärten** (3), **Pflichtschulen** (2) und des **Gemeindegutes** (2) sowie der Vollzug des Gesetzes gegen **Lärmstörung** und über das Halten von Tieren (9), des Vergabe- (5), des Sammlungs- und des Veranstaltungsgesetzes (je 3).

2.6.7. Abgaben, Gebühren und Steuern

Finanzielle Vorschreibungen durch Bundes-, Landes- und Gemeindebehörden wurden von Bürgerinnen und Bürgern 57 Mal angesprochen. Dazu gehörten von der Gemeinde vorgeschriebene **Kanal-** (19), **Wasser-** (9) und **Abfallgebühren** (7), die **Grundsteuer** (10), die **Zweitwohnsitzabgabe** (5) der **Tourismusbeitrag** (4) sowie **Parkgebühren**. Gleich fünfmal beanstandet wurde die rechtswidrige Vorschreibung von **Verwaltungsabgaben** in Abgabenbescheiden, einmal die **Spitalsgebühren**.

Behandelt wurden auch allgemein **verfahrensrechtliche Probleme** (29), etwa wegen Verjährung erst nach Jahren vorgeschriebener Kanal- (9, s Kap 3.5.7.), Wasser- und Abfallgebühren.

2.6.8. Straßenpolizei und Verwaltungsstrafrecht

Regelungen des **Straßenverkehrs** und **Verstöße** gegen die **StVO** waren Gegenstand von 4 Beschwerden, einer Anregung und 17 Beratungen. Diese bezogen sich teilweise auf Maßnahmen zur Regelung des Verkehrs und Verbesserung der **Verkehrssicherheit** (11), wie **Geschwindigkeitskontrollen** (2), **Fahr-** und **Parkverbote**, öfter aber auf Verwaltungsstrafen (12). 10 Fälle betrafen das **Führerschein-** und **Kraftfahrwesen** im Zuständigkeitsbereich des Bundes.

Bei 44 Fällen (9 Beschwerden) zu **Verwaltungsstrafverfahren** standen Verstöße gegen Verkehrsregelungen im Vordergrund, insbesondere gegen die **StVO** (12), aber auch das **Kraftfahrzeuggesetz** (4), das Parkabgabegesetz und die Vollstreckung ausländischer Vergehen (je 2).

Strafverfahren betrafen auch Verstöße gegen das **Baugesetz** (4), das Gesetz über Naturschutz und Landschaftsentwicklung, das Raumplanungs- und das Güter- und Seilwegegesetz sowie (außerhalb der Zuständigkeit) das Wasserrechts- (2), Tierschutz-, Abfallwirtschafts-, Schulpflicht-, Waffen- und Ausländerbeschäftigungsgesetz. Anliegen waren u.a. die **Strafhöhe** (6), **Anonymverfügungen** (7), der (drohende) Vollzug der **Ersatzfreiheitsstrafe** (5), ein **Strafaufschub** (Ratenzahlung, Stundung, 5) und die mögliche **Verjährung** (2).

2.6.9. Dienst- und Arbeitsrecht

Von 22 dienstrechtlichen Problemen (davon 13 Beschwerden) betrafen 9 den **Gemeindedienst**, 6 den **Landesdienst**, 3 die **Landeskrankenanstalten** und 5 den **Schuldienst**.

Dreimal wurde **Mobbing** im **Gemeindedienst** thematisiert, zweimal die Vorgangsweise bei **Kündigungen** und einmal die verweigerte **Wiederaufnahme** in die Gemeindegewerkschaftswache. Die geringe **Einstufung** einer Kindergärtnerin trotz Vordienstzeiten in einer anderen Gebietskörperschaft führte zu einer Gesetzesanregung (Kap 3.1.1.).

Unhöfliches Verhalten gegenüber Bürgern wurde einem Gemeindebediensteten sowie zwei Amtsärzten vorgeworfen.

Neben der **Rückforderung** angeblich zu Unrecht bezogener **Familienbeihilfe** wurden von Landesbediensteten vor allem Pensionsprobleme thematisiert: Die Berechnung der **Hinterbliebenenpension**, das unterschiedliche **Pensionsalter** für Männer und Frauen, das Drängen auf **freiwillige Pensionierung** (Mobbing) sowie die Ablehnung einer gewünschten frühzeitigen Pensionierung mit 60 Jahren.

Bei den **Landeskrankenanstalten** ging es um die **Überstundenregelung** und **Kettenverträge** für **Turnusärzte** und die Nichtauszahlung der **Familien- und Kinderzulage** (Kap 3.4.2.).

Anlass von Beschwerden von Lehrerinnen und **Lehrern** waren erfolglose Bewerbungen um **Leiterstellen** (siehe Kap 4.5.1.), die Überprüfung der **Dienstfähigkeit** (je 2) und die Nichtgewährung einer **Abfertigung** nach dem Austritt aus dem Schuldienst.

2.7. Verfahrensdauer

Mehr als **die Hälfte** aller im Berichtsjahr abgeschlossenen Verfahren wurde **innerhalb einer Woche** erledigt (vor allem **Beratungen**: 349), **drei Viertel** innerhalb eines **Monats**.

Tab. 10: Verfahren abgeschlossen innerhalb von	Anzahl	Prozent	Kumuliert
einer Woche	419	58,8	58,8 %
einem Monat	115	16,2	75,0 %
drei Monaten	104	14,6	89,6 %
sechs Monaten	54	7,6	97,2 %
einem Jahr	17	2,4	99,6 %
mehr als einem Jahr	3	0,4	100,0 %
Insgesamt	712	100	

3. Besonderer Teil

3.1. Anregungen zur Gesetzgebung

3.1.1. Berücksichtigung von Vordienstzeiten im Gemeindedienst

Eine **Kindergärtnerin** hatte 10 Jahre, teilweise als Gemeindebedienstete, in einem anderen Bundesland gearbeitet. Nach ihrer **Übersiedlung nach Vorarlberg** fand sie wieder Arbeit in einem Gemeindekindergarten, war jedoch überrascht, wie eine **Anfängerin** in die **Gehaltsstufe 1** eingestuft zu werden (08 AuBe-335).

Für den LVA war die **Nichtberücksichtigung der Berufserfahrung** sachlich schwer nachvollziehbar und bestanden auch **verfassungsrechtliche Bedenken**, da gemäß Art 21 Abs 4 B-VG öffentlich Bediensteten die Möglichkeit des Wechsels zwischen den Gebietskörperschaften jederzeit gewahrt bleiben soll. Gemäß § 57 Abs 2 GAG 2005 beginnt das Gehalt bei Gemeindeangestellten generell mit der Gehaltsstufe 1 der jeweiligen Gehaltsklasse. Eine **Anrechnung von Vordienstzeiten** (Berufserfahrung, besondere Qualifikation) sieht § 59 GAG **nur** als (freiwillige) **Möglichkeit** vor.

Zur Anfrage des LVA teilte die LReg mit, dass die aufgezeigte Problematik erkannt wird und man sich mit der Frage der Anrechnung von Dienstzeiten befassen und um eine Klärung bemühen wird. Allerdings erfordere dies eine umfassende Auseinandersetzung und damit entsprechende Zeit.

Der LVA legte die Problematik auch dem Landtag dar mit der **Anregung**, im Zuge einer **Novellierung** des **Gemeindeangestelltengesetzes Vordienstzeiten** in anderen Gebietskörperschaften bei der Einstufung **zu berücksichtigen** (08 AnGe-002).

Auch nach Beseitigung des allgemeinen Homogenitätsprinzips für die Dienstrechte der Gebietskörperschaften schreibt **Art 21 Abs 4 B-VG** ausdrücklich vor, dass die **Möglichkeit des Wechsels** zwischen dem Dienst beim Bund, den Ländern, den Gemeinden und Gemeindeverbänden jederzeit **gewahrt** bleibt. Bestimmungen, wonach die Anrechnung der Dienstzeiten davon abhängig unterschiedlich erfolgt, ob sie beim Bund, bei einem Land, bei einer Gemeinde oder bei einem Gemeindeverband zurückgelegt worden sind, sind unzulässig.

Abgesehen davon, dass die **Nichtberücksichtigung** der Berufserfahrung sachlich **schwer nachvollziehbar** ist, besteht zumindest in den Fällen, in denen eine Person von einer anderen Gebietskörperschaft in den Dienst einer Vorarlberger Gemeinde wechselt, ein **Widerspruch** zu dieser **bundesverfassungsgesetzlichen Regelung**. Die Einstufung in die Gehaltsstufe 1 – selbst bei einem Wechsel von einer Vorarlberger Gemeinde in eine andere – ist im Normalfall mit einem erheblichen **Einkommensverlust** verbunden und **erschwert** oder verunmöglicht unter Umständen sogar **den Wechsel**, was dem Sinn dieser Verfassungsbestimmung widerspricht.

Die **LReg** teilte in der vom Landtagspräsidenten übermittelten Stellungnahme die Bedenken wegen Verfassungswidrigkeit nicht. Die **Bundesverfassung** kenne **keine Verpflichtung zur Anrechnung von Vordienstzeiten**, unzulässig sei lediglich zu differenzieren, ob diese beim Bund, einem Land, einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband zurückgelegt worden sind. Gemäß einem Erkenntnis des VfGH vom 04.12.2008 (G 184/07) stehe „*es dem Gesetzgeber ... grundsätzlich frei ... Dienstzeiten, die vor der Probendienstzeit gelegen sind, anzurechnen oder nicht anzurechnen. Art. 21 Abs 4 2.Satz B-VG gebietet lediglich, dass, sollte der Gesetzgeber eine Anrechnung von Dienstzeiten vorsehen, eine Gleichbehandlung bei der Anrechnung unter den ... genannten Körperschaften zu erfolgen hat.*“

3.1.2. Feststellung des Gemeingebrauchs an Straßen durch Bezirkshauptmannschaft

Der LVA wurde immer wieder mit der Frage konfrontiert, ob an **über private Grundstücke** verlaufenden **Straßen** oder Straßenteilen **Gemeingebrauch** besteht, womit diese von Jedermann (etwa als Grundstückszufahrt) benützt werden dürften. Wenn dies strittig ist, hat darüber meist der **Bürgermeister als Straßenbehörde** zu entscheiden. **Verfahren** zur Feststellung des Gemeingebrauches bereiten erfahrungsgemäß große Probleme, zumal sie **selten** durchgeführt werden und mit einem **hohen Verwaltungsaufwand** verbunden sind. Mitunter waren diese gesetzliche Regelung und die Behördenzuständigkeit auch unbekannt.

In den Berichten an den Landtag hat der LVA auf diese **Problematik** schon **mehrmals hingewiesen**, etwa im Fall einer **Kleingemeinde**, die mit der Erstellung des Bescheides völlig **überfordert** war (JB 2007, Kapitel 3.6.6.). Aber auch größere Gemeinden haben dabei Probleme (s.Kap 3.5.1.). Angesichts dieser Erfahrungen stellt sich die Frage, ob diese **Verfahren nicht besser** durch die **Bezirkshauptmannschaften** durchgeführt würden (08 AnGe-004).

Gemäß **§ 20 Abs 1 StrG** sind alle dem Gemeingebrauch gewidmeten Straßen, die nicht Bundes-, Landes-, Gemeinde- oder Genossenschaftsstraßen sind, **öffentliche Privatstraßen**, unabhängig davon, ob sie als solche erklärt oder **stillschweigend** dem Gemeingebrauch **gewidmet** sind. Eine stillschweigende Widmung liegt dann vor, wenn der Eigentümer der Straße den Gemeingebrauch **durch** mindestens **20 Jahre geduldet** hat, ohne durch Absperrungen, Aufschriften oder ähnliche Vorkehrungen unmissverständlich erkennen zu geben, dass er den Gemeingebrauch nicht oder nur vorübergehend duldet.

Wenn **strittig** ist, ob und in welchem Umfang eine Straße von Jedermann benützt werden darf, hat gemäß **§ 2 Abs 3 StrG** darüber die **Straßenbehörde** (meist der Bürgermeister) zu **entscheiden**.

Nicht nur einmal zeigte sich ein **Bürgermeister** beim Hinweis auf die Möglichkeit der Feststellung des Gemeingebrauchs **überrascht**, dass er selbst dieses Verwaltungsverfahren einzuleiten und durchzuführen hat. Dazu kommt, dass im Zuge dieser Verfahren oft **gerichtsähnliche Beweisaufnahmen** (Einvernahme von Zeugen, Urkunden etc) erforderlich und **rechtlich schwierige Abgrenzungsfragen** zum zivilrechtlichen Dienstbarkeitsrecht zu lösen sind. Nicht selten wurde Bürgern zunächst erklärt, diese privatrechtliche Angelegenheit habe das Gericht, nicht aber eine Verwaltungsbehörde zu entscheiden - was mitunter mit hohen, letztlich **vergeblichen Rechtskosten** verbunden war.

Da die Feststellung des Gemeingebrauchs meist im (öffentlichen) **Interesse der Gemeinde** gelegen ist, kann bei betroffenen Grundeigentümern auch leicht der **Eindruck der Befangenheit** entstehen.

Die Feststellung des Gemeingebrauchs an Privatgrundstücken stellt eine wesentliche Eigentumsbeschränkung dar. Es ist daher auch zu fragen, ob es sich nicht um eine Entscheidung über „civil rights“ im Sinne von **Art. 6 Abs 1 EMRK** handelt, sodass darüber ein Gericht oder eine **weisungsunabhängige Behörde** („tribunal“) zu entscheiden hat.

Nach Auffassung des LVA wäre in den meisten Fällen ein **Verfahren vor der BH** wesentlich zielführender und **effizienter**. Deshalb wurde eine **Novellierung** des **Straßengesetzes** angeregt, um die Zuständigkeit zur Feststellung des Gemeingebrauchs an die BH (in 2. Instanz den UVS) zu übertragen. Sollten im Hinblick auf die Gemeindeautonomie verfassungsrechtliche Bedenken bestehen, könnte geprüft werden, gemäß **§ 17 Abs 3 GG** diesen Bereich der Vollziehung des Straßengesetzes über Antrag der Gemeinden und Verordnung der LReg an die Bezirkshauptmannschaften zu übertragen.

Gemäß der vom Landtagspräsidenten übermittelten Stellungnahme hielt die **LReg** eine **Übertragung** der Zuständigkeit bei Straßen, die nur für den lokalen Verkehr von Bedeutung sind, aus **verfassungsrechtlichen** Gründen für **nicht zulässig**. Die Erlassung einer **Übertragungsverordnung** setzte einen **Antrag der Gemeinde** voraus, sodass die **LReg keinen Änderungsbedarf** sah.

3.1.3. Berücksichtigung beider Geschlechter bei der Besetzung der Schulräte

Zwei nicht berücksichtigten Bewerberinnen um eine Schulleiterstelle (s Kap 4.5.1.) fiel auf, dass beim **Hearing** vor dem Bezirksschulrat **ausschließlich Männer** anwesend waren. Eine Anfrage über die Besetzung der Kollegien der Schulräte (s Kap 4.5.2.) ergab, dass sich unter den Mitgliedern mit beschließender Stimme der **Bezirksschulräte Bregenz und Bludenz keine Frau** befindet und nur eine bzw zwei Frauen als Ersatzmitglieder. Auch die beratenden Mitglieder sind überwiegend Männer. Hingegen sind die Bezirksschulräte Dornbirn und Feldkirch sowie der Landesschulrat ausgewogener besetzt.

In **Kollegialorganen**, die mit **Personalangelegenheiten** befasst sind, sind gemäß § 10 Bundes-Gleichbehandlungsgesetz **Mitglieder beiderlei Geschlechts** zu bestellen. Das Vorarlberger **Schulratsgesetz** sieht hingegen **keine** entsprechende **Bestimmung** vor (08 AnGe-003).

Gemäß § 2 Schulratsgesetz sollen unter den Mitgliedern des Kollegiums des **Landesschulrates** mindestens so viele **Väter oder Mütter** schulbesuchender Kinder sein wie Vertreter der **Lehrerschaft**. Bei den Lehrervertretern sollen die **Schularten** entsprechend den Schülerzahlen vertreten sein. Die Mitglieder sind dabei nach dem **Stärkeverhältnis der Parteien** im Landtag zu bestellen.

Von 7 Mitgliedern mit beschließender Stimme in den **Bezirksschulräten** sind 3 Lehrervertreter, ein Vertreter der Gemeinden sowie 3 Väter oder Mütter von Schülern. Auch diese sind nach dem Verhältnis der für die Parteien bei der letzten Landtagswahl im Bezirk abgegebenen Stimmen zu bestellen.

Nicht im Gesetz **vorgesehen** ist eine angemessene **Vertretung beider Geschlechter** in diesen Kollegien mit dem Ergebnis, dass in zwei Bezirksschulräten ausschließlich Männer zu bestimmen haben. Im Pflichtschulbereich beträgt der Anteil von Lehrerinnen über 85% in den Volksschulen und 61% in den Hauptschulen, während **Leiterstellen** weiterhin **überwiegend mit Männern besetzt** sind. Angesichts des Umstandes, dass der Lehrberuf inzwischen überwiegend weiblich ist, erscheint es nicht vertretbar, dass in jenen Gremien, welche an der Vergabe von Leitungsfunktionen im Schulbereich mitwirken, überwiegend oder ausschließlich Männer vertreten sind.

Aus diesem Grunde regte der LVA an, das **Schulratsgesetz** in der Weise zu **novellieren**, dass bei der **Besetzung der Kollegien** des Landesschulrates und der Bezirksschulräte nicht nur die unterschiedlichen Interessen (Lehrer, Schülereltern, Gemeinden, Behörden) sowie das Stärkeverhältnis der Parteien, sondern auch **ein ausgewogenes Verhältnis der Geschlechter zu berücksichtigen** sind.

Sollte die angekündigte Abschaffung dieser Kollegien im Zuge der Bundesstaatsreform umgesetzt werden und an deren Stelle Beiräte treten, sollte dies auch – soweit darüber auf Landesebene entschieden werden kann - für die Bestellung der Mitglieder solcher Beiräte gelten.

In der vom Landtagspräsidenten übermittelten Stellungnahme der **Landesregierung** wurde auf die gesetzliche Regelung und das **Vorschlagsrecht der Parteien** hingewiesen, sodass ein ausgewogenes Verhältnis von Männern und Frauen von einer **Koordinierung** dieser Vorschläge abhängt. Aus Anlass der **nächsten Novelle** des Schulratsgesetzes solle gleichwohl eine **entsprechende Regelung** geschaffen werden, wonach eine ausgewogene Besetzung mit Frauen und Männern anzustreben ist. Sollte im Rahmen der Staats- und Verfassungsreform an Stelle der Schulräte Beiräte eingerichtet werden, werde für diese eine entsprechende Regelung vorzusehen sein.

Der LVA verwies darauf, dass nach den Landtagswahlen im **Herbst 2009** die Schulratskollegien **neu zu bestellen** sein werden, sodass es dringend geboten wäre, noch in der laufenden Gesetzgebungsperiode eine entsprechende Gesetzesänderung vorzunehmen.

3.1.4. Mitarbeit der Antidiskriminierungsstelle im Frauenpolitischen Forum

Gemäß § 3 Landes-Frauenförderungsgesetz dient das **Frauenpolitische Forum** der **Beratung** der LReg in frauenpolitisch bedeutsamen Fragen, etwa bei der Ausarbeitung von Frauen besonders betreffenden Gesetzesentwürfen, in grundsätzlichen Fragen der **Frauenförderung** sowie in Fragen der **Chancengleichheit** und der **Verhinderung sexueller Belästigung**. Dem Forum gehören u.a. das mit Frauenfragen befasste Mitglied der LReg als Vorsitzende sowie Vertreter der Personalabteilung, des Gemeindeverbandes, der Personalvertretungen der Landesbediensteten und Landeslehrer, der Wirtschaftskammer, der Arbeiterkammer und mindestens 3 weitere Persönlichkeiten an.

Der LVA hat als **Antidiskriminierungsstelle** u.a. die Aufgabe, im Rahmen dieses Gesetzes die Verwirklichung des Grundsatzes der **Gleichbehandlung ohne Diskriminierungen** zu fördern. In diesem Rahmen sind u.a. Berichte zu erstatten sowie Empfehlungen zu allen Aspekten vorzulegen, die mit Diskriminierungen im Zusammenhang stehen, Stellungnahmen zu einschlägigen Gesetzes- und Verordnungsentwürfen zu erstatten sowie Informationen mit anderen Antidiskriminierungs- und Gleichbehandlungsstellen, der Anlaufstelle für Chancengleichheit und den Frauenberaterinnen auszutauschen.

Die Aufgabenstellung des LVA betrifft auch das **Landesdienstrecht** im Zusammenhang mit Diskriminierungen und Belästigungen auf Grund des Geschlechts und damit Fragen der **Förderung der Gleichbehandlung und Gleichstellung**. Deshalb erscheint die **Aufnahme einer Vertreterin des Landesvolksanwaltes** in das Frauenpolitische Forum zur weiteren Unterstützung der Arbeit **sinnvoll**. Dies nicht nur wegen der Aufgabenstellung als Antidiskriminierungsstelle, sondern auch zur **besseren Vernetzung** sowie der Nutzung von **Synergieeffekten** und zur Vermeidung unnötigen Verwaltungsaufwandes.

Der LVA richtete daher an den Landtag die Anregung, im Zuge einer **Novellierung des Landes-Frauenförderungsgesetzes** die Mitglieder des Frauenpolitischen Forums um eine **Vertreterin** oder einen Vertreter **der Antidiskriminierungsstelle** zu ergänzen (08 AnGe-001).

In der vom Landtagspräsidenten übermittelten **Stellungnahme der Landesregierung** wurde eine derartige **Gesetzesänderung** als **nicht notwendig** angesehen. Seit der ADG-Novelle 2008 sei ein Informationsaustausch zwischen dem Frauenpolitischen Forum und dem LVA als Antidiskriminierungsstelle gesetzlich gedeckt. Da ohnehin drei weitere geeignete Personen dem Forum angehören sollen, wäre die **Erweiterung** des Forums um eine Vertreterin oder einen Vertreter des LVA bereits **auf Basis der geltenden Rechtslage** möglich,.

Über Anregung des LVA (09 AnVe-001) bestellte die LReg in ihrer Sitzung vom 17.03.2009 die mit der Führung der Antidiskriminierungsstelle betraute Mitarbeiterin **Dr Angela Bahro** als **Mitglied** sowie den LVA als Ersatzmitglied des **Frauenpolitischen Forums**. Mit der Einbeziehung in die Arbeit des Frauenpolitischen Forums wurde auch die Vernetzung mit weiteren Personen und Institutionen, die sich mit frauenpolitischen Fragen und Angelegenheiten der Diskriminierung befassen, erleichtert.

3.2. Anregungen zur Verwaltung

Von **zwölf Anregungen** zur Verwaltung betrafen **sieben** die **Landesregierung** und **vier Gemeinden**. Die Anregung, bei befristetem Führerschein rechtzeitig an das Verfallsdatum zu erinnern (08 AnVe-005) wurde zuständigkeithalber an die Volksanwaltschaft weiter geleitet.

Gleich drei (erfolglose) Anregungen betrafen das **Kindergartenwesen**: Erlassung einer Verordnung betreffend die Erfordernisse des Kindergartens, Vermeidung von Schließtagen und Verzicht auf die Änderung der Abholzeiten sowie Änderung der Öffnungszeiten einer Spielgruppe für Dreijährige.

Ebenfalls ohne Erfolg blieben Anregungen auf **Erlassung eines Bebauungsplanes** zur Verhinderung eines größeren Wohnblocks, **Verlegung einer Bushaltestelle** und Gewährung der **Wohnbeihilfe** auch

bei einem **Mietverhältnis zwischen nahen Verwandten**. Einwendungen gegen die geplante **Umgestaltung eines Kreuzungsbereiches** wurde durch Änderungen nur teilweise Rechnung getragen.

Drei Anregungen waren bereits in früheren Jahren und Tätigkeitsberichten thematisiert worden, nur in drei Fällen wurde Anregungen voll entsprochen (siehe nachfolgende Kapitel).

3.2.1. **Verwaltungsvereinfachung: Verzicht auf wiederholte Vorlage von Dokumenten**

Ein Bürger hatte nach Ende seines Studiums unter **Vorlage der Urkunde** seinen **akademischen Titel** in den Reisepass sowie den **Personalausweis eintragen** lassen. Als er bei derselben BH die Ausstellung eines **neuen Führerscheins** mit Anführung des Titels beantragte, wurde von ihm ein **neuer urkundlicher Nachweis** des Titels verlangt. Pass und Personalausweis reichten als Nachweis für die Eintragung des akademischen Titels nicht aus.

Der Bürger warf die Frage auf, ob die viel gepriesene **Verwaltungsvereinfachung** in Österreich so aussehe. Nach Rücksprache ersuchte er den LVA, die **Anregung**, bei der Ausstellung von Dokumenten auf den **wiederholten Nachweis** persönlicher Daten **zu verzichten**, an die LReg weiter zu leiten (08 AnVe-006).

Dazu stellte sich die **grundsätzliche Frage**, ob bei Ausstellung von Dokumenten **persönliche Daten** (Geburtsdatum, akademischer Titel ..) **neuerlich nachzuweisen** sind, wenn sich diese aus einem Personaldokument ergeben und der **Nachweis bereits** einer anderen Abteilung derselben Behörde **erbracht** wurde. Die LReg wurde um Mitteilung ersucht, wie dies sonst gehandhabt wird. Die Weiterleitung der Anregung erfolgte mit dem Bemerkung, dass Bemühungen um eine einfache und bürgerfreundliche Verwaltung begrüßt werden.

Die **LReg** teilte mit, dass die drei **anderen Bezirkshauptmannschaften** urkundliche Nachweise persönlicher Daten grundsätzlich **nur bei** deren **erstmaliger Eintragung** in einen amtlichen Lichtbildausweis verlangen. Die **Vorlage dieses Ausweises** wird, wenn die Daten daraus unzweifelhaft hervorgehen, für deren Eintragung in weiteren Dokumenten als **ausreichend** erachtet.

Diese Vorgangsweise werde bei Ausstellung von Dokumenten im Interesse der **Kundenfreundlichkeit** für unerlässlich gehalten. Aus diesem Grunde werde die in den anderen BHs geübte **Praxis** künftig **auch von der betreffenden BH** angewandt.

3.2.2. **Hinweis auf sonstige Meldepflichten bei Ummeldung des Wohnsitzes**

Die **Übersiedlung in eine andere Gemeinde meldete** der betroffene Bürger nicht nur beim Meldeamt, sondern auch der zuständigen **BH**, wo er auch **neue Personaldokumente** beantragte. Auf seine Frage, ob er die neue Adresse sonst noch melden müsse, erhielt er die Antwort, der BH sei diese ja nun bekannt.

Einige Monate später wurde von einem Beamten die korrekte **Verwahrung** seiner **Waffe** in der neuen Wohnung **überprüft**. Dieser hatte auf Grund der Ummeldung die neue Adresse problemlos erhoben, erstattete jedoch wegen **Nichtmeldung des neuen Wohnsitzes** Anzeige. Dieselbe BH erließ, nun als Waffenbehörde, deshalb eine **Strafverfügung** über € 50,-- (08 AnVe-007).

Auf Grund seines Einspruches gegen die Strafverfügung und nach Hinweis des LVA auf diesen Sachverhalt begnügte sich die BH mit einer **Ermahnung statt der Geldstrafe**. Für den LVA war jedoch unverständlich, dass weder beim Meldeamt noch bei der BH (trotz ausdrücklicher Nachfrage) auf andere Meldepflichten hingewiesen worden war.

Schließlich war auf Anregung des LVA schon **1999** ein **Informationsblatt über Meldepflichten** an alle Gemeinden und BHs übermittelt (98 AnVe-004, s JB 1997/98, Kap 3.8.4.) und darin auch auf die **Verständigungspflicht von Besitzern waffenrechtlicher Urkunden** hingewiesen worden.

Der LVA regte daher bei der LReg an, das **Informationsblatt** aus dem Jahre 1999 nach einer allenfalls notwendigen Aktualisierung **neu aufzulegen** und die Gemeinden zu ersuchen, im Falle einer Ummeldung des Wohnsitzes auch auf andere Verständigungspflichten hinzuweisen.

Nach Überarbeitung des Informationsblattes in Abstimmung mit dem LVA wurde das **neue Informationsblatt** von der LReg wiederum allen Gemeinden und Bezirkshauptmannschaften zur Verfügung gestellt, um Bürger bei der **Ummeldung** Ihres Wohnsitzes entsprechend zu **informieren**.

3.2.3. Einschränkung des Surfverbotes im Naturschutzgebiet Rheindelta

Bereits 1999 hatten sich mehrere **Windsurfer**, welche diesen Sport auch **im Winter** ausüben, an den LVA gewandt und die Aufhebung oder zumindest **Einschränkung des Surfverbotes** angeregt, zumal ohnehin nur wenige Surfer diesen Sport außerhalb der Sommersaison betreiben. Die LReg hatte dieser Anregung nicht entsprochen, jedoch auf die schon 1995 fest gelegte **Ausnahme** verwiesen, im Bereich der **Schifffahrtsrinne** eines Hafens zum Surfen außerhalb der Uferzone aus- und einfahren zu dürfen (99 AnVe-004, JB 1999, 3.8.4.).

Im Jahr 2008 führten mehrere Windsurfer über eine **Verschärfung des Surfverbotes** Beschwerde. In den letzten Monaten sei erstmals gegen sie mit Anzeigen und **Strafverfahren** vorgegangen worden. Dabei seien auch Surfer betroffen gewesen, die lediglich die vom Surfverbot ausgenommene Schifffahrtsrinne benutzt hätten (08 bMP-065).

Eine erste Überprüfung ergab, dass die **Naturschutzverordnung** im Jahr 2002 (LGBl Nr 64/2002) **geändert** worden war. Diese Änderung brachte eine **zeitliche Einschränkung** des Wintersurfverbotes um zwei Monate (vom 1.11. bis 15.04. statt bisher vom 1.10. bis 15.05.). Im Gegenzug wurde die **Ausnahme**, wonach im Bereich einer **Schifffahrtsrinne** zum Surfen außerhalb der Uferzone aus- und eingefahren werden darf, **aufgehoben**.

Der Windsurfclub hatte diese Verschärfung im Gegenzug zur zeitlichen Einschränkung offenbar akzeptiert. Nicht akzeptabel war diese Änderung aber für die wenigen **Wintersurfer**; diese ersuchten den LVA, an die LReg die **Anregung** weiter zu leiten, das **Befahren der Schifffahrtsrinne** im Winter wieder **zu gestatten** (08 AnVe-011).

Die LReg lehnte eine neuerliche Änderung der Verordnung mit der Begründung ab, dass dieses **Naturschutzgebiet von internationaler Bedeutung** und Gegenstand internationaler Verpflichtungen ist. Das Windsurfen im Winterhalbjahr würde zu einer deutlichen Verschlechterung der natürlichen Lebensräume und der Habitate zahlreicher Wasser- und Watvögel in diesem Gebiet führen. Es wurde lediglich in Aussicht gestellt, die Wünsche der Surfer in etwa zwei Jahren bei der vorgesehenen **Evaluierung** der Naturschutzverordnung Rheindelta **noch einmal zu prüfen**.

3.2.4. Keine Verringerung der Sozialhilfe um Kinderabsetzbetrag

Der Verzicht auf die **Anrechnung des Kinderabsetzbetrages** als Einkommen bei der Berechnung der **Sozialhilfe** war bereits im Jahr 2001 Gegenstand einer Anregung einer Sozialarbeiterin, welche vom LVA an die LReg weiter geleitet worden war (01 AnVe-003, s JB 2001, Kap.4.2.1.). Dies stand im Zusammenhang mit der Erhöhung des Kinderabsetzbetrages, welche dadurch Sozialhilfebeziehern nicht zugute kam.

Im Jahr 2008 wandte sich dieselbe Sozialarbeiterin neuerlich an den LVA mit dem Hinweis, dass der **Sozialhilfebeirat** angeblich **empfohlen** habe, künftig den Kinderabsetzbetrag **nicht mehr als Einkommen** bei der Berechnung der Sozialhilfe **zu berücksichtigen** (08 AnVe-012).

Eine Rückfrage bei der LReg ergab, dass dieser **Anregung nunmehr** tatsächlich **entsprochen** werden soll. Kurz darauf wurde durch eine Änderung der **Sozialhilfeverordnung**, LGBl Nr 84/2008, festgelegt, dass neben der **Familienbeihilfe** nun auch **Kinderabsetzbeträge** bei der Berechnung der **Sozialhilfe** **nicht mehr als Einkommen berücksichtigt** werden. Damit wurde diesem Anliegen nach Jahren entsprochen und eine wesentliche Verbesserung für armutsgefährdete Familien erreicht.

3.3. Förmliche Empfehlung

3.3.1. Aufhebung einer rechtswidrigen Ferienwohnungswidmung

Für die **Neuerrichtung** eines früher rechtmäßig genutzten **Ferienhauses** im Landwirtschaftsgebiet waren eine entsprechende Flächenwidmung, eine Zufahrt sowie ein Kanalanschluss erforderlich. Die Zufahrt wurde gegen den Widerstand von Nachbarn im Rahmen eines Notwegeverfahrens durchgesetzt. Gegen die im Jahre 2004 erteilte Baubewilligung erhob ein Nachbar Rechtsmittel und Aufsichtsbeschwerden und wandte sich auch an den LVA (04 AuBe-553).

Nachdem über die Rechtsmittel und Aufsichtsbeschwerden entschieden und der Baubewilligungsbescheid rechtskräftig geworden war, beschwerte sich der Nachbar beim LVA darüber, dass die **Baubewilligung ohne** entsprechende **Flächenwidmung** und **Abwasserbeseitigung** erteilt worden sei (07 bMP-099).

Der Flächenwidmungsplan wies für dieses Gebäude eine Inselwidmung zur Errichtung einer Ferienwohnung (BW-F) aus, umgeben von Freifläche-Landwirtschaft (FL). Die Prüfung ergab, dass die **Umwidmung** kurz **vor Erteilung der Baubewilligung** erfolgt war, das **Widmungsverfahren** jedoch eine Reihe von **Rechtswidrigkeiten** und **Ungereimtheiten** aufwies.

Die Bauparzelle GSTNr .247, auf der das als Ferienhaus genutzte alte Gebäude gestanden war, war 2002 in die angrenzende Landwirtschaftsfläche GSTNr 1144/2 einbezogen worden. Dennoch bezogen sich alle Widmungsbeschlüsse der Gemeinde, die Vorlageberichte an die LReg, die Widmungsverordnung sowie die Baubewilligung für die Neuerrichtung auf ein **Grundstück** Nr .247, welches es zu diesem Zeitpunkt gar **nicht mehr gab**.

Die Gemeindevertretung erteilte am 25.02.2004 die **Bewilligung für den Neubau** (Wiedererrichtung) des Ferienhauses auf GST Nr .247 **gemäß § 16 Abs 1 (2. Satz) RPG**. Eine solche Bewilligung ist jedoch nur in Wohn-, Kern- und Mischgebieten zulässig. Da die Fläche zu diesem Zeitpunkt **noch als Freifläche-Landwirtschaft gewidmet** war, war dieser Beschluss **rechtswidrig**. Trotz Vorlage an die LReg wurde dieser Beschluss weder bewilligt noch die Genehmigung ausdrücklich versagt.

Vermutlich nach Hinweis auf die Rechtswidrigkeit wurde von der Gemeindevertretung am 31.03.2004 eine **Umwidmung** der GST Nr .247 in **Baugebiet-Wohnen (Ferienhaus)** beschlossen. Voraussetzung für eine Ferienwohnungswidmung gemäß § 16 Abs 1, 1. Satz RPG ist das Vorliegen eines Bebauungsplanes; **mangels Bebauungsplan** war diese Ferienwohnungswidmung **nicht zulässig**.

Im **Genehmigungsbeschluss** der LReg war nur von einer **Umwidmung in Baufläche-Wohngebiet** die Rede, im nachfolgenden Satz wurde auf den (rechtswidrigen) Beschluss der Gemeindevertretung vom 25.02.2004 zur Nutzung auch als Ferienwohnung hingewiesen. Im Widerspruch dazu war die umgewidmete Fläche in der **Planbeilage** jedoch als **BW-F** bezeichnet.

Der Bürgermeister erließ unter Bezugnahme auf die Beschlüsse der Gemeindevertretung vom 25.02. und 31.03.2004 und die Genehmigung der LReg vom 28.06.2004 folgende **Verordnung**: "*Das GST Nr .247 ... wird von Freifläche/Landwirtschaftsgebiet in Baugebiet-Wohnen (Ferienhaus) umgewidmet. Dabei darf laut Beschluss der Gemeindevertretung vom 25.02.2004 das Ferienhaus nur von den Hauseigentümern und deren Kindern genutzt werden.*"

Diese Verordnung war **in mehrfacher Hinsicht rechtswidrig**. Sie bezog sich auf eine **nicht mehr vorhandene Grundstücksnummer**, sah eine im Genehmigungsbescheid nicht angeführte **Ferienhauswidmung** vor und ließ offen, ob auch oder nur Ferienwohnungen errichtet werden dürfen. Auch die **Auflage**, wonach das Ferienhaus nur von den Eigentümern und deren Kinder genutzt werden darf, fand **weder Deckung im Gemeindevertretungsbeschluss noch im Gesetz**. Eine solche einschränkende Auflage darf lediglich in einen Bewilligungsbescheid gemäß § 16 Abs 1 2. Satz oder § 16 Abs 4 RPG aufgenommen werden, nicht jedoch Teil einer durch Verordnung zu erlassenden Ferienwohnungswidmung gemäß § 16 Abs 1, 1. Satz RPG sein.

Diese Fehlleistungen und **Rechtswidrigkeiten im Raumplanungsverfahren** stellten einen groben **Misstand** in der Verwaltung dar, welcher durch ein weitgehendes **Versagen der LReg als Aufsichtsbehörde** begünstigt worden war.

So wurde über die beantragte Genehmigung des rechtswidrigen Gemeindevertretungsbeschlusses vom 25.02.2004 niemals entschieden. Zwar ist dieser dadurch nie rechtswirksam geworden, die Genehmigung wurde aber auch nicht versagt und verwies die LReg sogar bei der Genehmigung des geänderten Flächenwidmungsplanes ausdrücklich auf diesen Beschluss. Dies verleitete wohl dazu, bei Erlassung der Verordnung von einem rechtswirksamen Beschluss auszugehen.

Obwohl der LReg die **Auflösung der bisherigen GSTNr .247** bekannt war, wurde die Gemeinde (der dies auch hätte bekannt sein müssen) darauf **nicht hingewiesen** und im Genehmigungsbeschluss einfach keine Grundstücksnummer angeführt. Obwohl sich der Beschluss der Gemeindevertretung ausdrücklich auf eine Ferienwohnungswidmung (fälschlich bezeichnet als Ferienhaus) bezieht, wurde dieser mangels Bebauungsplan rechtlich nicht zulässigen (Zusatz-)Widmung **nicht die Genehmigung versagt**, sondern der **Zusatz weggelassen** und lediglich eine Umwidmung in BW genehmigt. Der im Genehmigungsbeschluss angeführte Zusatz betreffend Nutzung als Ferienwohnung und der Umstand, dass in der Planbeilage das Gebiet als BW-F bezeichnet wurde, trugen dazu bei, dass die rechtswidrige Verordnung in dieser Form erlassen wurde.

Zur **Beseitigung dieser Rechtswidrigkeiten** und zur Vermeidung eines Verfahrens vor dem VfGH richtete der LVA an die Gemeindevertretung die **Empfehlung**, die **Verordnung aufzuheben** und einen **neuen Widmungsbeschluss** zu fassen.

Innerhalb der 2-Monatsfrist teilte der Bürgermeister mit, dass zunächst die immer noch offene Frage des Kanalanschlusses geregelt werde, dann werde die Widmungsfrage neuerlich in der Gemeindevertretung behandelt. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichtes liegt noch keine Neuwidmung vor.

3.4. Berichtenswertes aus der Landesverwaltung

3.4.1. Ausstellungstitel „Kanton Übrig“ - Herabwürdigung des Landes Vorarlberg?

Das Vorarlberger **Landesmuseum** plante für Herbst 2008 eine **Ausstellung** zu den Vorarlberger **Anschlussbestrebungen an die Schweiz** nach dem 1. Weltkrieg unter dem Titel „**Kanton Übrig**“. Zwei Bürger sahen in der Verwendung dieses Begriffes eine öffentliche **Herabwürdigung des Landes**, welche **gemäß § 284 StGB strafbar** wäre. Sie wandten sich zunächst mit einem Brief und später mit einer **Petition** an den Landeshauptmann.

Im ersten **Antwortschreiben** und in der Beantwortung der Petition war auf die Herkunft des Begriffes aus dem Kreis der eidgenössischen Anschlussgegner hingewiesen worden, dies unter Berufung auf ein Flugblatt des Abgeordneten Dr Zumtobel. Der **Begriff** „Kanton Übrig“ sei auch längst in den allgemeinen Sprachschatz und die **historische Fachterminologie** eingegangen.

Die Bürger gaben sich damit nicht zufrieden. Die Verwendung dieses Begriffes sei eine vorsätzliche **Geschichtsfälschung**, welche von den eigentlichen Ursachen des Scheiterns der Anschlussbewegung und deren wissenschaftlicher Bearbeitung ablenke, zumal der **Schweizer Bundesrat** dem Anschlussbegehren **nicht prinzipiell ablehnend** gegenüber gestanden sei. Dies sei nicht nur eine Undankbarkeit gegenüber den Schweizer Anschlussbefürwortern und Spendern von Hilfsgütern, sondern auch eine Ungerechtigkeit gegenüber Ferdinand Riedmann und den mehr als 40.000 Unterstützern der Anschlussbewegung (08 bMP-063).

Für den LVA war die Beschwerde Anlass, sich neben dem Besuch der Ausstellung auch mit der Literatur, dem Ausstellungskatalog und der Medienberichterstattung rund um die Ausstellung auseinander zu setzen und Gespräche mit den Direktoren des Landesmuseums und des Landesarchivs zu führen.

In der Ausstellung, im Katalog und in der Berichterstattung wurde mehrfach darauf hingewiesen, dass der **Begriff** „Kanton Übrig“ **nicht durch die Ablehnung der Schweiz**, sondern **in einem Flugblatt** des Vorarlberger **deutschnationalen Abgeordneten** Dr Zumtobel geprägt worden ist. Dieser trat für einen Anschluss an Deutschland bzw Schwaben ein und lehnte einen Anschluss an die Schweiz ab. Das in der Ausstellung und im Katalog präsentierte Flugblatt mit diesem Begriff diente der **Propaganda** in der **politischen Auseinandersetzung** um die Frage eines Anschlusses an die Schweiz oder an Deutschland. Auf diese Entstehungsgeschichte war vom Direktor des Landesmuseums auch in der Eröffnungsansprache und in Interviews hingewiesen worden.

Der LVA ging davon aus, dass dadurch den **Intentionen der Beschwerdeführer Rechnung getragen** wurde. Historisch Interessierten und einer weiteren Öffentlichkeit wurde bewusst gemacht, dass der Begriff „Kanton Übrig“ nicht auf eine überwiegende Ablehnung der Anschlussbestrebungen durch die Schweiz zurück zu führen ist, sondern als **von Vorarlberger Anschlussgegnern geprägter Propaganda-begriff** eine solche Ablehnung der Schweiz suggerieren sollte.

Von der LReg waren diese Zusammenhänge nicht angeführt worden, sodass die **Kritik an** der schriftlichen **Beantwortung der Anfrage** und der Petition in diesem Punkt **berechtigt** erschien. Auch konnte man unterschiedlicher Auffassung sein, ob dieser Ausstellungstitel glücklich gewählt war.

Dennoch konnte in der Verwendung dieses markanten und für diese historische Phase geläufigen Begriffes **weder eine Geschichtsfälschung noch eine Herabwürdigung** des Landes erblickt werden. Vielmehr war es zu begrüßen, dass dieses interessante zeitgeschichtliche Thema zum Gegenstand einer viel beachteten Ausstellung gemacht wurde. Dies bot auch Gelegenheit, jüngeren Menschen diese Zeit bewusster zu machen und manche **Missverständnisse aufzuklären** – auch zur Entstehungsgeschichte des Begriffes „Kanton Übrig“.

3.4.2. Zu Unrecht Familien- und Kinderzulage verwehrt

Die **Mitarbeiterin** eines Landeskrankenhauses übernahm nach der **Ehescheidung** im Jahre 2000 die **Obsorge** für die beiden Kinder. Während sie die **Familienzulage** nach dem Landesbedienstetengesetz erhielt, bezog ihr **Gatte** weiterhin die **Kinderzulage** nach dem Gemeindebedienstetengesetz.

Im Jahre 2006 wurde ihr mitgeteilt, dass sie **keinen Anspruch auf Familienzulage** habe, da **nicht sie**, sondern ihr Gatte die **Kinderzulage beziehe**. Auf die zunächst verlangte Rückzahlung der seit 2000 ausbezahlten Familienzulage wurde im Hinblick darauf, dass sie diese gutgläubig bezogen hatte, jedoch verzichtet. Als sie sich neuerlich nach den Voraussetzungen erkundigte, teilte ihr die **Personalabteilung** des LKH im August 2008 mit, dass die **Auszahlung der Familienzulage nicht möglich** sei, da sie für ihre beiden Kinder keine Kinderzulage beziehe (08 bMP-122).

Der Leiter der Personalabteilung des LKH verwies auf § 74 (2) LBedG 2000, wonach die Kinderzulage für Kinder zusteht, die zum Haushalt des Landesbediensteten gehören und von ihm überwiegend erhalten werden. Er berief sich auf eine telefonische Rechtsauskunft aus dem Jahr 2004, wonach der **unterhaltsverpflichtete Vater für die Kinder aufkomme** und dafür von der Gemeinde die Kinderzulage erhalte. Deshalb habe die **Mutter weder Anspruch auf die Kinderzulage noch die Familienzulage**. Er ersuchte den LVA jedoch um Beurteilung der Rechtslage, da man interessiert sei, die Zulagen den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend auszus zahlen.

Das Dienstrecht des Landes und der Gemeinden regeln übereinstimmend den Fall, dass mehrere Personen für das Kind Anspruch auf eine Kinderzulage oder ähnliche Leistungen aus einem Dienstverhältnis zu einer anderen Gebietskörperschaft hätten. In diesem Fall gebührt die Kinderzulage dem Bediensteten, dessen **Haushalt das Kind angehört**, sofern dieser nicht auf seinen Anspruch verzichtet. Auf Grund dieser Regelung hatte die **Krankenhausmitarbeiterin**, deren Haushalt die beiden Kinder angehören und für die sie auch obsorgeberechtigt ist, **Anspruch auf die Kinderzulage und** damit auch die **Familienzulage**.

Die LReg bestätigt die vom LVA vertretene Rechtsansicht und veranlasste das LKH, der Krankenhausmitarbeiterin zumindest für die letzten 3 Jahre **rückwirkend** sowohl die **Kinder- wie auch die Familienzulage auszuzahlen**. Sie verständigte auch den Dienstgeber des Kindesvaters, dass nach Auffassung des Landes diesem die Kinderzulage nicht zusteht.

3.4.3. Übernahme der Wohnungskautio n durch Sozialhilfe abgelehnt

Die **Alleinerzieherin** eines 14-jährigen Sohnes hatte infolge einer **schweren Erkrankung** ihre Arbeitsstelle verloren und musste aus ihrer zu teuren und großen Mietwohnung ausziehen. Nachdem sie mehrere Monate in einer **Notwohnung** mit nur einem Schlafrum gelebt hatte, fand sie über eine Bekannte eine **größere Wohnung** mit relativ **günstiger Miete**. Trotzdem wurde die – von ihr nicht leistbare - **Übernahme der Kautio n** von der Sozialhilfe **abgelehnt** (08 AuBe-274).

Nach Kontaktaufnahme des LVA teilte die **BH** mit, dass aus ihrer Sicht die **Wohnung** für zwei Personen **zu groß** und auch die Finanzierung der Miete aus Mitteln der Sozialhilfe zu teuer gewesen sei. Aus diesem Grunde sei zunächst eine **Übernahme der Kautio n abgelehnt** worden.

Inzwischen sei von der LReg jedoch die **Wohnbeihilfe zuerkannt** worden und liege die **Familie** damit **über dem SH-Richtsatz**. Da sie nunmehr in der Lage sei, die Miete und den Lebensunterhalt ohne laufende Unterstützung durch die Sozialhilfe sicher zu stellen, wurde die **Kautio n** in Form einer Behördengarantie **doch übernommen**, sodass sie in der neuen Wohnung bleiben konnte.

3.4.4. Erlöschener Unterhaltsanspruch bei der Wohnbeihilfe angerechnet

Ein **Ehepaar** verfügte mit der **Invalidenrente** des Gatten und dem **Pensionsvorschuss** der Gattin nur über ca **€ 880,-- monatlich**. Trotzdem wurden **Sozialhilfe** und **Wohnbeihilfe** mit der Begründung **eingestellt**, ihr **Familieneinkommen** sei im Vergleich zur anrechenbaren Belastung **zu hoch**; die **Wohnbeihilfe** der letzten Monate wurde sogar **zurück gefordert**. Das von LReg und BH errechnete Familieneinkommen war für die Eheleute allerdings nicht nachvollziehbar (08 AuBe-330).

Bei der Berechnung des Einkommens war ein **Ehegattenunterhalt** der Frau in Höhe von € 250,-- **aus einer früheren Ehe eingerechnet** worden. Tatsächlich hatte sie den bei der Scheidung vereinbarten Unterhalt nie erhalten und **nach Wiederverhehlung** ohnehin **keinen Anspruch** mehr.

Der LVA zeigte sich verwundert, dass in der Wohnbauförderungsabteilung **nicht bekannt** ist, dass gemäß **§ 75 Ehegesetz** Ansprüche auf Ehegattenunterhalt bei Wiederverheiratung erlöschen. Es wurde daher um Neuberechnung des Einkommens unter Berücksichtigung dieses Umstandes ersucht.

Die LReg rechtfertigte die Berechnung damit, dass die in Scheidungsvergleichen übliche Formulierung, dass der Unterhaltsanspruch bei Wiederverhehlung oder Lebensgemeinschaft erlischt, in der vorgelegten Vergleichsausfertigung nicht enthalten gewesen sei. Wegen dieser Textierung sei es für den Sachbearbeiter **nicht ersichtlich** gewesen, dass **kein Unterhaltsanspruch** mehr besteht, auch wenn die Bestimmung des § 75 Ehegesetz sehr wohl bekannt sei. Das Haushaltseinkommen sei daher nicht falsch, allerdings unter einer anderen Annahme berechnet worden.

Bei der **Neuberechnung** ergab sich neben **laufender Wohnbeihilfe** sogar eine **Nachzahlung anstelle eines Rückersatzes**. Mit der Wohnbeihilfe und der inzwischen zuerkannten Pension lag das Einkommen des Ehepaares schließlich über dem SH-Richtsatz, sodass **Sozialhilfe nicht mehr in Anspruch genommen** werden musste.

3.4.5. Durch falsche Auskunft Wohnbeihilfe verloren

Nach **Beendigung** einer mit Wohnmöglichkeit verbundenen **Saisonarbeitsstelle** in einem Vorarlberger Fremdenverkehrsort übersiedelte eine dreiköpfige Familie in die Stadt. Da die Eltern nun arbeitslos waren und die **Kosten der Mietwohnung** kaum aufbringen konnten, wollten sie **um Wohnbeihilfe ansuchen**. Sie erhielten im Rathaus jedoch die **Auskunft**, dass dies **aussichtslos** wäre, da sie **noch keine 3 Jahre in Vorarlberg** lebten.

Erst im Herbst 2008 erfuhren sie, dass die Richtlinien 2008 die **Voraussetzung** des 3-jährigen Hauptwohnsitzes in Vorarlberg **nicht mehr vorsehen** und sie doch **Anspruch** auf Wohnbeihilfe **gehabt hätten**. Als sie darauf hin **um Wohnbeihilfe** ansuchten, wurde ihnen diese gemäß den Richtlinien **erst ab November 2008** gewährt (08 bMP-153).

Die Mitarbeiter der Stadtverwaltung konnten sich nach einem halben Jahr nicht mehr an diese Anfrage erinnern. Es wurde aber eingeräumt, dass möglicherweise eine **Auskunft** erteilt worden war **gemäß den Richtlinien 2007** (3 Jahre Hauptwohnsitz in Vorarlberg) ohne Berücksichtigung des **Wegfalls dieser Voraussetzung** in den neuen Richtlinien. Die Stadtverwaltung teilte diesen Sachverhalt auch der LReg mit und ersuchte um Prüfung der Möglichkeit, die Wohnbeihilfe rückwirkend zu gewähren.

Auch der LVA ersuchte die LReg, das Anliegen wohlwollend zu prüfen unter Berücksichtigung des Umstandes, dass durch eine **behördliche Falschauskunft** eine rechtzeitige Entgegennahme und Weiterleitung des Antrages unterblieben war. Nach Befassung des **Wohnbauförderungsbeirates** wurde der Familie die **Wohnbeihilfe** dann doch **rückwirkend** ab Mai 2008 **gewährt**.

3.4.6. Familienzuschuss nachträglich zurück gefordert

Eine **allein erziehende Mutter** erhielt auf Basis ihrer geringfügigen Beschäftigung von September 2007 bis August 2008 einen **Familienzuschuss** von monatlich € 325,-- zuerkannt. Als es ihr Ende 2007 gelungen war, eine **Teilzeitbeschäftigung** zu finden, **informierte** sie im Jänner 2008 die LReg. Auf Grund geänderter Richtlinien erhöhte sich der Zuschuss ab Jänner 2008 auf € 394,--.

Im April 2008 teilte ihr die **LReg** mit, wegen der Änderung des Einkommens wäre ihr im Dezember 2007 **kein Familienzuschuss** zugestanden, seit Jänner 2008 auf Grundlage der neuen Richtlinien nur ein Zuschuss von € 50,--. Sie habe somit über € 1.700,-- zu viel bezogen. Unter Berücksichtigung der Einbehaltung für die Monate bis August 2008 ergebe sich ein **Übergenuß von mehr als € 1.500,--**, den sie einzahlen oder – zur Einbehaltung des Übergenußes – einen neuen Antrag auf Familienzuschuss stellen möge. Als teilzeitbeschäftigte Alleinerzieherin, die gerade in eine neue Wohnung umgezogen war, sah sie sich **nicht in der Lage**, eine **Rückzahlung** in dieser Höhe zu **leisten** (08 AuBe-218).

Auch für den LVA war schwer nachvollziehbar, warum die **ordnungsgemäß mitgeteilte Änderung** des Einkommens erst **Monate später** zu einer **Neuberechnung** mit einer derart hohen Rückforderung geführt hatte. Die LReg begründete die Verzögerung mit dem erhöhten Arbeitsanfall durch die neuen Richtlinien. Auch sei man nur von einer geringen Erhöhung des Einkommens ausgegangen, die nicht gleich zur Änderung des Zuschusses führe.

Die Einsicht in den Verwaltungsakt bestätigte, dass die Alleinerzieherin ihrer **Meldepflicht nachgekommen** und es für sie **nicht erkennbar** war, dass ihr der Familienzuschuss **nicht mehr zustehe**; sie war sogar informiert worden, dass der Zuschuss im Jänner erhöht wird. Sie hatte keine wesentlichen Tatsachen verschwiegen und durfte den Zuschuss daher **gutgläubig verbrauchen**.

Die grundsätzlich verständliche Regelung, dass zu Unrecht empfangene Familienzuschüsse zurück zu zahlen sind, kann in Einzelfällen zu einer unbilligen Härte führen. Nach Ansicht des LVA war es unter diesen Umständen **nicht gerechtfertigt**, einer allein erziehenden Mutter die **Rückzahlung** des Zuschusses **vorzuschreiben**, zumal sie bei ihrem Einkommen eine derartige Summe nicht aufbringen konnte, ohne den Unterhalt für sich und ihr Kind zu gefährden. Dem Vorschlag des LVA entsprechend verzichtete die LReg schließlich auf die Rückzahlung des Übergenußes.

3.4.7. Wegen angeblichem Schulschwänzen Geldstrafe verhängt

Eine 15-jährige Schülerin fehlte krankheitsbedingt zwei Tage in der Schule. Obwohl sie sich immer noch nicht wohl fühlte, besuchte sie die nächsten Tage die Schule. Am Nachmittag des zweiten Tages stand der **Besuch einer Freizeiteinrichtung** für kreative und sportliche Aktivitäten (Tischfußball, Malen etc) auf dem Programm. Da sie sich nicht wohl fühlte, **meldete sie sich** zum Zeitpunkt des normalen Unterrichtsschlusses etwa eine Stunde vor Ende der geplanten Freizeitaktivitäten **bei ihrer Lehrerin ab** und erklärte, ihre Mutter würde sie abholen.

Da ihre Mutter sie berufsbedingt nicht abholen konnte, fuhr sie nach Hause und legte sich schlafen. Am nächsten Tag **erkundigte sich die Lehrerin** telefonisch bei der Mutter, **ob sie die Tochter abgeholt** hätte, was sie verneinte. Kurz darauf erhielt die Tochter eine **Strafverfügung** der BH über € 50,-- (EFS 25 Stunden) wegen Verletzung des Schulpflichtgesetzes, da sie dem **Unterricht unentschuldigt** und ohne zwingenden Grund **fern geblieben** sei (08 bMP-097).

Die **Mutter** der Schülerin war nachvollziehbar über diese Vorgangsweise **verwundert**. Weder ihre Tochter noch sie selbst wären darauf hingewiesen worden, dass sie nachträglich für das vorzeitige Verlassen der Schulveranstaltung eine **Entschuldigung vorlegen** müsse.

Auf Grund der Erkrankung und des nachfolgenden Verhaltens ihrer Tochter erschien ihr der Grund für die vorzeitige Heimfahrt glaubhaft und **hätte sie** eine **Entschuldigung ausgestellt**. Die Verhängung einer Geldstrafe über eine Schülerin, die sonst nie schwänzt und nur nach Abmeldung bei der Lehrerin eine Schulveranstaltung vorzeitig verlässt, war für sie **weder pädagogisch noch rechtlich nachvollziehbar**.

Nachdem sie über Anraten des LVA **Einspruch gegen die Strafverfügung** erhoben und der LVA mit der BH Kontakt aufgenommen hatte, wurde das **Verfahren eingestellt**. Der LVA warf die grundsätzliche Frage auf, ob eine derartige **Vorgangsweise üblich** ist und in wie vielen Fällen jährlich Verwaltungsstrafverfahren wegen „Schulschwänzens“ eingeleitet werden und ob in jedem Falle gleich mit Geldstrafen oder zunächst mit Ermahnungen vorgegangen wird.

Gemäß Mitteilung dieser BH waren im Jahr 2007 **59 Verfahren nach dem Schulpflichtgesetz** eingeleitet worden, die **Strafen** hätten sich **von Ermahnungen bis zu € 100,-- Geldstrafe** (zulässige Höchststrafe € 220,--) bewegt. Auf Regelverstöße müsse reagiert werden. Wenn Schüler/innen für Fehlzeiten über Wochen hinweg keine Entschuldigung oder Bestätigung in der Schule abgeben, müsse dies irgendwann zu einer Konsequenz führen.

Auch wenn der Beschwerdegrund infolge Einstellung des Strafverfahrens weggefallen war, war im konkreten Fall die **Vorgangsweise** – insbesondere der Lehrer und der Schuldirektion – auch für den LVA **nicht verständlich**.

3.4.8. Rechtswidrig Anfertigung von Kopien verweigert – von Gemeindeaufsicht gedeckt

Im Zuge eines Bauverfahrens nahm ein **Nachbar** im Gemeindeamt **Einsicht in die Baueingabe** einschließlich der Pläne. Als er **Kopien der Baupläne** anfertigen wollte, wurde dies **verweigert** unter Hinweis auf das **Urheberrecht**.

In einer Besprechung mit dem Bürgermeister und dem Nachbarn wies der LVA darauf hin, dass das **Recht auf Akteneinsicht** gemäß § 17 AVG auch das **Recht** umfasst, **Kopien anfertigen** zu dürfen, was vom Bürgermeister zur Kenntnis genommen wurde (07 bMP-004).

Entgegen dieser Zusage wurde die **Anfertigung von Kopien** jedoch **weiterhin abgelehnt**. In Erledigung der daraufhin vom Nachbarn erhobenen **Aufsichtsbeschwerde** vertrat die **Gemeindeaufsichtsbehörde** folgende **erstaunliche Rechtsansicht**: „Dazu ist festzuhalten, dass Ihnen die Akteneinsicht nach § 17 AVG grundsätzlich gewährt worden ist. Es besteht allerdings **kein Rechtsanspruch** darauf, **Kopien von Bauplänen** anfertigen zu dürfen bzw sehen die Behörden in der Praxis aus Gründen des Urheberrechtsschutzes davon ab. Bei einem Einfamilienwohnhaus handelt es sich üblicherweise um ein Bauvorhaben, bei dem für die Nachbarn eine **gewöhnliche Einsichtnahme** in den Bauantrag bzw in die dem Antrag zu Grunde liegenden Unterlagen **völlig ausreichend** ist.“

Der **LVA** brachte gegenüber der BH seine **Verwunderung über** diese **Rechtsauffassung** zum Ausdruck. **§ 17 Abs 1 AVG** räumt den Parteien eines Verfahrens im Rahmen der Akteneinsicht **ausdrücklich auch** das **Recht** ein, **Kopien aus den Akten** – soweit nicht einzelne Teile gemäß Abs 3 aus besonderen Gründen davon ausgenommen sind – **anzufertigen** bzw auf ihre Kosten anfertigen zu lassen.

Der LVA wird immer wieder mit Beschwerden wegen verweigerter Akteneinsicht und Ablehnung der Anfertigung von Kopien befasst. Dennoch war es das erste Mal, dass eine Behörde – und in diesem Fall sogar die **Gemeindeaufsichtsbehörde** – **allen Ernstes behauptet**, die **Anfertigung von Kopien von Baueingabeplänen** (welche Teil des Bauantrages sind) sei nicht von der Akteneinsicht erfasst und Verfahrensparteien hätten darauf **keinen Rechtsanspruch** (08 bMP-053).

Entgegen der in der Erledigung der Aufsichtsbeschwerde vertretenen Rechtsansicht **räumte die BH** gegenüber dem LVA nun ein, dass von der Akteneinsicht auch Pläne erfasst sind. In der Praxis der

Baubehörden werde das **Kopieren von Plänen** eher **restriktiv gehandhabt**, zumal es bei Großformaten fallweise auch Kopierprobleme gebe. Dennoch sei das **Recht auf die Erstellung von Kopien von Bauplänen unbestritten** und wurde nun klargestellt, dass in diesem Falle die Anfertigung von Kopien unzulässigerweise versagt worden war.

3.4.9. Verschleppung eines Bauverfahrens – zuletzt auch durch Aufsichtsbehörde

Ein Ehepaar **beantragte** am **31.03.2007** die Bewilligung für die **Errichtung einer Garage** in Leichtbauweise neben ihrem Einfamilienhaus. Nachdem ein **Mitarbeiter des Bauamtes** als „Amtssachverständiger“ die geplante Garage im Hinblick auf das **Ortsbild negativ beurteilt** hatte und im Juni 2007 auch ein Gespräch mit diesem ohne Ergebnis geblieben war, ließ die **Baubehörde** den **Akt monatelang liegen**. Am 09.11.2007, mehr als **sieben Monate nach Antragstellung**, stellte das Ehepaar einen **Devolutionsantrag**. Als weiterhin nichts geschah, wandten sie sich an den LVA (08 BMP-005).

Für den LVA war die nur knapp formulierte **negative Beurteilung** des „Amtssachverständigen“ **schwer nachvollziehbar** und **für eine Versagung der Bewilligung kaum ausreichend**, zumal in der Umgebung zahlreiche andere Nebengebäude und sogar große Öltanks und ein hoher Handymast errichtet worden waren, welche das Ortsbild wesentlich stärker beeinträchtigten.

In weiterer Folge ließ sich auch die aufgrund des Devolutionsantrages nunmehr zuständige **Stadtvertretung mehrere Monate** Zeit. Erst am **18.06.2008** erging ein Bescheid, in dem unter Hinweis auf eine nun etwas ausführlichere Stellungnahme desselben städtischen Mitarbeiters der Antrag auf Erteilung der **Baubewilligung für die Garage aus Ortsbildgründen abgewiesen** wurde.

Gegen diesen ablehnenden Bescheid erhob das Ehepaar **Vorstellung** an die BH. Nachdem bereits der **Bürgermeister** als Baubehörde erster Instanz und nach dem Devolutionsantrag die **Stadtvertretung** nicht in der Lage gewesen waren, über die Baubewilligung für eine kleine Garage innerhalb von sechs Monaten zu entscheiden und damit ihre **Entscheidungspflicht gröblich verletzt** hatten, erging der ebenfalls negative **Bescheid der Gemeindeaufsichtsbehörde** im Jänner 2009 auch wiederum **erst nach über sechs Monaten** und einer **schriftlichen Aufforderung des LVA** unter Hinweis auf diese rechtswidrige **Verschleppung des Bauverfahrens in allen drei Instanzen**.

Auch wenn angesichts der Umgebung die **kleinliche Beurteilung** durch den Mitarbeiter des Bauamts schwer nachvollziehbar war, hatten es die Eheleute doch **verabsäumt**, ein fachlich fundiertes **Gegengutachten** erstellen zu lassen. Die Erfolgsaussichten einer VwGH-Beschwerde waren daher skeptisch zu beurteilen und sah das Ehepaar von der Anrufung des VwGH – auch aus Kostengründen – schließlich ab. Die **Beschwerde** wegen **Verfahrensverschleppung** war aber **begründet** und diese Arbeitsweise jedenfalls als Missstand in der Verwaltung zu beurteilen.

3.5. Einzelfälle aus der Verwaltung der Gemeinden

3.5.1. Jahrelanges Behördenverfahren um Befahren eines Einmündungstrichters

Im Kreuzungsbereich zweier Gemeindestraßen bestand seit Jahrzehnten ein **Einmündungstrichter**, der gemäß Grundkataster **zum angrenzenden Privatgrundstück** gehörte. Ohne Benützung dieses Einmündungstrichters war die Zufahrt in die schmale Gemeindestraße für LKW kaum möglich. Die **Gemeinde** hatte den Einmündungstrichter zusammen mit den angrenzenden Gemeindestraßen schon 1975 **staubfrei** gemacht, 1980 **asphaltiert** und 1994 einen **Feinbelag aufgebracht**.

Nach dem Kauf jenes Grundstücks, zu dem der Einmündungstrichter gehörte, stellte der **neue Besitzer** darauf seine **Fahrzeuge** ab und **lagerte Holz**. Im Jänner 2004 beschwerte sich ein Unternehmer, dessen Zufahrt über diese Kreuzung führt, darüber, dass LKWs zu seinem Betrieb kaum mehr zufahren könnten. Zuvor hatte ihn die Gemeinde **auf den Zivilrechtsweg verwiesen**, was zu Gerichtsverfahren wegen Besitzstörung und Klärung der Dienstbarkeit führte. Angesichts des von ihm geschilderten Sachverhaltes riet ihm der LVA, bei der Gemeinde die **Feststellung des Gemeingebrauches** am strittigen Teil des Kreuzungsbereiches anzuregen (04 AuBe-035).

Im Februar 2004 bot die Gemeinde dem (noch nicht im Grundbuch eingetragenen) Käufer des Privatgrundstücks die Ablöse des Grundstreifens an unter Hinweis auf die mögliche Feststellung des Gemeingebrauches. Dieser lehnte das **Kaufangebot der Gemeinde** ab, bestritt den Gemeingebrauch und brachte im November 2004 sogar eine Bodenmarkierung und ein Schild mit der Aufschrift „Privatgrund, zur Benützung bis auf Widerruf gestattet“ an. Das **Verfahren** zog sich **mehr als 5 Jahre** hin und war im Laufe der Jahre immer wieder Anlass für Beratungen und Beschwerden des von der Beschränkung der Zufahrt betroffenen Unternehmers (zuletzt 08 AuBe-134).

Der **Bürgermeister** bemühte sich lange um eine **einvernehmliche Regelung**. Erst mehr als 2 Jahre nach Einleitung des Verfahrens und mehrmaliger Aufforderung durch den LVA kam es am **22.03.2006** zu einer **Verhandlung** an Ort und Stelle, zu welcher der im Grundbuch noch nicht eingetragene Liegenschaftskäufer, nicht jedoch die bücherliche Eigentümerin geladen wurde.

Das Ermittlungsverfahren ergab, dass das Überfahren der strittigen Fläche durch mehr als 20 Jahre geduldet und auch die bauliche Einbeziehung in den Kreuzungsbereich akzeptiert worden war. Der Bürgermeister stellte mit **Bescheid vom 09.06.2006** fest, dass es sich bei diesem Teil des Kreuzungsbereiches um eine dem **Gemeingebrauch** gewidmete öffentliche Privatstraße handelt.

Die **Berufung** des neuen Besitzers der Liegenschaft wurde mit Bescheid der Gemeindevertretung vom 02.10.2006 **abgewiesen**. Hingegen hob die Gemeindeaufsichtsbehörde mit **Vorstellungsbescheid** vom 06.12.2006 den Bescheid auf, weil das **Ermittlungsverfahren ergänzungsbedürftig** sei.

Nach weiteren Ermittlungen erging im **Oktober 2007** ein **neuer Berufungsbescheid**, der die Feststellung des Gemeingebrauchs wiederum bestätigte. Eine neuerliche **Vorstellung** des Käufers der Liegenschaft wurde von der Gemeindeaufsichtsbehörde am 27.02.2008 **als unzulässig zurückgewiesen**, weil der **Vorstellungswerber** immer noch **nicht** als Eigentümer **im Grundbuch eingetragen** ist und deshalb **keine Parteistellung** im Verfahren habe.

Diese Entscheidung wurde allerdings durch **VwGH-Erkenntnis vom 26.06.2008 als rechtswidrig aufgehoben**, da im voran gegangenen Verfahren sowohl die Gemeinde wie auch die Verwaltungsbehörde die **Parteistellung** des – inzwischen aber verstorbenen – Liegenschaftskäufers als „außerbücherlicher Eigentümer“ **anerkannt** habe: Dies sei für das weitere Verfahren bindend. Ausdrücklich hingewiesen wurde vom VwGH aber auf die Notwendigkeit, den zivilrechtlichen (im Grundbuch eingetragenen) Eigentümer der Straße in das Verfahren einzubinden, was bisher unterlassen worden war.

Die nun schon **zum dritten Mal** befasste **Vorstellungsbehörde** (BH) holte eine Stellungnahme der noch eingetragenen bisherigen Eigentümerin ein. Diese bestätigte, dass es nie zu einer Benützungsbeschränkung der strittigen Grundfläche gekommen war. Am 08.09.2008 wies die BH die Vorstellung der Verlassenschaft nach dem verstorbenen Erwerber des Grundstücks ab und **bestätigte** die Entscheidung der Gemeinde auf **Feststellung des Gemeingebrauches**.

Die dagegen neuerlich erhobene **Beschwerde** der Verlassenschaft wies der **VwGH** mit Erkenntnis vom 27.01.2009 als **unbegründet** ab: Auf Grund eines schlüssigen Beweisverfahrens sei die rechtliche **Beurteilung** der Berufungsbehörde sowie der Vorstellungsbehörde, dass eine **stillschweigende Widmung zum Gemeingebrauch** mit einer mindestens 20-jährigen Duldung vorliege, **unbedenklich**.

Damit konnte das **Verfahren** nach nahezu **5 Jahren**, mehreren Ergänzungen des Ermittlungsverfahrens, **6 Bescheiden** und **2 VwGH-Erkenntnissen** endlich abgeschlossen werden. Da der **Sachverhalt** von vornherein **eindeutig für einen Gemeingebrauch** gesprochen hatte, wäre wohl ein effizienteres Verfahren zu erwarten gewesen. Vermutlich hätte auch ein etwas besseres Ablöseangebot nicht nur den beteiligten Bürgern, sondern auch der Gemeinde (sowie BH und VwGH) einiges an Verwaltungsaufwand und Kosten erspart.

3.5.2. Baubewilligung ohne ausreichend rechtlich gesicherte Zufahrt erteilt

1986 beantragte ein Bürger die **Baubewilligung** zur Errichtung einer **Doppelgarage**. Bei der Bauverhandlung wurde festgestellt, dass die **Zufahrt über ein gemeindeeigenes Grundstück** führt, worüber noch eine Vereinbarung mit der Gemeinde zu treffen war. Wenige Tage später legte die Gemeinde dem Bauwerber eine **Vereinbarung** vor, mit der sie ihm eine Zufahrt in der Breite von 3 m über ihre Liegenschaft einräumte. Darin hieß es ausdrücklich, dass die Vereinbarung **nur für den Bauwerber selbst** gilt, nicht jedoch für dessen Rechtsnachfolger. Nach Unterfertigung der Vereinbarung erhielt er die Baubewilligung.

Im Jahr **2006 verkaufte** der Bürger seine **Liegenschaft** samt Garage. Die Käufer wurden von der Gemeinde darauf hingewiesen, dass sie die **Garagenzufahrt** über Gemeindegrund **nicht benützen** dürfen, da dieses **Recht nur dem Voreigentümer persönlich eingeräumt** worden war. Sie waren daher gezwungen, mit der Gemeinde eine **neue Vereinbarung** zu treffen, um überhaupt zur Garage zufahren zu dürfen. Die damit (einschließlich eines Grundtausches) verbundenen **Kosten** machten sie **gegenüber dem früheren Eigentümer** geltend, weil dieser sie nicht auf das fehlende Zufahrtsrecht hingewiesen hatte. Vergleichsweise wurden die Ansprüche vom früheren Eigentümer mit € 1.000,-- abgegolten, welchen Betrag er **von der Gemeinde zurück** haben wollte (08 bMP-056).

Die **Gemeinde lehnte** die Forderung mit der Begründung **ab**, der damalige Bauwerber hätte die von der Gemeinde vorgelegte **Vereinbarung** mit einer nur persönlichen Dienstbarkeit **ohne Einwand unterfertigt**. Ihm müsse die Bedeutung dieser Vereinbarung somit bewusst gewesen sein.

Vom LVA wurde das **Vorgehen** der Gemeinde **in Kritik gezogen**. Sie hatte dem damaligen Bauwerber nur eine **persönliche Dienstbarkeit** eingeräumt und auf dieser Basis die **Baubewilligung erteilt**. Nach dem damals geltenden Baugesetz 1972 (§ 4 Abs 2) war **Voraussetzung** für die Erteilung einer Baubewilligung eine **rechtlich gesicherte Verbindung mit einer öffentlichen Verkehrsfläche**. Auch galt damals schon, dass dafür eine **Grunddienstbarkeit** erforderlich ist, **persönliche Dienstbarkeiten** hingegen **nicht ausreichen**. Vielmehr muss der jeweilige Eigentümer oder Benützer des Gebäudes berechtigt sein, das fremde Grundstück in Anspruch zu nehmen.

Dies bedeutet aber nicht, dass der Bauwerber Anspruch auf Einräumung einer Grunddienstbarkeit als Zufahrt zur Doppelgarage gehabt hätte; vielmehr **hätte** die **Baubewilligung** mangels rechtlich gesicherter Zufahrt **versagt werden müssen**.

3.5.4. Auf Kundmachung des Bebauungsplans vergessen

Zur Erschließung eines neuen Ortsteils beschloss die **Gemeindevertretung** 1996 **einstimmig** einen **Teilbebauungsplan**. Beim Verkauf der Grundstücke an Bauinteressenten wurde im Kaufvertrag auf den Teilbebauungsplan sogar hingewiesen. Ein Bewohner dieses Ortsteils beschwerte sich darüber, dass sich trotz seiner Einwendungen ein **Nachbar nicht an den Teilbebauungsplan gehalten** und **trotzdem** eine **Baubewilligung** erhalten habe (08 bMP-009).

Auch wenn ein **Nachbar keinen Anspruch** auf Einhaltung des Bebauungsplanes hat, ist die **Bewilligung** eines **dem Bebauungsplan widersprechenden Bauprojektes** – sofern keine Ausnahmegenehmigung erteilt wurde – **rechtswidrig** und sogar mit Nichtigkeit bedroht. Auch war nicht verständlich, dass die Gemeindeaufsichtsbehörde dies bei einer Aufsichtsbeschwerde nicht aufgegriffen hatte.

Nach dieser Kritik des LVA teilte der Bürgermeister mit, dass er nach eingehenden Recherchen festgestellt habe, dass dieser **Teilbebauungsplan** zwar in der Gemeindevertretung **einstimmig beschlossen**, in weiterer Folge jedoch **weder der LReg vorgelegt noch kundgemacht** worden war.

Da unter diesen Umständen **kein rechtsgültiger Bebauungsplan** vorlag, war für die Erteilung der Baugenehmigung auch keine Ausnahme erforderlich. Es wäre **Aufgabe des Bürgermeisters** gewesen, den **Beschluss der Gemeindevertretung** den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend **vorzulegen** und **als Verordnung kundzumachen**. Dass dies nicht erfolgt und damit der von der Gemeindevertretung beschlossene Bebauungsplan unwirksam war, stellte einen **Misstand** in der Verwaltung dar.

Zur Bereinigung der rechtswidrigen Situation wurde **empfohlen**, die erforderlichen **Verfahrensschritte nachzuholen** oder die Angelegenheit der Gemeindevertretung vorzulegen, welche den Beschluss über den **Teilbebauungsplan aufheben oder abändern** kann. Einige Zeit später teilte der Bürgermeister mit, dass der Teilbebauungsplan von der Gemeindevertretung einstimmig aufgehoben und damit der Misstand in der Gemeindeverwaltung behoben sei.

3.5.5. Genehmigungspflicht für „warmen Abbruch“ ?

Der Eigentümer einer **desolaten Alphütte** wollte diese neu erstellen. Als einfachsten und billigsten Weg für den **Abriss** stellte er sich vor, die **Hütte abzubrennen**. Er fragte jedoch im Gemeindeamt nach, **ob** er dazu eine **Genehmigung** brauche oder dies einfach durchführen könne.

Die von dieser **Frage überraschte** Gemeindesekretärin erkundigte sich zunächst bei der zuständigen **Fachabteilung** im Amt der LReg. Dort wurde ihr beschieden, dass dies eher eine straf- als eine verwaltungsrechtliche Sache sei und sie sich **an das Gericht wenden** möge. Vom Richter erhielt sie die Auskunft, dass dies **strafrechtlich nicht relevant** ist, wenn der Eigentümer nur seine eigene Hütte anzündet und keine Gefährdung anderer Objekte und Personen gegeben ist. Zur Klärung der verwaltungsrechtlichen Frage solle sie sich **an den LVA wenden** (08 AuBe-226).

Vom LVA wurde betont, dass auch ein „warmer Abbruch“ als **Abbruch des Gebäudes** im Sinne des Baugesetzes zu beurteilen und gemäß § 19 lit j BauG **anzeigepflichtig** ist. Die Baubehörde hat dann zu beurteilen, ob es **Versagungsgründe** gibt.

Das Landes-Luftreinhaltegesetz und die Feuerpolizeiordnung enthalten dazu keine Regelungen. Hingegen verbietet § 3 Abs 1 **Bundes-Luftreinhaltegesetz** das Verbrennen von nicht biogenen Materialien außerhalb dafür bestimmter Anlagen - wobei anzunehmen ist, dass ein Gebäude solche Materialien enthält. Ein anderes Bundesgesetz verbietet das Verbrennen biogener Materialien mit gewissen Ausnahmen.

Ausgenommen vom Verbot ist gemäß § 3 Abs 3 Bundes-Luftreinhaltegesetz das Verbrennen im Rahmen einer **Übung des Bundesheeres oder der Feuerwehr**. Wenn an einen „warmen Abbruch“ im Rahmen einer Feuerwehrrübung gedacht wird, wäre dennoch zu prüfen, ob nicht im Hinblick auf Denkmal-, Natur- und Landschaftsschutz oder nach anderen Gesetzen Bewilligungen erforderlich wären.

3.5.6. Bach ohne Genehmigung verrohrt – im Auftrag der Gemeinde

Den LVA erreichte eine **anonyme Mitteilung**, dass eine Tiefbaufirma einen **Bach illegal** und ohne Genehmigungen **in ein Rohr verlegt** habe. Trotz Meldung an die Behörden werde **nichts unternommen** (08 aMP-006).

Der LVA leitete diese Mitteilung an die Gemeinde und die zuständige BH mit der Aufforderung zur Stellungnahme weiter. Es stellte sich heraus, dass die **Verrohrung** dieses Baches **von der Gemeinde in Auftrag gegeben** worden war, **ohne erforderliche** wasser- und naturschutzrechtliche **Bewilligungen** einzuholen. Nach Mitteilung der BH seien aber die erforderlichen Unterlagen inzwischen ausgearbeitet und liege das Projekt zur Genehmigung vor. Die Vorgangsweise der Gemeinde wurde vom LVA in **Kritik** gezogen mit der **Aufforderung**, künftig vor derartigen Maßnahmen **rechtzeitig** die **erforderlichen Bewilligungen einzuholen**.

3.5.7. Vorschreibung verjährter Kanalanschlussbeiträge auf Weisung des Bürgermeisters

Ein Bürger war verwundert, im **Dezember 2007** für sein **2001** fertig gestelltes und **an den Kanal angeschlossenes Haus** den **Kanalanschlussbeitrag vorgeschrieben** zu erhalten, zumal er seither regelmäßig Kanalbenützungsgebühren bezahlt hatte. Nach Überprüfung der Unterlagen wurde ihm geraten, wegen der inzwischen eingetretenen **Verjährung Berufung** zu erheben, welcher später auch **stattgegeben** wurde (08 AuBe-002).

Da auch **andere** Personen auf die **Vorschreibung verjährter Beiträge** hinwiesen und die Säumigkeit dieser Gemeinde bei der Vorschreibung von Kanalerschließungs- und -anschlussbeiträgen auch Gegenstand **medialer Berichterstattung** wurde, erfolgte eine **amtswegige Prüfung** (08 aMP-001).

Anlass für die nachträgliche Vorschreibung der Beiträge war das Ergebnis einer **Gebärungskontrolle** durch die LReg im Jahr 2007. Dabei wurde festgestellt, dass in dieser Gemeinde **seit dem Jahr 2000 keine Kanalanschluss- und -erschließungsbeiträge mehr vorgeschrieben** worden waren. Hingewiesen wurde auch auf die **5-jährige Verjährungsfrist** nach dem AbVG.

Der **Bürgermeister** erteilte darauf hin eine **schriftliche Weisung**, die **Abgabenbescheide** – auch für bereits **verjährte Beiträge** – zu erstellen und vorzulegen. Jedem dieser Bescheide sollte ein **Begleitschreiben** angeschlossen werden, in dem sich der Bürgermeister im Namen der Gemeindeverwaltung für das **Versäumnis entschuldigte**, auf die Verantwortung seines Amtsvorgängers (bis 2005) und bei verjährten Beiträgen auch auf die eingetretene Verjährung hinwies.

Die (freiwillige) Entrichtung verjährter Forderungen und Abgaben ist nicht grundsätzlich verboten. Dies berechtigt die Abgabenbehörde jedoch nicht, in Kenntnis des Sachverhaltes und eines Verjährungsstatbestandes **rechtswidrige Bescheide** zu erlassen und damit **vollstreckbare Exekutionstitel** zu schaffen.

In einer ersten Stellungnahme wies der **Bürgermeister** durch einen Rechtsanwalt darauf hin, die Vorschreibung bereits verjährter Beiträge sei durch ein **Versehen der zuständigen Sachbearbeiterin** erfolgt. Die Bescheide über verjährte Forderungen seien bereits oder würden noch behoben.

Für den LVA war nicht nachvollziehbar, warum die Gemeinde zur **Beantwortung einer Anfrage** einen **Rechtsanwalt einschalten** muss und wie dies mit dem **Grundsatz der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit** vereinbar ist. Vor allem wurde aber beanstandet, dass die vom LVA aufgeworfenen **Fragen** – auch bei einer neuerlichen Anfrage – **nicht beantwortet** worden waren. Der Bürgermeister wurde schließlich über die Gemeindeaufsichtsbehörde aufgefordert, die Fragen zu beantworten.

Trotz mehrmaliger Nachfrage war der **Bürgermeister nicht bereit mitzuteilen**, ob er persönlich eine **Weisung zur Vorschreibung verjährter Gebühren** erteilt hat, und eine allenfalls erteilte schriftliche Weisung vorzulegen; diese wurde dem LVA dann allerdings von anderer Seite zur Kenntnis gebracht.

Auf Grund der schließlich vorgelegten Unterlagen war davon auszugehen, dass alle **Bescheide über verjährte Gebühren** - teils im Zuge des Berufungsverfahrens, teils von Amtswegen - **aufgehoben** worden sind und auf die weitere Geltendmachung verjährter Gebühren verzichtet wird.

Die **Vorschreibung verjährter Abgaben** war aber als **Misstand in der Verwaltung** festzustellen und darauf hinzuweisen, dass dies auch in strafrechtlicher Hinsicht bedenklich ist und daher zu unterbleiben hat. Nicht akzeptabel war angesichts der vom Bürgermeister sogar **schriftlich erteilten Weisung** auch die **Abschiebung der Verantwortung** für die rechtswidrige Vorschreibung **auf ein Versehen der Sachbearbeiterin**.

3.5.8. Rückwirkende Grundsteuervorschreibung aufgehoben

Ein Ehepaar hatte **2001** ein **Eigenheim errichtet** und im gleichen Jahr um **Grundsteuerbefreiung angesucht**. Im Juli **2008** wurde dieser **Antrag abgewiesen**, da die anrechenbare **Nutzfläche** der Wohnung **130 m² übersteige**. Gleichzeitig wurde die **Grundsteuer rückwirkend bis 2003 vorgeschrieben**. Für die betroffene Familie war weder die Berechnung der Nutzfläche noch die rückwirkende Vorschreibung über so viele Jahre nachvollziehbar (08 AuBe-250).

Die unvertretbare **Dauer des Verfahrens** von mehr als 6½ Jahren war darauf zurückzuführen, dass die **Festsetzung des Einheitswertes** (ab 2002) **durch das Finanzamt** solange gedauert hatte. Im Bescheid war § 1 Grundsteuerbefreiungsgesetz korrekt zitiert: Wenn die Nutzfläche tatsächlich 130 m² übersteigt und im Haushalt nicht mehr als 5 Personen (oder ein Rollstuhlfahrer) wohnen, ist die Befreiung zu versagen. Da im Abgabenverfahren die Verjährungsfrist 5 Jahre beträgt und für 2002 keine Grundsteuer vorgeschrieben wurde, war auch die rückwirkende Vorschreibung nicht zu beanstanden.

Die korrekte **Berechnung der Nutzfläche** konnte kurzfristig innerhalb der Berufungsfrist nicht beurteilt werden. Da nach Angaben des Ehepaars aber gewisse Teile, wie ein **kleiner Windfang, nicht anzurechnen** gewesen wären, wurde geraten, sowohl gegen die Abweisung der Grundsteuerbefreiung wie auch die nachträgliche Vorschreibung der Grundsteuer zu berufen.

Nachdem das Ehepaar dem Rat des LVA entsprechend **Berufung** erhoben hatte, wurde festgestellt, dass im Bauplan eingezeichnete **Flächen** (Windfang unter 8 m², Büro ohne direkte Verbindung zur Wohnung) **zu Unrecht als Wohnnutzfläche gerechnet** worden waren. Da die für die Wohnbauförderung und Grundsteuerbefreiung anrechenbare **Wohnnutzfläche** damit **nur 129 m²** betrug, wurde das Ehepaar von 2003 bis 2021 **doch noch von der Grundsteuer befreit**.

3.5.9. Befangenheit eines Gemeindevertreters als Grundeigentümer nicht beachtet

Eine **Wohnbaugesellschaft** hatte an einer **Liegenschaft des Vizebürgermeisters** ein **Vorkaufsrecht** erworben. Ein Bürger schloss mit der Wohnbaugesellschaft einen Vertrag über den Kauf eines Teils dieses Grundstücks. Gleichzeitig **interessierte sich** auch die **Gemeinde** für den **Erwerb des Grundstücks** zur Ansiedlung eines Betriebes. Die **Gemeindevertretung** erteilte dem Bürgermeister **einstimmig** den Auftrag, sich um den **Erwerb des ganzen Grundstücks** zu bemühen. Der am Kauf interessierte Bürger sah dadurch seine Rechte beeinträchtigt und merkte an, dass der Vizebürgermeister als Grundeigentümer gar nicht abstimmen hätte dürfen (08 bMP-162).

Die Prüfung des Sachverhalts ergab, dass der **Kaufinteressent** lediglich einen **privatrechtlichen Vertrag** über ein Privatgrundstück **mit einem Vorkaufsberechtigten** abgeschlossen hat. Nur wenn der Grundeigentümer (Vizebürgermeister) das Grundstück verkauft, kann diese Firma vom Vorkaufsrecht Gebrauch machen und die ihm gegenüber angeblich eingegangene Verpflichtung einhalten.

Unter diesen Umständen waren **Bemühungen der Gemeinde** um den **Kauf des Grundstücks weder rechts- noch sittenwidrig**, so dass der **Beschwerde** in diesem Punkt **keine Berechtigung** zukam. Auch nahm die Gemeinde entgegen ihrer ursprünglichen Absicht vom Kauf jener Grundfläche, an dem dieser Bürger interessiert war, ohnehin Abstand.

Berechtigt war hingegen die Kritik wegen **Befangenheit des Vizebürgermeisters**. Bei einer späteren Behandlung der Angelegenheit hatte sich dieser wegen Befangenheit der Stimme enthalten. Bei der **einstimmigen Beschlussfassung** der Gemeindevertretung mit dem Auftrag an den Bürgermeister, sich um den Erwerb des ganzen Grundstücks zu bemühen, hatte er **als Eigentümer des betroffenen Grundstückes** jedoch **mitgestimmt**.

Vom LVA wurde betont, dass der Vizebürgermeister wegen Befangenheit an der Beratung und Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht hätte teilnehmen dürfen. Weiters wurde auf ein – auch in einem Rundschreiben des Gemeindeverbandes auszugsweise veröffentlichtes – Erkenntnis des VwGH hingewiesen, wonach der Bürgermeister in Fällen, in denen die **Befangenheit eines Gemeindevertreters voraussehbar** ist, zu diesem Tagesordnungspunkt ein **Ersatzmitglied einzuberufen** hat.

3.5.10. Befangenheit von Gemeindeorganen als Vertreter gemeindeeigener Gesellschaften

Ein Gemeindevertreter trug an den LVA folgende rechtliche Problematik heran: **Vorstandsmitglieder** der **gemeindeeigenen Immobiliengesellschaft** seien der **Bürgermeister** und die Mitglieder des **Gemeindevorstandes**. Wenn Berichte dieser Gesellschaft in der Gemeindevertretung behandelt würden, blieben die **Gemeindevorstandsmitglieder in der Sitzung**, die auch **vom Bürgermeister geleitet** werde, erklärten sich aber **bei der Abstimmung als befangen**. Dies war für ihn unverständlich, da diese die Aufgabe als Vertreter der Gemeinde übernommen hätten (08 AuBe-222).

Nach Prüfung der Rechtsfrage unter Einbeziehung der LReg wurde auf die unterschiedlichen Regelungen in § 28 Abs 1 und 2 GG hingewiesen. Gemäß **§ 28 Abs 1 GG** sind der Bürgermeister sowie Mitglieder von Kollegialorganen der Gemeinde in Sachen **befangen**, in denen sie **selbst** oder **bestimmte nähere Verwandte beteiligt** sind, in denen sie als **Bevollmächtigte einer Partei** bestellt waren oder sind oder wenn sie an der Erlassung des angefochtenen Bescheides in unterer Instanz mitgewirkt haben.

Wenn **andere** als in Abs 1 genannte **Gründe** vorliegen, die geeignet sind, die volle Unbefangenheit in Zweifel zu ziehen, **hat** gemäß **§ 28 Abs 2 GG** das **Kollegialorgan**, dem die betroffene Person angehört, **über die Befangenheit zu entscheiden**.

Im **Motivenbericht der Regierungsvorlage** zur ursprünglichen Fassung dieser Bestimmung (§ 24 GG idF LGBL Nr 45/1965) war davon ausgegangen worden, dass unter **Bevollmächtigte** einer Partei **auch Organe juristischer Personen** zu verstehen sind (womit Befangenheit gegeben wäre). Im **Kommentar zum Gemeindegesetz** (Häusler/Martin/Müller) wird dazu jedoch die Rechtsmeinung vertreten, dass es sich bei Bevollmächtigten um Fälle vertraglich begründeter Vertretung handelt, zur Vertretung nach außen berufene **Organe juristischer Personen** hingegen **nach § 28 Abs 2 GG zu beurteilen** sind.

Geht man von der aktuellen Rechtsauffassung aus, so dürften sich die **Gemeindevorstandsmitglieder** als Organe der Gesellschaft **nicht selbst für befangen erklären**, sondern müssten die Gemeindevertretung **auf ihre mögliche Befangenheit hinweisen**. Die Gemeindevertretung hätte dann zu entscheiden, ob sie wegen ihrer Organstellung in der gemeindeeigenen Gesellschaft als befangen anzusehen sind.

Sollte die **Befangenheit bejaht** werden, dürfte der betroffene Bürgermeister oder Gemeindevertreter **weder die Sitzung leiten noch an der Beratung oder Abstimmung teilnehmen**. Sie könnten aber, was in diesen Fällen sinnvoll sein könnte, **als Auskunftspersonen beigezogen** und befragt werden. Wenn der Tagesordnungspunkt in einer nicht öffentlichen Sitzung behandelt wird, müssten sie sogar, sofern sie nicht als Auskunftspersonen dienen, den Sitzungssaal verlassen.

3.5.11. Doppelfunktion des Bürgermeisters als Geschäftsführer einer Gesellschaft

Ein ähnliches Problem ließ den Bürgermeister einer Gemeinde am rechtmäßigen Zustandekommen eines **Vertrages** zwischen seiner **Gemeinde** und einer **Seilbahngesellschaft** zweifeln. Sein Amtsvorgänger als **Bürgermeister** war **gleichzeitig** einer der beiden **Geschäftsführer** dieser Gesellschaft und hatte den Vertrag mit unterfertigt (08 AuBe-297).

Die Prüfung ergab, dass der damalige **Bürgermeister** zusammen mit dem zweiten Geschäftsführer den Vertrag **lediglich für die Gesellschaft, nicht aber als Bürgermeister unterfertigt** hatte. Die Gemeinde wurde beim Vertragsabschluss vom Vizebürgermeister und einem Gemeinderat vertreten, welche durch einen Gemeindevertretungsbeschluss ermächtigt waren, für die Gemeinde privatrechtliche Urkunden zu fertigen. Die **Vorgangsweise** war **insoweit korrekt**.

In Kritik gezogen wurde jedoch, dass bei **Genehmigung des Vertrages** in der **Gemeindevertretung** der **Bürgermeister**, ohne auf eine mögliche Befangenheit hinzuweisen, den **Vorsitz geführt** und an der **einstimmigen Beschlussfassung mitgewirkt** hat. Als Organ der Vertragspartnerin der Gemeinde hätte er gemäß § 28 Abs 2 GG **auf** seine mögliche **Befangenheit hinweisen** und die Gemeindevertretung darüber entscheiden müssen. Da die Vertragsgenehmigung aber einstimmig erfolgt war, hatte eine mögliche Befangenheit des Bürgermeisters auf das Ergebnis keinen Einfluss, sodass sich keine Anhaltspunkte für eine Anfechtung oder Nichtigerklärung des Vertrages ergaben.

3.5.12. Gemeindevermittlungsamt sogar im Gemeindeamt unbekannt

Wegen Beeinträchtigung durch die Hecke der Nachbarn suchte eine Bürgerin eine **Schlichtungsstelle**. Nach dem **Nachbarrecht** des ABGB hat in diesen Fällen **vor Klageeinbringung** ein **Vermittlungsversuch** stattzufinden. Der **Bürgermeister** verwies sie auf den Zivilrechtsweg und kannte weder das Gemeindevermittlungsamt noch eine andere Schlichtungsstelle (08 AuBe-206).

Gerade bei solchen nachbarlichen Auseinandersetzungen könnten die in Vorarlberg – jeweils für mehrere Gemeinden gemeinsam – eingerichteten **Gemeindevermittlungsämter** eine **wichtige friedensrichterliche Funktion** wahrnehmen. Leider war die Existenz des Gemeindevermittlungsamtes nicht nur **dem Bürgermeister unbekannt**, sondern fand sich dazu **auch auf der Homepage** der Gemeinde, des Gemeindeverbandes oder des Landes Vorarlberg **keinerlei Information**.

Dem **LVA** gelang es schließlich über ein Vorstandsmitglied einer anderen Gemeinde, welche zum gleichen Sprengel gehörte, die **Adresse** des Vorsitzenden des zuständigen Gemeindevermittlungsamtes **in Erfahrung zu bringen** und der Bürgerin mitteilen.

Der LVA ersuchte auch den **Gemeindeverband** um **Bekanntgabe der Gemeindevermittlungsämter**. Dies konnte erst nach **längerer Recherche** und der in einem Fall noch ausständigen Bestellung eruiert werden. Im Rundschreiben des Gemeindeverbandes Nr 14/2008 wurde dann auf die Anregung des LVA hingewiesen, auf der jeweiligen Homepage der Gemeinde auf das Gemeindevermittlungsamt hinzuweisen. Inzwischen sind die **Adressen** der Gemeindevermittlungsämter auch auf der **Homepage des LVA** www.landesvolksanwalt.at verfügbar.

3.5.13. Liechtensteinischer Literaturpreisträger als Heimatbuchautor?

Der Bürgermeister einer Gemeinde plante die Herausgabe eines **Heimatbuches**. Als Autor sah er weder seine beiden Amtsvorgänger noch die in verschiedenen Fragen mit ihm im Streit liegende Obfrau des Heimatkundevereines vor, sondern einen früheren Arbeitskollegen. In einer **Anfrage der Gemeindevertretung** teilte der Bürgermeister mit, dass bei der **Auswahl der Autoren** großer Wert auf **fachliche und sprachliche Qualifikation** gelegt worden sei. Für den von ihm ausgewählten **Autor** sei seine sprachliche Kompetenz ausschlaggebend, zumal er den **Liechtensteinischen Literaturpreis** erhalten habe. Gemäß einer Mitteilung der übergangenen Obfrau des Heimatkundevereines war diese Auskunft aber falsch (08 bMP-152).

Der Bürgermeister räumte in einem Gespräch gegenüber dem LVA und dem BH ein, dass diese **Information unrichtig** war. Angedeutet wurde, dass dieser für einen Krimi eine Auszeichnung bekommen habe. Dem Bürgermeister wurde deshalb **nahe gelegt**, diese **Fehlinformation** der Gemeindevertretung in der nächsten Sitzung **richtig zu stellen**.

Trotz mehrfacher mündlicher und schriftlicher Aufforderung durch BH und LVA war der Bürgermeister **nicht bereit**, den **Fehler** gegenüber der Gemeindevertretung **einzugestehen**. Als dies nach einem halben Jahr noch immer nicht erfolgt war, ersuchte der LVA den Bürgermeister um Mitteilung, ob er noch beabsichtige, die Richtigstellung vorzunehmen, andernfalls eine Missstandsfeststellung erfolgen müsse.

Der Bürgermeister teilte dazu mit, er werde **am Ende seiner Amtszeit** in einem Bericht an die Gemeindevertretung sämtliche Aufsichtsbeschwerden und Anfragen durch den LVA behandeln, man möge diese **Gesamtberichterstattung** abwarten.

Vom LVA konnte nicht beurteilt werden, ob im Hinblick auf die Auswahl des Autors dessen literarische Verdienste übertrieben wurden, der Bürgermeister vom Autor falsch informiert worden oder einfach ein Missverständnis vorgelegen war. Die Angelegenheit hätte **problemlos** durch eine **kurze Klarstellung** in einer Sitzung der Gemeindevertretung **bereinigt** werden können.

Die **beharrliche Weigerung** durch mehr als ein halbes Jahr, die unrichtige Anfragebeantwortung in der Gemeindevertretung zu korrigieren, war nun als **Misstand in der Verwaltung** festzustellen. Der Bürgermeister wurde aufgefordert, die Gemeindevertretung korrekt zu informieren und das Schreiben des LVA der Gemeindevertretung zur Kenntnis zu bringen.

Erst **danach berichtigte** der **Bürgermeister** in der Sitzung vom 28.05.2009 die **Information**. Dieser Autor habe bei einem Schreibwettbewerb in Liechtenstein den 2. Preis erhalten.

4. Tätigkeit als Antidiskriminierungsstelle

4.1. Aufgaben der Antidiskriminierungsstelle

Das am 01.06.2005 in Kraft getretene und im August 2008 novellierte **Antidiskriminierungsgesetz** (ADG) verbietet Diskriminierungen auf Grund der **ethnischen Zugehörigkeit**, der **Religion** oder **Weltanschauung**, einer **Behinderung**, des **Alters**, der **sexuellen Orientierung** sowie des **Geschlechts**. Damit wurden mehrere Richtlinien der Europäischen Union für die in die Regelungskompetenz des Landes fallenden Angelegenheiten umgesetzt.

In der ersten Fassung des ADG (LGBL Nr 17/2005) beschränkte sich das Diskriminierungsverbot auf den Bereich der **Arbeitswelt**, somit das Dienstrecht des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie das Land- und Forstarbeitsrecht, etwa beim Zugang zur Erwerbstätigkeit, bei Aufstieg, Berufsberatung, Aus- und Weiterbildung sowie Umschulung, und die beruflichen Vertretungen.

Lediglich das Verbot der Diskriminierung auf Grund der ethnischen Zugehörigkeit galt darüber hinaus auch für den **Sozial-, Gesundheits- und Bildungsbereich** sowie beim **Zugang zu Gütern und Dienstleistungen**.

Durch die o.a. **Novelle zum ADG** (LGBL Nr 49/2008) wurde der Anwendungsbereich wesentlich erweitert: Nunmehr gilt das Diskriminierungsverbot auch in diesen Bereichen für alle genannten Diskriminierungstatbestände, soweit sie in die Regelungskompetenz des Landes fallen. Dies betrifft somit auch alle Förderungen und Sozialleistungen des Landes wie Sozial- und Wohnbeihilfe, Wohnbau- und Familienförderung, aber auch die Behandlung in Krankenanstalten und Pflegeheimen, Aufnahme in Gemeindewohnungen sowie öffentliche und private Kindergärten.

Die ADG-Novelle 2008 brachte noch **weitere Verbesserungen**: Die **Strafen** im Falle der Verletzung des Diskriminierungsverbotes wurden **erhöht** und wird nun die **Frist** zur gerichtlichen Geltendmachung von Ansprüchen bis zu 6 Monaten gehemmt, wenn eine Beschwerde von der Antidiskriminierungsstelle geprüft wird. Ausdrücklich festgelegt wurde das Recht, zu **Gesetzes- und Verordnungsentwürfen**, die Angelegenheiten der Antidiskriminierung betreffen, Stellung zu nehmen, und ist nun auch eine **Zusammenarbeit** mit anderen Antidiskriminierungs- und Gleichbehandlungsstellen sowie der Anlaufstelle für Chancengleichheit und den Frauenberaterinnen vorgesehen.

Antidiskriminierungsstelle für Patienten in Krankenanstalten, Bewohnern von Pflegeheimen und Klienten von Sozialeinrichtungen ist der **Patientenanwalt** für das Land Vorarlberg, in allen anderen Angelegenheiten der **Landesvolksanwalt** (§ 11 ADG). Der LVA ist auch Antidiskriminierungsstelle bei Dienstverhältnissen von **Landeslehrern** (§ 15 ADG, anzuwenden ist aber Bundesrecht). Damit sind auf den LVA neue Aufgaben zugekommen:

Prüfung von Diskriminierungen: Diese Aufgabe überschneidet sich größtenteils mit der bisherigen Zuständigkeit. Bei Diskriminierungen von **Land- und Forstarbeitern** oder in **privaten Kindergärten** kommt dem LVA nun auch eine Beratungs- und Prüfkompentenz für Rechtsbeziehungen zwischen Privatpersonen zu.

Förderung des Grundsatzes der Gleichbehandlung: Gemäß § 12 Abs 1 und 2 lit c ADG hat der LVA die Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung ohne Diskriminierung zu fördern und kann Berichte und Empfehlungen zu allen Aspekten erstatten, die mit Diskriminierungen im Zusammenhang stehen.

Zusammenarbeit mit anderen Antidiskriminierungs- und Gleichbehandlungsstellen sowie der Anlaufstelle für Chancengleichheit und den Frauenberaterinnen nach § 7 des Landes- und Frauenförderungsgesetzes. (§ 12 Abs 2 lit e und Abs 3 ADG)

4.2. Einsatz für Gleichbehandlung und gegen Diskriminierung

Angesichts der in den ersten Jahren noch geringen Wahrnehmung der neuen Aufgabe des LVA als Antidiskriminierungsstelle standen die **Information der Öffentlichkeit** und interessierter Kreise sowie Kontakte mit **Behördenvertretern, gesellschaftlichen Organisationen** sowie anderen Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsstellen im Vordergrund.

Bei der Vorstellung des Tätigkeitsberichtes, im Volksanwaltsausschuss, in Presseaussendungen und Medienauftritten oder bei Vorträgen wurde die **Bedeutung** dieses **neuen Aufgabenbereiches** betont. Der LVA nahm auch an Besprechungen zur Novellierung des ADG, Gesprächen mit Vertretern der **Zivilgesellschaft** sowie den **Integrationskonferenzen** des Landes am 27.06. und 05.12.2008 teil.

Erstmals wurde am **Fraueninformationstag** im Landhaus am 08.03.2008 an einem **Infostand** über die Antidiskriminierungsstelle informiert. Die mit der Führung dieser Aufgaben betraute Mitarbeiterin **Dr Angela Bahro** hielt regelmäßig Kontakt mit den zuständigen Stellen des Landes, so mit Landesrätin Dr Schmid, der Leiterin des Frauenreferates, der Leiterin der Anlaufstelle für Chancengleichheit, dem Netzwerk Gleichbehandlung und dem Frauenpolitischen Forum. Weiters arbeitete sie mit an der Vorbereitung des **Fraueninfestes** 2009 und der **Informationsbroschüre** „Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Vorarlberger Landesverwaltung“.

Besprechungen gab es mit dem Fraueninformationszentrum Femail, dem Verein Mimosa, der Arbeitsgruppe Migrantinnen, der Leiterin der Frauennotwohnung, den „Grünen Andersrum“ und der Stadt Dornbirn. Auf internationaler Ebene erfolgte ein Austausch über gute Praktiken und aktuelle Entwicklungen zu den EU-Antidiskriminierungsrichtlinien im Rahmen des Seminars an der **Europäischen Rechtsakademie** in Trier am 09. und 10.06.2008.

4.3. Aufgliederung der Diskriminierungsfälle

Die Bemühungen, die Aufgabe des LVA als Antidiskriminierungsstelle bekannter zu machen, brachte gegenüber den Vorjahren eine **deutliche Steigerung der Fälle**, in denen Diskriminierungen thematisiert wurden (35 gegenüber 15 im Vorjahr). Manche lagen aber nicht im Anwendungsbereich des ADG, wie etwa Benachteiligungen aufgrund der **Staatsbürgerschaft** (5).

Kein Fall betraf Benachteiligungen aufgrund der Religion oder Weltanschauung, eine Frau fühlte sich aufgrund ihres **Alters** diskriminiert, weil man sie deswegen vorzeitig in Pension schicken wollte.

Gleichbehandlung und Benachteiligung von Menschen mit **Behinderungen** wurden sechsmal thematisiert: Die soziale Integration von Gehörlosen, die Frühförderung von Sehbehinderten, die Ablehnung der Aufnahme in den Polizeidienst wegen Diabetes, die vergleichsweise geringe Förderung der familiären Betreuung von Menschen mit Behinderung, der teilweise Ausschluss eines verhaltensauffälligen Kindes vom Kindergarten und die Kündigung einer Mitarbeiterin eines Pflegeheimes nach schwerer Operation und trotz anerkannter Behinderung.

Vier Fälle betrafen Probleme aufgrund der **sexuellen Orientierung**, wie die Übernahme der Operationskosten für Geschlechtsanpassung bei Transgender-Personen oder der Entwurf eines Lebenspartnerschaftsgesetzes. Mit Vertreterinnen einer NGO wurden allgemein Diskriminierungen lesbischer, schwuler, bisexueller und transgender Lebensformen erörtert. An die VA weiter geleitet wurde eine Beschwerde wegen Verschleppung eines Verfahrens zur Erteilung einer Aufenthaltsgenehmigung für den Lebenspartner, mit dem in England eine Zivilpartnerschaft (civil act) eingegangen worden war.

Schwerpunkt der Beratungs- und Prüfungstätigkeit bildeten Benachteiligungen aufgrund der **ethnischen Zugehörigkeit** (8) sowie des **Geschlechts** (11).

4.4. Diskriminierung aufgrund der ethnischen Herkunft

Die **Integration** von Zuwanderern aus verschiedenen Ländern und Kulturen nach Vorarlberg und ihrer hier geborenen Kinder, die Teil unserer Gesellschaft sind und auf Dauer sein werden, ist ein zentrales **Zukunftsthema**. **Diskriminierungen** von Menschen mit einem anderen Aussehen oder einer anderen Kultur sowie **fremdenfeindliche Äußerungen** stellen ein **Hindernis** für eine geglückte Integration und den Zusammenhalt der Gesellschaft dar und können auch deshalb nicht hingenommen werden.

Mitteilungen und Beschwerden wegen Diskriminierung aufgrund der ethnischen Zugehörigkeit wurden deshalb auch dann, wenn sie außerhalb der Zuständigkeit des LVA lagen, kritisch beobachtet und mit zuständigen Stellen oder NGO's Kontakt aufgenommen.

So wurde die Beschwerde einer jungen Frau, wegen **Tragens eines Kopftuchs** bei der Lehrstellen- und Arbeitsplatzsuche **benachteiligt** zu werden, an die Gleichbehandlungsanwaltschaft des Bundes weiter geleitet.

Speziell junge Männer und Jugendliche mit Migrationshintergrund erfahren immer wieder Ausgrenzungen beim **Besuch von Lokalen**. Darauf hat der LVA bereits im letzten Tätigkeitsbericht hingewiesen (JB 2007, Kap 4.3.). Dass dies in manchen Vorarlberger Lokalen üblich ist, geht auch aus Medienberichten und Rückmeldungen an den LVA anlässlich seiner Berichte hervor.

4.4.1. Jugendlichen wegen „ausländischem Aussehen“ Eintritt in Diskothek verwehrt

Vorarlberger Schüler, die eine deutsche Schulklasse zu Besuch hatten, wollten gemeinsam eine **Diskothek** besuchen. Zwei Schülern verweigerte der Türsteher Einlass: Einem **Vorarlberger**, der als Baby adoptiert worden war und eine **dunkle Hautfarbe** aufweist, sowie einem deutschen Schüler, weil dieser **„türkisch“ aussah** (08 bMP-008).

Ein junger **Österreicher türkischer Abstammung** wollte den Geburtstag mit einem Freund in einer Diskothek feiern, die er zuvor schon regelmäßig besucht hatte. An diesem Tag wurde er jedoch abgewiesen mit der Begründung, **Türken würden nicht eingelassen**. Auch nachdem der Vater seines Freundes beim Geschäftsführer interveniert und sogar die Polizei gerufen hatte, wurde ihnen weiterhin der Zutritt verweigert (08 aMP-002).

In den Anlassfällen wandten sich nicht die Betroffenen selbst an den LVA, sondern in einem Falle der Vater und im anderen Falle ein Landtagsabgeordneter. Mangels Zuständigkeit war eine Prüfung nicht möglich, der LVA thematisierte dieses Problem aber anlässlich seiner Berichte an den **Volksanwaltsausschuss** sowie der Teilnahme an den **Integrationskonferenzen** des Landes. Betont wurde, dass dies einen klaren **Verstoß gegen das Diskriminierungsverbot** darstellt, aber nicht in den Anwendungsbereich des ADG, sondern des Gleichbehandlungsgesetzes des Bundes fällt. Darüber hinaus ist es gemäß **Art III Abs 1 Zif 3 EGVG** auch als **Verwaltungsübertretung** strafbar:

"Wer ... Personen allein auf Grund ihrer Rasse, ihrer Hautfarbe, ihrer nationalen oder ethnischen Herkunft, ihres religiösen Bekenntnisses oder einer Behinderung ungerechtfertigt benachteiligt oder sie hindert, Orte zu betreten oder Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen, die für den allgemeinen öffentlichen Gebrauch bestimmt sind, ... begeht ... eine Verwaltungsübertretung und ist von der Bezirksverwaltungsbehörde mit einer Geldstrafe bis zu € 1.090,-- ... zu bestrafen. "

Inwieweit diese **Strafbestimmung** in der Praxis **bekannt** ist und **vollzogen** wird, kann nicht beurteilt werden. Im zweiten Falle war ja die Polizei eingeschritten, ob Anzeige erstattet wurde, ist **nicht bekannt**. Die Volksanwaltschaft ist in einem Prüfbericht zum Vollzug dieser Strafbestimmung in Wien jedenfalls zum Ergebnis gekommen, dass diese Strafbestimmung **unzureichend angewendet** wird:

"Die **Volksanwaltschaft** hat in ihrer kollegialen Sitzung am 28. August 2007 durch ihre Mitglieder Volksanwalt Dr. Peter Kostelka, Volksanwältin Dr. Maria Theresia Fekter und Volksanwältin Mag. Teresija Stoisits .. einstimmig festgestellt, dass die **uneinheitliche** und nicht gesicherte **Anwendung** des Art. IX (nun III) Abs. 1 Z. 3 EGVG durch die **Magistratischen Bezirksämter Wiens**, sowie der Umstand, dass Verwaltungsübertretungen nach **rassistischen / diskriminierenden Tathandlungen** zwar erkannt und festgestellt, in den Folgen aber aus nicht nachvollziehbaren Gründen als **unbedeutend und entschuldbar angesehen** wurden, **Misstände in der Verwaltung ... darstellen.** "

Es wurde die **Empfehlung** ausgesprochen, dafür Sorge zu tragen, dass die **Vollziehung** dieser Bestimmung künftig nach bundesweit **einheitlichen Kriterien** erfolgt und im Sinne der Empfehlungen der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz der Tatbestand der **Diskriminierung nicht eingeschränkt interpretiert** wird.

Ob die Praxis der Verwaltungsstraßenbehörden in Vorarlberg konsequenter ist, ist dem LVA nicht bekannt und kann mangels Zuständigkeit auch nicht überprüft werden. Es erscheint aber wichtig, auf diese unzulässigen Diskriminierungen sowie die entsprechende gesetzliche Bestimmung hinzuweisen.

4.4.2. Verhetzung im Internet

Anlässlich eines Sieges der türkischen Fußballmannschaft bei der Europameisterschaft kam es zu **lautstarken Feiern türkischer Mitbürger** in Vorarlberg. Neben Beschwerden über Lärmstörung wurde aus einer Wohnanlage ein türkischer Fan mit einem Luftgewehr beschossen. Dies war u.a. Gegenstand eines Berichtes auf einer in Vorarlberg weit verbreiteten **Internetplattform**.

Darauf hin fühlten sich mehrere Personen bemüßigt, dazu **hetzerische Kommentare** abzugeben. Neben Beschimpfungen und Anspielungen auf den Holocaust wurde auch ausdrücklich bedauert, dass kein richtiges Gewehr genommen wurde.

Ein Sozialwissenschaftler übermittelte dazu eine **Sachverhaltsdarstellung** an die **Staatsanwaltschaft** Feldkirch und ließ diese auch dem LVA zukommen (08 AuBe-253).

Auch wenn dem LVA **keine Prüfungszuständigkeit** zukommt, wurde die **Problematik** mit dem Anzeiger und einem auf Rechtsfragen des Internets spezialisierten Richter (www.internet4jurists.at) **erörtert** und die Staatsanwaltschaft um **Mitteilung des Ergebnisses** der Ermittlungen **ersucht**.

Vier Personen konnten trotz ihres Vertrauens auf die Anonymität im Internet **ermittelt** werden und wurden von der Staatsanwaltschaft **wegen Verhetzung gemäß § 283 StGB angeklagt**. Da sie unbescholten und zuvor nicht einschlägig in Erscheinung getreten waren, kamen sie im Zuge einer Diversion mit Geldbußen davon.

Nicht angeklagt wurde der verantwortliche **Redakteur** des Internetforums, da ihm nach Auffassung der Staatsanwaltschaft weder Kenntnis dieser Beiträge noch Untätigkeit nach Information über diese strafrechtlich relevanten Kommentare nachgewiesen werden konnte.

Diese Problematik wurde vom LVA im Volksanwaltsausschuss sowie bei einer Podiumsdiskussion im Rahmen der Bizauer Gespräche am 04.07.2009 – u.a. mit dem Chefredakteur dieser Internetplattform – erörtert. Dabei wurde betont, dass solche **Hetzreden** nicht nur für den Zusammenhalt der Gesellschaft **schädlich** und **moralisch zu verurteilen**, sondern auch **strafrechtlich zu ahnden** sind und die vermeintliche Anonymität im Internet keinen Schutz bietet.

4.5. Diskriminierung aufgrund des Geschlechts

Mit vier Beschwerden, einer Beratung, fünf amtswegigen Prüfungen sowie einer Anregung zur Gesetzgebung (Kap 3.1.3.) war dies der **häufigste Diskriminierungstatbestand**. Dabei ging es in fünf Fällen um Benachteiligungen von Frauen bei **Stellenbewerbungen** und zwei Mal um **Belästigungen** am Arbeitsplatz. Mitunter fühlten sich **auch Männer** benachteiligt (3), etwa beim Frondienst oder in der Sauna.

4.5.1. Frauen-Diskriminierung bei Schulleiterbestellung?

Eine **Volksschullehrerin** hatte sich um die **Leitungsstelle** ihrer Schule **beworben**. Ihr kurz vor der Pension stehender **Direktor** erklärte ihr und anderen Personen - wie dem Bezirksschulinspektor - gegenüber, für die Leitung dieser Schule käme auf Grund der Größe und des Ausländeranteils **nur ein Mann** in Frage. Nachdem sich **zwei Lehrerinnen** um die Stelle **beworben** hatten, beschloss der nur aus Männern bestehende Bezirksschulrat, die **Stelle neu auszuschreiben** (08 bMP-104).

Diese Umstände und die diskriminierenden Äußerungen des scheidenden Direktors lieferten **Anhaltspunkte für eine Benachteiligung** auf Grund des Geschlechts, zumal darauf hin ein Mann mit der provisorischen Leitung der Schule betraut und für die Neuausschreibung **keine nachvollziehbare Begründung** gegeben wurde.

Die LReg als **Dienstbehörde** erklärte, in den letzten 10 Jahren beinahe ausnahmslos den **Vorschlägen des Bezirksschulrates gefolgt** zu sein. Da dieser ein umfangreiches Verfahren mit Hearing unter Einbeziehung von Personalvertretung und Schulforum durchführe, liege eine fundierte und ausreichende Grundlage für die Entscheidung der LReg vor. Auch dürfe gemäß § 26 Abs 8 LDG die Verleihung nur an jemanden erfolgen, der in den Besetzungsvorschlag aufgenommen wurde. Da der Bezirksschulrat keinen Besetzungsvorschlag erstattet, sondern die **Neuausschreibung empfohlen** habe, sei die Besetzung der Stelle mit einer der Bewerberinnen gar nicht möglich gewesen.

Auch die **Unterlagen** sowie die Sitzungsniederschrift des Bezirksschulrates waren **unergiebig**: Die Entscheidung erfolgte in **geheimer Abstimmung**, weder Entscheidungsgründe noch Argumente der Diskussion waren festgehalten.

Der BH als Vorsitzender des Bezirksschulrates und der Bezirksschulinspektor als Berichterstatter betonten bei einer **persönlichen Befragung**, dass die zweite Bewerberin sehr wohl vorgeschlagen worden wäre, wenn sie sich nicht für eine andere Leiterstelle entschieden hätte. Diese war als schulfremde Lehrerin von der Personalvertretung sowie vom Schulforum an die erste Stelle gesetzt worden, während die **eigene Lehrerin** im Forum ihrer Schule deutlich **dahinter gereiht** worden war. Da es sich um eine der größten Volksschulen im Land handelt, habe man auf die **Akzeptanz** bei Schülern und Eltern **besonderen Wert** gelegt und deshalb anstelle eines Besetzungsvorschlages die Neuausschreibung angeregt.

Bestätigt wurden vom Bezirksschulinspektor die **diskriminierenden Äußerungen** des scheidenden Direktors ihm gegenüber. Er habe ihn aber mehrmals wegen dieser Äußerungen scharf zurecht gewiesen und ihn aufmerksam gemacht, dass ihn die Regelung seiner Nachfolge nichts angehe. In der Diskussion und der **Entscheidung** des Bezirksschulrates habe dies **keine Rolle** gespielt.

Der LVA gab sich mit diesen Argumenten noch nicht zufrieden, sondern **überprüfte** auch **systematisch**, ob in den letzten Jahren bei der Besetzung von Schulleiterstellen eine **Benachteiligung von Frauen** feststellbar ist. Demnach war es zuvor in den letzten 5 Jahren nur 3 Mal zur Neuausschreibung gekommen. In allen 3 Fällen gab es 1 oder 2 Bewerbungen von Männern, nur in einem Fall die Bewerbung einer Frau (neben einem Mann).

Auffallend war, dass es für die Besetzung von Schulleiterstellen vielfach nur einen Bewerber oder eine Bewerberin gab. In den letzten 5 Schuljahren wurden nur in 26 Fällen mehrere Bewerber für eine Leiterstelle vorgeschlagen, davon nur in 10 Fällen mit Bewerbungen von Personen beider Geschlechter. Von diesen 10 Leitungsfunktionen wurden 7 an Frauen und 3 an Männer verliehen.

Angesichts dieser Zahlen und der Argumente für die Neuausschreibung konnte **trotz des äußeren Anscheins** eine **Feststellung**, dass diese Entscheidung auf Grund des Geschlechts der Bewerberin erfolgt ist und somit eine **Diskriminierung** darstellt, **nicht getroffen** werden.

Im Zusammenhang mit diesem sowie einem weiteren Prüfungsverfahren, in dem sich eine Lehrerin gegenüber einer anderen weiblichen Bewerberin benachteiligt fühlte, wurde aber **kritisch angemerkt**, dass es bei der **Besetzung von Leiterstellen im Schulwesen kein** inhaltlich an den Ausschreibungskriterien **messbares Bestellungsverfahren** gibt.

Die LReg als **Dienstbehörde folgt** der **Empfehlung des Bezirksschulrates** und darf Stellen nur an Bewerber verleihen, die im Besetzungsvorschlag aufscheinen. Gemäß einem Erkenntnis des VwGH (19.10.1994, GZ 94/12/0186) könnte sie aber überprüfen, ob die zur Erstattung des Besetzungsvorschlages berufene Stelle bei der Auswahl und der Reihung der Bewerber bzw Bewerberinnen den aus dem Gesetz ableitbaren Gesichtspunkten ausreichend Rechnung getragen hat.

Der **Bezirksschulrat** wiederum ist ein **politisch besetztes Gremium**, das in einer **vertraulichen Sitzung** und in **geheimer Abstimmung** entscheidet; auch in der Niederschrift der Sitzung werden in der Diskussion genannte **Gründe** für die Entscheidung **nicht festgehalten**. Dies bedeutet, dass **Entscheidungen kaum** sachlich nachvollziehbar oder **inhaltlich überprüfbar** sind.

4.5.2. Ungleiche Besetzung von Leitungsstellen in Schulen und Krankenanstalten

Anlässlich der Beschwerde einer Oberärztin wegen Nichtberücksichtigung bei der Bewerbung um eine Primararztstelle war festgestellt worden, dass in Vorarlberg keine einzige Primararztstelle mit einer Frau besetzt war (JB 2007, Kap 4.3.1.).

Im Jahre 2008 fühlte sich eine Lehrerin auf Grund ihres Geschlechtes im Besetzungsverfahren für eine Schulleiterstelle benachteiligt (Kap 4.5.1). Dies veranlasste den LVA, von Amts wegen die **gender-gerechte Besetzung von Leitungsstellen in Schulen und Krankenanstalten** sowie die Besetzung der **Kollegien der Schulräte** und des **Landessanitätsrates** zu prüfen (08 aMP-008).

Den Umstand, dass erstmals im Jahre 2008 eine Frau als **Primarärztin** einer Landeskrankenanstalt bestellt wurde, führte die LReg auf die **geringe Anzahl an Bewerberinnen** zurück. Bis zu dieser Besetzung hätten sich erst zwei Frauen um eine Führungsposition beworben. Angesichts des steigenden Frauenanteils bei der Facharztausbildung sei aber zu erwarten, dass sich künftig mehr Frauen um frei werdende Primariate bewerben.

Vom LVA wurde betont, dass die Gründe für die geringe Zahl an Bewerberinnen wohl **nicht nur** an der **Altersstruktur**, sondern auch an der **Arbeitsbelastung** liegt, die gerade für Frauen mit Familien Führungspositionen mitunter wenig attraktiv erscheinen lässt. Wesentlich erscheint aber auch, dass sich Ausschreibungen gezielt an beide Geschlechter richten und das Augenmerk auf die Auswahlkriterien gelegt wird. Weiters müssten auch die **Entscheidungsträger geschlechtergerecht zusammengesetzt** sein, was bisher nicht der Fall ist. So weist der **Landessanitätsrat** ausschließlich **Männer als ständige** und nur zwei Frauen als nicht ständige **Mitglieder** auf.

Unter den beschließenden Mitgliedern der **Bezirksschulräte Bregenz und Bludenz** befindet sich **keine einzige Frau** und nur zwei bzw ein Ersatzmitglied; auch die beratenden Mitglieder sind überwiegend Männer. Hingegen sind die Bezirksschulräte Dornbirn und Feldkirch sowie der Landesschulrat

ausgewogener besetzt. Da für die Besetzung von Leitungspositionen im Pflichtschulbereich durch die LReg die Reihung und Empfehlung der Bezirksschulräte maßgebend ist, erscheint eine Berücksichtigung beider Geschlechter dringend geboten, was den LVA zu einer **Anregung auf Änderung des Schulratsgesetzes** veranlasste (08 AnGe-003, siehe Kap. 3.1.3.).

In den **Direktionen der Pflichtschulen** sind **Frauen** immer noch deutlich **unterrepräsentiert**. Die LReg hatte in ihrer Stellungnahme betont, dass die Leiterstellen an Volksschulen (80 Frauen, 84 Männer) schon weitgehend ausgeglichen seien. Dabei wurde aber nicht berücksichtigt, dass an den **Volksschulen überwiegend Lehrerinnen** unterrichten und nur relativ wenig Lehrer (241, somit weniger als 15%). Diese besetzen aber mehr als die Hälfte der Leiterstellen – fast 35% aller männlichen Lehrer sind Direktoren ihrer Schule.

Auch an den **Hauptschulen** unterrichten deutlich **mehr Lehrerinnen** (61%), dennoch sind von 55 **Direktionen nur 4 mit Frauen besetzt**. An den Sonderschulen sind bei weit überwiegendem Frauenanteil die Leiterstellen je zur Hälfte mit Frauen und Männern besetzt. Die Polytechnischen Schulen und Berufsschulen haben nur männliche Leiter. Damit ist Vorarlberg auch im Schulbereich von einer angemessenen gendergerechten Verteilung der Leitungsstellen noch weit entfernt.

Die LReg kündigte an, für diese Bereiche nunmehr einen Rahmenplan für Chancengleichheit und Frauenförderung zu erstellen. So dringend geboten und erfreulich dies angesichts dieser Zahlen erscheint, war doch kritisch anzumerken, dass dies erst jetzt ernsthaft in Angriff genommen wird. Immerhin hatte die LReg bereits im Jahr 2002 die Gender-Mainstreaming-Strategie als Querschnittsaufgabe für alle Bereiche der Landespolitik als Leitziel verankert.

4.5.3. Frauen in Aufsichtsräten von Landesgesellschaften stark unterrepräsentiert

In einem (**abgelehnten**) **Antrag** des Grünen Landtagsklubs sollte die LReg aufgefordert werden, dafür Sorge zu tragen, dass Unternehmungen mit Landesbeteiligung ihre **Aufsichtsräte** und Beiräte innerhalb von 5 Jahren mit wenigstens **40% Frauen** besetzen. Derzeit seien Frauen in diesen Gremien mit einer Quote von lediglich 9,5 % stark **unterrepräsentiert**.

Aus den Unterlagen ging nicht hervor, welche Aufsichtsräte tatsächlich von der LReg bestellt werden. Der LVA ersuchte deshalb um Mitteilung, in welchen Gesellschaften Mitglieder von Aufsichtsräten oder Beiräten von der LReg bestellt werden, sowie um Übermittlung einer Übersicht aller von der LReg bestellten Aufsichtsräte (08 aMP-010).

Aus der Aufstellung ging hervor, dass die LReg insgesamt **119 Personen** in die Aufsichts- und Beiräte von **21 Gesellschaften mit Landesbeteiligung** entsandt hat. Zum Stichtag 31.12.2008 befanden sich darunter **nur 8 Frauen**, was einem Anteil von lediglich **6,7%** entspricht. Dies liegt sogar noch unter dem im Entschließungsantrag des Grünen Landtagsklubs angeführten Daten (9,5%).

Begrüßt wurde vom LVA die in der Antwort der LReg erklärte **Absicht, künftig** bei Besetzungen von Aufsichtsrats- und Beiratsfunktionen **dem Gender-Gedanken verstärkt Rechnung zu tragen** und bei vergleichbarer Qualifikation das Entsendungsrecht zu Gunsten von Frauen auszuüben. Damit würde auch der **Entschließung des Landtags** vom 05.11.2008 Rechnung getragen, künftig eine **stärkere Vertretung qualifizierter Frauen** in diesen Gremien zu erreichen. Im Rahmen der Aufgabe als Antidiskriminierungsstelle wird der LVA die weitere Entwicklung beobachten und dem Landtag darüber berichten.

4.5.4. Frondienstleistung nur bei Männern im Haushalt

Ein Bürger führte Beschwerde, dass er trotz Vollendung des **sechzigsten Lebensjahres** immer noch zur Leistung von Hand- und Zugdiensten (Fronddienst) oder Bezahlung des Ersatzbetrages verpflichtet ist, nur weil sein Sohn noch in seinem Haushalt gemeldet ist (08 bMP-183).

Gemäß **Fronddienstverordnung** waren zur Leistung von Hand- und Zugdiensten nur Haushaltsvorstände verpflichtet, zu deren **Haushalt** eine **männliche Person** im Alter **zwischen 18 und 60 Jahren** gehört. Somit wurde nicht auf die Leistungsfähigkeit oder das Alter des zum Dienst verpflichteten Haushaltsvorstandes abgestellt, sondern auf das Vorhandensein eines in diese Altersgruppe fallenden Mannes.

Dies stand im Widerspruch zur **Befreiungsmöglichkeit** des Haushaltsvorstands **mangels** physischer oder psychischer **Leistungsfähigkeit** und der Rechtsprechung des VfGH. Vor allem aber ist das Abstellen auf eine männliche Person im Haushalt als **Diskriminierung aufgrund des Geschlechtes** anzusehen und widersprach die Verordnung damit sowohl dem ADG wie auch dem Gleichheitsgrundsatz.

Nachdem die Gemeindeaufsicht den Rechtsstandpunkt des LVA bestätigt hatte, wurde in **Abänderung der Verordnung** nun auf den Haushaltsvorstand **unabhängig vom Geschlecht** abgestellt, jedoch die **Altersgrenze** auf 65 Jahre und der Abschätzbetrag auf € 84,-- **erhöht**.

4.5.5. Unterschiedliche Altersgrenzen für Männer und Frauen beim Frondienst

Auf Grund ihrer gesundheitlichen und finanziellen Situation sah eine kurz vor Vollendung des 60sten Lebensjahres stehende Frau nicht ein, warum sie Hand- und Zugdienste leisten bzw einen Ersatzbetrag bezahlen sollte. Da ihr Wunsch nach **Befreiung von den Hand- und Zugdiensten abgelehnt** worden war, wandte sie sich an den LVA (07 AuBe-167).

Bei der Bezahlung des Ersatzbetrages für die Hand- und Zugdienste (Fronddienst) kam ihr die Gemeinde insoweit entgegen, als statt des ausständigen Betrages der letzten beiden Jahre nur der Ersatzbetrag für ein Jahr verlangt wurde, was die Bürgerin akzeptierte.

Bei Prüfung der **Verordnung** wurde aber festgestellt, dass diese nur eine, **nach Geschlecht unterschiedliche Altersbeschränkung**, nicht jedoch die Möglichkeit einer Befreiung im Falle einer gesundheitlichen Beeinträchtigung vorsah (07 aMP-017).

Der **VfGH** hat im Erkenntnis vom 02.10.1995 (V40/95) auf Antrag des LVA festgestellt, dass das **Fehlen einer Ausnahmeregelung** für Haushaltsvorstände, die zur vorgeschriebenen Dienstleistung nicht mehr in der Lage sind, **dem Gesetz nicht entspricht** und deshalb eine Fronddienstverordnung aufgehoben. Begründet wurde dies damit, dass § 91 letzter Satz der Gemeindeordnung 1935 dem Verpflichteten die **Wahlmöglichkeit** einräumt, den vorgeschriebenen **Dienst** zu leisten oder einen **Ersatzbetrag** zu bezahlen. Diese Wahlmöglichkeit besteht nicht, wenn der/die Verpflichtete zur persönlichen Leistung gar nicht in der Lage ist.

Nach Hinweis auf diese Rechtswidrigkeit erließ die Gemeindevertretung eine neue Verordnung, in der nun Personen mit „Invalidenausweis“ sowie Personen, die zur Erbringung der Leistung nicht fähig sind, von der Verpflichtung zur Leistung von Hand- und Zugdiensten ausgenommen sind. Beibehalten wurde die **dem Gleichheitsgebot widersprechende unterschiedliche Altersregelung nach Geschlecht**, wonach sich die Verpflichtung für männliche Haushaltsvorstände von 65 bis 75 Jahren, für weibliche Haushaltsvorstände hingegen vom 60. bis zum 70. Lebensjahr auf die Hälfte reduziert.

Nach einer neuerlichen Beanstandung wurde der Ausdruck „Invalidenausweis“ durch den Begriff „Behindertenpass“ ersetzt. Die **unterschiedliche Altersregelung** wurde jedoch mit der Begründung

belassen, dass es ja auch beim **Pensionsantritt**, öffentlichen **Verkehrsmitteln** und **Liftkarten** unterschiedliche Altersgrenzen gebe.

Der LVA betonte, dass die unterschiedliche Altersregelung nach Geschlecht dem Gleichheitsgrundsatz und **dem Diskriminierungsverbot widerspricht** und daher **verfassungswidrig** ist. Überdies war sie gesetzwidrig von der Gemeindevertretung und **nicht vom Gemeindevorstand beschlossen** worden. Erst nach Hinweis auf die Möglichkeit des LVA, die Verordnung beim VfGH anzufechten, und Einschaltung der Gemeindeaufsicht, welche den Rechtsstandpunkt des LVA bestätigte, beschloss der (zuständige) Gemeindevorstand eine **neue Verordnung**. Demnach haben Haushaltsvorstände **unabhängig vom Geschlecht** vom 60. bis 70. Lebensjahr nur noch die halbe Tagschicht zu leisten und sind danach vom Frondienst befreit.

4.5.6. Fehlende Männersauna als Diskriminierung?

Ein regelmäßiger Besucher einer städtischen Sauna fühlte sich **durch** die Anwesenheit von **Frauen im** einzigen ihm zur Verfügung stehenden **gemischten Saunabereich belästigt**. Dass es eine Damen-, jedoch **keine Herrensauna** gibt, sei eine Verletzung des Gleichbehandlungsgrundsatzes (08 bMP-051).

Der Bürgermeister teilte mit, dass das Hallenbad mit Sauna zwar im Eigentum der Stadt steht, jedoch an eine stadteigene Gesellschaft verpachtet ist und von dieser betrieben wird. Dadurch bestand **keine Prüfungszuständigkeit** des LVA und bot auch das ADG in der damals geltenden Fassung noch keine Handhabe zur Prüfung der behaupteten Diskriminierung auf Grund des Geschlechts. Dennoch wurde das Anliegen mit dem Geschäftsführer der Gesellschaft erörtert.

Nach dessen Informationen war schon vor zwei Jahren eine männliche Saunarunde an die Stadt herangetreten mit dem **Wunsch**, im Zeitraum des regelmäßigen Treffens dieser Runde die finnische **Außen sauna** ausschließlich **Männern vorzubehalten**. Nach mehreren Sitzungen des Gleichbehandlungsausschusses der Stadt und Einschaltung der Gemeindeaufsicht wurde über Empfehlung des Stadtrates schließlich zum gewünschten Termin eine finnische Innensauna, nicht jedoch die gewünschte Außen sauna Männern vorbehalten.

Gemäß § 3 Abs 3 Vorarlberger **Sittenpolizeigesetz** sind Inhaber von öffentlichen Heißluft- oder Dampfbädern, in denen die gleichzeitige Benützung durch Personen weiblichen und männlichen Geschlechts zugelassen ist, **verpflichtet**, auch eine nach Geschlechtern **getrennte Benützung** in jeweils ausreichendem Maße **zu ermöglichen**.

Daraus lässt sich ein Recht auf exklusive Nutzung der als Gemeinschaftssauna konzipierten finnischen Sauna im Außenbereich nur für Männer nicht ableiten. Auch war davon auszugehen, dass durch die bereits getroffene Regelung der Bedarf nach einer getrennten Benützungsmöglichkeit in ausreichendem Maß gedeckt ist. Sollte eine größere Zahl von Männern auf eine exklusive Nutzung bestimmter Bereiche oder auch abends bestehen, müsste wohl die Geschäftsleitung - auch aus betriebswirtschaftlichen Überlegungen - in entsprechender Weise reagieren.

5. Gesetzliche Grundlagen

5.1. Verfassung des Landes Vorarlberg (Auszug) ¹

Artikel 59

Bestellung eines Landesvolksanwaltes, Aufgaben

(1) Zur Beratung der Bürger und zur Prüfung ihrer Beschwerden bestellt der Landtag einen Landesvolksanwalt. Der Landesvolksanwalt ist in Ausübung seines Amtes unabhängig.

(2) Jedermann kann beim Landesvolksanwalt Auskünfte in Angelegenheiten der Verwaltung des Landes einholen und Anregungen betreffend die Gesetzgebung und die Verwaltung des Landes vorbringen.

(3) Jedermann kann sich beim Landesvolksanwalt wegen behaupteter Missstände in der Verwaltung des Landes beschweren, sofern er von diesen Missständen betroffen ist und soweit ihm ein Rechtsmittel nicht oder nicht mehr zur Verfügung steht. Jede solche Beschwerde ist vom Landesvolksanwalt zu prüfen. Dem Beschwerdeführer ist das Ergebnis des Prüfungsverfahrens mitzuteilen.

(4) Der Landesvolksanwalt ist berechtigt, von ihm vermutete Missstände in der Verwaltung des Landes von Amts wegen zu prüfen.

(5) Der Landesvolksanwalt leitet die ihm vorgetragene Anregungen und jene Beschwerden, deren Prüfung nicht in seine Zuständigkeit fällt, an die in Betracht kommenden Organe weiter. Er kann dieser Mitteilung eine Äußerung anfügen.

(6) Der Landesvolksanwalt erstattet dem Landtag über seine Tätigkeit jährlich einen Bericht.

Artikel 60

Empfehlungen des Landesvolksanwaltes, Unterstützung seiner Tätigkeit, Anrufung des Verfassungsgerichtshofes

(1) Der Landesvolksanwalt kann dem obersten weisungsberechtigten Organ des aus Anlass eines bestimmten Falles geprüften Zweiges der Verwaltung des Landes Empfehlungen erteilen. Dieses Organ hat den Empfehlungen binnen zwei Monaten zu entsprechen oder zu begründen, warum ihnen nicht oder nicht fristgerecht entsprochen wird.

(2) Auf Antrag des Landesvolksanwaltes erkennt der Verfassungsgerichtshof über die Gesetzwidrigkeit von Verordnungen, die im Bereich der Verwaltung des Landes ergangen sind.

(3) Entstehen zwischen dem Landesvolksanwalt und der Landesregierung Meinungsverschiedenheiten über die Zuständigkeit des Landesvolksanwaltes, so entscheidet hierüber der Verfassungsgerichtshof in nichtöffentlicher Verhandlung auf Antrag der Landesregierung oder des Landesvolksanwaltes.

(4) Alle Organe des Bundes, des Landes und der Gemeinden haben den Landesvolksanwalt im Rahmen ihrer Verpflichtung zur Amtshilfe zu unterstützen, ihm Akteneinsicht zu gewähren und ihm auf Verlangen die erforderlichen Auskünfte zu erteilen. Die Pflicht zur Amtsverschwiegenheit besteht gegenüber dem Landesvolksanwalt nicht. Dieser unterliegt der Amtsverschwiegenheit im gleichen Umfang wie das Organ, an das er herangetreten ist.

Artikel 61

Wahl und Amtsperiode des Landesvolksanwaltes, Unvereinbarkeiten, Büro und Geschäftsführung

(1) Der Landesvolksanwalt wird vom Landtag mit einer Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen Stimmen gewählt. Seine Amtsperiode beträgt sechs Jahre. Eine Wiederwahl ist nur einmal zulässig.

(2) Ist der Landesvolksanwalt länger als einen Monat verhindert, so wählt der Landtag für die Dauer der Verhinderung einen Stellvertreter. Dauert die Verhinderung länger als sechs Monate oder ist die Stelle dauernd erledigt, so findet unverzüglich eine Neuwahl statt.

(3) Der Landesvolksanwalt muss zum Landtag wählbar sein. Während der Amtsperiode darf der Landesvolksanwalt weder der Bundesregierung noch einer Landesregierung, noch einem allgemeinen Vertretungskörper angehören, noch Bürgermeister sein. Auch darf er keinen anderen Beruf ausüben.

(4) Das Land stellt dem Landesvolksanwalt für seine Tätigkeit und für den notwendigen Personal- und Sachaufwand die erforderlichen Mittel zur Verfügung.

¹ LGBL.Nr.9/1999 idF 33/2001, 14/2004, 43/2004, 34/2007, 52/2007, 16/2008, 22/2008

5.2. Gesetz über den Landesvolksanwalt ²

§ 1 Allgemeines

Zur Beratung der Bürger und zur Prüfung ihrer Beschwerden bestellt der Landtag einen Landesvolksanwalt. Der Landesvolksanwalt ist in Ausübung seines Amtes unabhängig.

§ 2 Aufgaben des Landesvolksanwaltes

(1) Der Landesvolksanwalt hat jeden, der dies verlangt, in Angelegenheiten der Verwaltung des Landes zu beraten und ihm Auskünfte zu erteilen. Er kann Ratschläge in Angelegenheiten der Verwaltung des Landes auch an die Allgemeinheit richten.

(2) Der Landesvolksanwalt hat Beschwerden über behauptete Missstände in der Verwaltung des Landes zu prüfen, wenn der Beschwerdeführer von dem behaupteten Missstand betroffen ist und ihm ein Rechtsmittel dagegen nicht oder nicht mehr zur Verfügung steht.

(3) Der Landesvolksanwalt kann von ihm vermutete Missstände in der Verwaltung des Landes von Amts wegen prüfen.

(4) Der Landesvolksanwalt hat Anregungen betreffend die Gesetzgebung und die Verwaltung des Landes entgegenzunehmen.

(5) Zur Verwaltung des Landes im Sinne dieser Bestimmung zählen

a) alle Verwaltungsangelegenheiten des selbständigen Wirkungsbereiches des Landes einschließlich der Tätigkeit des Landes als Träger von Privatrechten, die von Organen des Landes selbst oder von anderen Rechtspersonen im Auftrag des Landes besorgt werden,

b) die Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinden, soweit er Angelegenheiten aus dem Bereich der Landesvollziehung umfasst, und die Tätigkeit der Gemeinden als Träger von Privatrechten.

§ 3 Verfahren

(1) Das Verfahren vor dem Landesvolksanwalt soll für die Ratsuchenden und die Beschwerdeführer möglichst einfach sein.

(2) Der Landesvolksanwalt kann aus Anlass eines Verfahrens zur Prüfung von Missständen dem obersten weisungsberechtigten Organ des geprüften Zweiges der Verwaltung des Landes Empfehlungen darüber erteilen, wie der festgestellte Missstand so weit als möglich beseitigt und künftig vermieden werden kann. Dieses Organ hat den Empfehlungen des Landesvolksanwaltes möglichst rasch, längstens aber binnen zwei Monaten, zu entsprechen und dies dem Landesvolksanwalt mitzuteilen oder schriftlich zu begründen, warum ihnen nicht oder nicht fristgerecht entsprochen wird. An Organe der Gemeinden gerichtete Empfehlungen sind der Landesregierung zur Kenntnis zu bringen.

(3) Im Verfahren zur Prüfung von Missständen, die auf Grund von Beschwerden eingeleitet wurden, hat der Landesvolksanwalt den Beschwerdeführern, soweit dem nicht überwiegende öffentliche oder private Interessen entgegenstehen, das Ergebnis des Prüfungsverfahrens und die für den bestimmten Fall getroffenen Maßnahmen mitzuteilen.

(4) Der Landesvolksanwalt hat Beschwerden, deren Prüfung nicht in seine Zuständigkeit fällt, an die zuständigen gleichartigen Einrichtungen des Bundes oder der anderen Länder weiterzuleiten.

(5) Der Landesvolksanwalt hat die ihm vorgetragene Anregungen betreffend die Gesetzgebung des Landes an den Landtag weiterzuleiten. Anregungen betreffend die Verwaltung sind in Fällen des § 2 Abs. 5 lit. a an die Landesregierung, in Fällen des § 2 Abs. 5 lit. b an den betreffenden Gemeindevorstand weiterzugeben.

(6) Die §§ 7, 10, 13, 14, 16, 18 Abs. 1 und 4, 21, 22, 45 Abs. 1 und 2 sowie die §§ 46 bis 55 des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes sind auf das Verfahren vor dem Landesvolksanwalt sinngemäß anzuwenden.

§ 4 Sprechtag

Der Landesvolksanwalt ist verpflichtet, bei Bedarf auch außerhalb seines Amtssitzes Sprechtag abzuhalten. Dabei hat er auf eine möglichst gleichmäßige Behandlung aller Landesteile Bedacht zu nehmen.

² LGBL.Nr. 29/1985 idF 14/1987, 7/1998, 44/2000, 23/2001, 58/2001

§ 5 Abgaben- und Gebührenfreiheit

Für Amtshandlungen des Landesvolksanwaltes sind keine Landesverwaltungsabgaben zu entrichten. Eingaben an den Landesvolksanwalt und alle sonstigen Schriften, die zur Verwendung in einem Verfahren vor dem Landesvolksanwalt ausgestellt werden, sind von den Stempelgebühren befreit.

§ 6 Berichte des Landesvolksanwaltes³

(1) Der Landesvolksanwalt hat dem Landtag über seine Tätigkeit jährlich einen Bericht zu erstatten. Der Jahresbericht ist gleichzeitig mit der Vorlage an den Landtag der Landesregierung zu übermitteln.

(2) Der Landesvolksanwalt hat in Abständen von jeweils vier Monaten dem Volksanwaltsausschuss des Landtages über die an ihn herangetragenen Beschwerden und über die Ergebnisse der von ihm durchgeführten Prüfungsverfahren schriftlich oder mündlich zu berichten.

(3) Der Landesvolksanwalt ist berechtigt und auf Verlangen verpflichtet, an Sitzungen des Landtages und des Volksanwaltsausschusses, in denen Berichte des Landesvolksanwaltes behandelt werden, mit beratender Stimme teilzunehmen. Er hat dem Landtag und dem Volksanwaltsausschuss über Verlangen alle zur Behandlung seiner Berichte erforderlichen Auskünfte zu erteilen.

(4) Der Landesvolksanwalt hat den Jahresbericht und schriftliche Berichte nach Abs. 2 dem Präsidenten des Landtages zu übergeben. Dieser hat sie den Mitgliedern des Landtages unverzüglich zuzuleiten. Vorher dürfen diese Berichte – vorbehaltlich der Übermittlung des Jahresberichtes an die Landesregierung (Abs. 1) – anderen Personen nicht zugänglich gemacht werden.

§ 6a Öffentliche Ausschreibung, Anhörung der Bewerber⁴

Der Wahl des Landesvolksanwaltes hat eine öffentliche Ausschreibung im Amtsblatt für das Land Vorarlberg und in den Tageszeitungen, deren Verlagsort in Vorarlberg liegt, voranzugehen. Ferner ist vor der Wahl im Volksanwaltsausschuss eine Anhörung der zur Wahl vorgeschlagenen Bewerber um das Amt des Landesvolksanwaltes durchzuführen.

§ 7 Büro des Landesvolksanwaltes

(1) Der Landesvolksanwalt hat an seinem Amtssitz ein Büro einzurichten. Er hat das zur Erfüllung seiner Aufgaben notwendige Personal zu bestellen und für die sachliche Ausstattung des Büros zu sorgen.

(2) Dem Landesvolksanwalt steht das Leitungs- und Weisungsrecht gegenüber dem Personal des Büros zu.

(3) Das Personal des Büros hat die ihm vom Landesvolksanwalt zugewiesenen vorbereitenden Arbeiten und sonstigen Hilfstätigkeiten zu erledigen. Der Landesvolksanwalt kann Angehörige des Büros damit betrauen, in seinem Namen Amtshandlungen von geringerer Bedeutung zu besorgen. Eine derartige Betrauung bedarf der Schriftform. Im Falle der Befangenheit hat der Leiter des Büros den Landesvolksanwalt zu vertreten.

§ 8 Haushalt

(1) Den für die Tätigkeit des Landesvolksanwaltes anfallenden Personal- und Sachaufwand hat das Land zu tragen.

(2) Der Landesvolksanwalt hat jährlich einen auf seinen Bereich beschränkten Voranschlagsentwurf zu verfassen und der Landesregierung zur Berücksichtigung bei der Erstellung des Landesvoranschlagsentwurfes zu übermitteln. Desgleichen hat er der Landesregierung zur Aufnahme in den Rechnungsabschluss eine Abrechnung über die tatsächlichen Aufwendungen vorzulegen.

(3) Der Landesvolksanwalt ist berechtigt, über die im Landesvoranschlag für seinen Bereich vorgesehenen Einnahmen und Ausgaben zu verfügen. Davon ausgenommen sind die im § 9 geregelten Angelegenheiten.

§ 9

Bezüge⁵

(1) Der Monatsbezug des Landesvolksanwaltes beträgt 8.850,39 Euro.

(2) Für den Landesvolksanwalt gelten im Übrigen die Bestimmungen des Bezügegesetzes 1998 für Mitglieder der Landesregierung. Soweit der 5. Abschnitt des Bezügegesetzes 1998 zur Anwendung gelangt, ist für die Berechnung des Ruhe- und Versorgungsbezuges § 9 lit. a des Gesetzes über den Landesvolksanwalt in der Fassung LGBl.Nr. 29/1985 heranzuziehen.

³ idF LGBl.Nr. 44/2000

⁴ idF LGBl.Nr. 14/1987

⁵ idF LGBl.Nr. 7/1998, 23/2001, 58/2001, 26/2009

5.3. Antidiskriminierungsgesetz (Auszug) ⁶

§ 1 Ziel, Anwendungsbereich

(1) Dieses Gesetz dient dem Ziel, folgende Diskriminierungen zu vermeiden:

- a) Diskriminierungen aufgrund der ethnischen Zugehörigkeit;
- b) Diskriminierungen aufgrund der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Orientierung; sowie
- c) Diskriminierungen aufgrund des Geschlechts.

(2) Dieses Gesetz gilt für folgende Angelegenheiten, soweit sie in die Regelungskompetenz des Landes fallen:

- a) Dienstrecht der Bediensteten des Landes, der Gemeinden und der Gemeindeverbände, einschließlich Personalvertretungsrecht;
- b) Land- und Forstarbeitsrecht;
- c) Zugang zu selbständiger und unselbständiger Erwerbstätigkeit, einschließlich des beruflichen Aufstiegs, der Berufsberatung, der Berufsaus- und -weiterbildung sowie der Umschulung;
- d) Mitgliedschaft und Mitwirkung in beruflichen Vertretungen, einschließlich der Inanspruchnahme von deren Leistungen.

(3) Dieses Gesetz gilt ferner für folgende Angelegenheiten, soweit sie in die Regelungskompetenz des Landes fallen:

- a) Sozialschutz, einschließlich der sozialen Sicherheit und der Gesundheitsdienste;
- b) soziale Vergünstigungen;
- c) Bildung;
- d) Zugang zu und Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen, die der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen, einschließlich von Wohnraum.

(4) Im Rahmen des Anwendungsbereiches der Abs. 2 und 3 gilt dieses Gesetz für:

- a) die Hoheits- und die Privatwirtschaftsverwaltung des Landes, der Gemeinden und der Gemeindeverbände;
- b) die Tätigkeit sonstiger natürlicher sowie juristischer Personen privaten oder öffentlichen Rechts, soweit sie der Regelungskompetenz des Landes unterliegt.

(5)

§ 2 Begriffe

(1) Diskriminierungen umfassen unmittelbare Diskriminierungen, mittelbare Diskriminierungen und Belästigungen.

(2)

§ 3 Diskriminierungsverbot

(1) Im Anwendungsbereich dieses Gesetzes ist jede Diskriminierung (§2) von Personen aufgrund der ethnischen Zugehörigkeit, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters, der sexuellen Orientierung oder des Geschlechts verboten. Dieses Verbot umfasst nicht Ungleichbehandlungen, die nach § 4 gerechtfertigt sind.

(2) Abs. 1 erfasst nicht eine unterschiedliche Behandlung aus Gründen der Staatsangehörigkeit, sofern diese gesetzlich vorgegeben oder sonst sachlich gerechtfertigt ist und dem das Recht der Europäischen Union nicht entgegen steht.

(3) Die in Gesetzen, Verordnungen und auf andere Weise getroffenen Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung, mit denen Benachteiligungen wegen einem der Gründe nach Abs. 1 verhindert oder ausgeglichen werden sollen, gelten nicht als Diskriminierung im Sinne dieses Gesetzes.

§ 11 Antidiskriminierungsstellen

Antidiskriminierungsstellen sind

- a) der Landesvolksanwalt, soweit es um Diskriminierungen in der Verwaltung des Landes sowie um Diskriminierungen in anderen Bereichen als jenen nach lit. b geht;
- b) die Patientenanwaltschaft, soweit es um Diskriminierungen von Patienten und Klienten geht, die dem Aufgabenbereich der Patientenanwaltschaft nach dem Patienten- und Klientenschutzgesetz unterliegen.

⁶ LGBl.Nr. 17/2005 idF LGBl.Nr 49/2008

§ 12 Aufgaben

(1) Die Antidiskriminierungsstelle hat die Aufgabe, im Anwendungsbereich dieses Gesetzes und ihrer sich aus § 11 ergebenden Zuständigkeit die Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung ohne Diskriminierungen zu fördern.

(2) Im Rahmen der Aufgabe nach Abs. 1 ist die Antidiskriminierungsstelle zuständig,

- a) betroffene Personen, insbesondere durch Beratung, zu unterstützen; § 7 Abs. 4 bleibt unberührt;
- b) Untersuchungen zum Thema der Diskriminierung, insbesondere auch Überprüfungen zu behaupteten Verletzungen des Diskriminierungsverbotes durchzuführen;
- c) Berichte zu erstatten sowie Empfehlungen zu allen Aspekten vorzulegen, die mit Diskriminierungen im Zusammenhang stehen;
- d) Stellungnahmen zu Gesetzes- und Verordnungsentwürfen zu erstatten, die Angelegenheiten der Antidiskriminierung betreffen;
- e) Informationen mit anderen Antidiskriminierungs- und Gleichbehandlungsstellen auszutauschen.

(3) Der Landesvolksanwalt als Antidiskriminierungsstelle hat im Hinblick auf den Grundsatz der Gleichbehandlung aufgrund des Geschlechts ferner Informationen mit der Anlaufstelle für Chancengleichheit und den Frauenberaterinnen nach § 7 des Landes-Frauenförderungsgesetzes auszutauschen, sofern diese Informationen für diese Stellen zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben zweckdienlich sind.

§ 13 Verfahren, Allgemeines

(1) Die Antidiskriminierungsstelle ist bei der Besorgung ihrer Aufgaben unabhängig.

(2) Die Rechtsträger, denen allfällige unmittelbare oder mittelbare Diskriminierungen zuzurechnen wären, sind verpflichtet, der Antidiskriminierungsstelle Akteneinsicht zu gewähren und auf Verlangen Auskünfte zu erteilen, soweit dies zur Untersuchung allfälliger Diskriminierungen erforderlich ist.

(3) Eine Pflicht zur Amtverschwiegenheit besteht gegenüber der Antidiskriminierungsstelle nicht. Diese unterliegt der Verschwiegenheit im gleichen Umfang, wie der Rechtsträger, an den sie herangetreten ist.

(4) Der Landesvolksanwalt und die Patientenanwaltschaft haben im Rahmen ihrer gesetzlichen Berichtspflichten an den Landtag und die Landesregierung auch über ihre Tätigkeit als Antidiskriminierungsstelle zu berichten.

§ 14 Verfahren, Einzelfallprüfung

(1) Eine durch Diskriminierung benachteiligte Person hat das Recht, sich bei der Antidiskriminierungsstelle durch eine Person ihres Vertrauens, insbesondere einen Vertreter einer Einrichtung nach § 7 Abs. 4, vertreten zu lassen. Auf Antrag ist von der Antidiskriminierungsstelle ein Vertreter einer von der benachteiligten Person namhaft gemachten Einrichtung nach § 7 Abs. 4 als Auskunftsperson beizuziehen; über dieses Antragsrecht ist die benachteiligte Person bei Einleitung der jeweiligen Untersuchung zu belehren.

(2) Die Antidiskriminierungsstelle kann im Falle der Vermutung der Verletzung des Diskriminierungsverbotes den Rechtsträger, dem die behauptete unmittelbare oder mittelbare Diskriminierung zuzurechnen wäre bzw. in dessen Zuständigkeitsbereich eine Belästigung stattgefunden haben soll, zur Erstattung eines schriftlichen Berichtes auffordern. Der Bericht hat alle zur Beurteilung der Einhaltung des Diskriminierungsverbotes notwendigen Angaben zu enthalten.

(3) Stellt die Antidiskriminierungsstelle fest, dass das Diskriminierungsverbot verletzt wurde, so hat sie den betroffenen Rechtsträger davon zu benachrichtigen und ihn aufzufordern, alles Nötige zur Beendigung der Diskriminierung zu unternehmen; sie kann auch auf eine einvernehmliche Wiedergutmachung hinwirken.

(4) Die Bestimmungen des 4. Abschnittes bleiben unberührt.

§ 15 Landeslehrer

(1) Das Verbot von Diskriminierungen im Zusammenhang mit Dienstverhältnissen von Landeslehrern wird durch bundesrechtliche Vorschriften geregelt.

(2) Die aus den bundesrechtlichen Vorschriften nach Abs. 1 hervorgehenden Aufgaben der Antidiskriminierungsstelle (Gleichbehandlungskommission), des Gleichbehandlungsbeauftragten sowie der Arbeitsgruppe für Gleichbehandlungsfragen zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung nimmt der Landesvolksanwalt wahr. Der § 13 gilt sinngemäß.